

offen-siv

Zeitschrift für Sozialismus und Frieden

4/2016

Spendenempfehlung: 3,00 €

Ausgabe Juli-August 2016

Redaktionsnotiz.....	3
Nachrichten und Berichte.....	5
<i>Russia Today</i> : Interview mit der brasilianische Präsidentin Dilma Rousseff von Alexandra Valiente – Übersetzung: Brigitte Queck....	5
<i>Pressebüros des ZK der KKE</i> : Stellungnahme zum Ergebnis des Referendums in Großbritannien über den Austritt aus der EU (24.6.2016).....	12
Vor 80 Jahren begann der Krieg in Spanien.....	14
<i>Kämpfer und Freunde der Spanischen Republik 1936-1939 e.V.</i> : Zeittafel Spanischer Krieg und soziale Revolution 1936-1939.....	14

Zur Geschichte des Sozialismus.....	26
<i>Erich Buchholz</i> : Zum 13. August 1961 - hatte Ulbricht gelogen?.....	26
<i>Heinz Ahlreip</i> : Vor 66 Jahren brach der Korea-Krieg aus (am 22. Juni 1950).....	41
<i>Gerhard Schnehen</i> : Chruschtschows Wirtschafts- und Agrarpolitik in der Zeit, als er Partei- und Regierungschef der UdSSR war (1953-1964).....	43
DKP.....	73
<i>Miclas Lacorn</i> : Kurzbericht vom diesjährigen UZ-Pressfest.....	73
<i>Werner Seppmann</i> : Persönliche Erklärung zum UZ-Pressfest am 2. Juni 2016 in Dortmund.....	75
<i>Brigitte K.</i> : Offener Brief an Patrick Köbele.....	80
Fernstudium.....	82
<i>Frank Flegel</i> : Bericht vom zweiten Seminar des gemeinsamen marxistisch-leninistischen Fernstudiums von KPD und offen-siv....	82
Veranstaltungshinweise.....	84

Impressum

offen-siv, Zeitschrift für Sozialismus und Frieden

Herausgeber: Frank Flegel

Geschäftsführung, Redaktion, Satz, Herstellung, Schreibbüro: A. C. Heinrich und F. Flegel

Druck: Druckservice orbital, Reichenau.

Bezugsweise: unentgeltlich, Spende ist erwünscht.

Redaktion offen-siv, Frank Flegel, Gerhart-Hauptmann-Str. 14, 37194 Bodenfelde-Wahmbeck

Tel.u.Fax: 05572 – 99 22 42, Mail: redaktion@offen-siv.com, Internet: www.offen-siv.net

Spendenkonto:

In- und Ausland: Konto Frank Flegel,

IBAN: DE10 2505 0180 0021 8272 49, BIC: SPKHDE2HXXX;

Kennwort Offensiv.

Redaktionsnotiz

Die Streiks in Frankreich gegen die neue Arbeitsgesetzgebung haben zu einer neuen Tonlage der Vertreter des bürgerlichen Staates gegenüber den Gewerkschaften und der Arbeiterklasse geführt. Gewerkschaftsführer in die Nähe des Terrorismus zu stellen ist schon starker Tobak – und zeigt einmal mehr die Angst der Herrschenden vor der Macht der Arbeiterklasse, wenn sie organisiert auftritt. Gern hätten wir über die Streiks und vor allem die Hintergründe, die beteiligten Organisationen, die Mobilisierungen, die Bündnisse und die Probleme, Gemeinsamkeiten und Widersprüche berichtet, aber leider fehlen uns für eine eigene, seriöse Analyse die internen Kenntnisse sowie die Mittel und Möglichkeiten, und wir haben auch niemanden von außen, der uns eine solche Analyse liefern könnte. Also bleiben diese sehr interessanten Kämpfe in der offen-siv ein weißer Fleck. Das tut uns leid, ist aktuell aber nicht zu ändern.

Und wir müssen für zwei weitere Punkte um Entschuldigung bzw. um noch etwas Geduld bitten. Das sind die angekündigten Analysen zur heutigen Verfasstheit und Funktion Russlands in der Welt sowie zu Cuba und der neuen Wirtschaftspolitik, Anlass ist der kürzlich beendete Parteitag. An beidem arbeiten wir, da es in diesem Zusammenhang aber auch relativ viel mühsame Übersetzungsarbeit gibt, dauert die Fertigstellung noch einige Zeit, so dass wir beide Themen in dieser Ausgabe der offen-siv noch nicht behandeln können. Aber immerhin gilt hier: aufgeschoben ist nicht aufgehoben.

Trotzdem ist die vorliegende Ausgabe nun kein blutleeres Blatt geworden: wir berichten aus Brasilien nach dem Staatsstreich (dazu haben wir ein Interview mit der gestürzten Präsidentin Dilma Rousseff von Russia Today, bringen zum Austritt Großbritanniens aus der EU eine Stellungnahme der KKE, die in wohlthuender Weise sich abhebt von manchen Lobgesängen der Linken auf die britische Arbeiterklasse, die den Konzernen gezeigt habe, dass sie deren imperialistisches Europa nicht wolle, wobei in solchen Argumentationen übersehen wird, dass die Organisationen, die den Austritt befürworteten, (nicht nur in Großbritannien) vorwiegend nationalistischen, rassistischen und zum Teil offen faschistischen Charakter tragen und nach dem Sieg der Brexit-Befürworter sich der rassistische Mob wesentlich ungehemmter als zuvor aus dem Löchern wagte.

Das Jahr 2016 gibt Anlass, an den Beginn und den Verlauf des Spanien-Krieges 1936 – 1939 zu erinnern. Dieses Thema bildet die Überleitung zu einem unserer dauerhaften Anliegen: die Forschungen zur Geschichte des Sozialismus. Wir bringen in diesem Heft eine historische Betrachtung zur Schließung der DDR-Grenze im

August 1961 von Erich Buchholz, Heinz Ahlreip erinnert an den Beginn des Korea-Krieges 1950 und Gerhard Schnehen, Euch wahrscheinlich noch bekannt als Übersetzer der Arbeiten von Gruver Furr, hat uns seine Studie über die Ära Chruschtschow in der Sowjetunion zur Verfügung gestellt, aus der wir die Analyse des Wesens und der Wirkung der Chruschtschowschen Wirtschaftreformen in der Zeit von 1953 bis 1964 bringen.

Der Artikel von Miclas Lacorn in der vorigen Ausgabe zu Problemen in der DKP hat einige Reaktionen ausgelöst, von: „wichtige und interessante Informationen“ über „schmutzige Wäsche waschen“ bis „bewusst der DKP schaden“. Und es ist weiteres Original-Material eingegangen, das wir Euch nicht vorenthalten wollen. Aus den hier veröffentlichten Dokumenten lässt sich eine durchgängige Linie der DKP-Führung ablesen, um diese geht es uns, nicht um „schmutzige Wäsche“. Im Übrigen schaden nicht diejenigen, die den Zentrismus der Führung aufdecken, der Partei, sondern ganz im Gegenteil, es sind die Zentristen selbst, die der Partei schaden und sie auf die Dauer in den Abgrund führen – siehe z.B. die alte SPD. So viel zu unserer Rubrik „DKP“.

Ein Bericht vom zweiten Seminar unseres gemeinsam mit der KPD begonnenen marxistisch-leninistischen Fernstudiums und zwei Veranstaltungshinweise beschließen das Heft.

Selbstverständlich darf zum Schluss der Hinweis nicht fehlen, dass Zeitungsmachen Geld kostet. Deshalb sind Spenden sehr willkommen, vor allem auch, weil wir wieder eine Buchveröffentlichung planen, diesmal etwas Historisches: „Heinz Kessler: Briefe aus dem Gefängnis 1993-1998 und weitere Schriften“. Es handelt sich um die Briefe, die Heinz Kessler aus dem Gefängnis und kurz nach seiner Haftentlassung an Dieter Itzerott geschrieben hat, seine Schlussrede bei seinem Prozess vor der bundesdeutschen Klassenjustiz, die Eingabe Dieter Itzerotts zwecks Haftverschonung für Heinz Kessler und die Antwort des Staates darauf sowie einige andere Schriften. Das Vorwort zu dem Buch hat Dieter Itzerott verfasst.

Eine solche Veröffentlichung mit allen „Nebenkosten“ wie ISBN, Anmeldung beim Verzeichnis lieferbarer Bücher, Bekanntmachung und Werbung, Porto und Verpackung usw. kostet rund 4.500 Euro. Trotzdem werden wir wie immer allen Abonnenten/innen der offen-siv das Buch im Rahmen ihres Abos wie ein offen-siv-Heft zusenden, also ohne gesonderte Rechnung. Das heißt aber, dass wir die Kosten nur über Nachbestellungen, Stände und Verkäufe über die Buchläden herein bekommen müssen – und durch Eure Spenden. Jeder Euro hilft!

Spendenkonto Offensiv:
Konto Frank Flegel,

IBAN: DE 10 2505 0180 0021 8272 49,
BIC: SPKHDE2HXXX; Kennwort: „Offensiv“.

Nachrichten und Berichte

Russia Today: Interview mit der brasilianische Präsidentin Dilma Rousseff von Alexandra Valiente – Übersetzung: Brigitte Queck

Staatsstreich seitens derer, die die Wahlen verloren haben

Russia Today (RT): Wir haben die Ehre mit der brasilianischen Präsidentin zu sprechen, die jetzt eine schwere Zeit durchmacht und die uns heute ihr erstes Interview gibt.

Dilma Rousseff (DR): Danke für die Möglichkeit, vor den russischen Menschen zu sprechen.

RT: ...Gegenwärtig befinden Sie sich nach wie vor im Alvorade Palast in einer Art von Exil in Ihrem eigenen Land. Viele Brasilianer wollen wissen, wie Sie sich fühlen und ob Sie stark genug sind, diese Zeit durchzustehen.

DR: Ich bin ziemlich optimistisch. Ich kämpfe nicht nur darum, dass ich Präsidentin bleiben kann, sondern vor allem für demokratische Rechte in meinem Land. Ich bestehe nicht darauf, in meiner offiziellen Residenz zu bleiben, im Alvorado Palast. Ich möchte viele brasilianische Städte besuchen und mich mit vielen Menschen treffen. Auf diese Weise kann ich den Brasilianern und vielleicht der ganzen Welt berichten, was in Wirklichkeit in meinem Lande abläuft und wie wir beabsichtigen, auf diesen Staatsstreich zu antworten.

RT: Sprechen wir über die Amtsenthebung, den Staatsstreich und die Verurteilung. Ist das ein sanfter Staatsstreich ohne Waffen und Gewalt? Darüber hinaus, wie schätzen Sie ein, ist dieser Staatsstreich nur gegen Sie gerichtet, oder vielmehr nicht nur gegen ganz Brasilien und seine Alliierten, genauer, die BRICS-Staaten ?

DR: Ich denke, dass das ein Staatsstreich ist, der darauf gerichtet ist, mich aus dem Amt zu drängen. Unsere Verfassung sieht eine Amtsenthebung nur für den Fall vor, wenn der Präsident ein Verbrechen gegen die Verfassung und Menschenrechte begangen hat. Wir glauben, dass das ein Staatsstreich ist, da kein solches Verbrechen

begangen wurde. Sie haben mich verurteilt, weil ich höhere Löhne (von Staatsbanken) ausgezahlt habe. Jeder Präsident vor mir hat das getan. Und das soll nun als Verbrechen gelten.

Es gibt keine Grundlage für ein Verbrechen. Ein Verbrechen muss rechtskräftig benannt werden. Also glauben wir, dass das Ganze ein Staatsstreich ist, da laut Verfassung nur ein Amtsvergehen als Grundlage für eine Amtsenthebung gelten kann.... Brasilien ist eine Präsidentialrepublik. Man kann keinen Präsidenten, oder Ministerpräsidenten stürzen, wenn er kein Verbrechen begangen hat. Wir sind keine Parlamentsrepublik, in der der Präsident durch den Kongress abgewählt werden kann und wo der Kongress die Vertrauensfrage aus rein politischen Gründen stellen kann. Aus diesem Grunde kann man in Brasilien kein Amtsenthebungsverfahren gegen einen Präsidenten aus rein politischen Gründen machen. Wir glauben, dass das was zur Zeit in Brasilien abläuft, einen Präsidenten, der in keine Korruptionsaffären verwickelt ist, auszuwechseln, um die verlorenen Wahlen von 2014 zu kompensieren und den Staat zu Neuwahlen zu zwingen...

Es ist ein Versuch, das ganze politische Programm, das sowohl eine soziale, als auch eine Wirtschaftsentwicklung vorsieht, zu ersetzen und der Krise, die es in Brasilien schon seit Jahren gibt, mit einem reinen neoliberalen Programm beizukommen. Dieses sieht vor, die sozialen Programme zu minimieren und staatliche Mitwirkung daran einzuschränken.

Diese Doktrin widerspricht den brasilianischen Gesetzesnormen bezüglich Krankenfürsorge, den Menschen ein eigenes Heim zu garantieren, eine hochqualifizierte Bildung zu ermöglichen und einen Mindestlohn für die Ärmsten zu ermöglichen. Man will diese Rechte beseitigen und gleichzeitig eine antinationale Politik betreiben, vor allem was die brasilianischen Ölrressourcen anbetrifft.

Die größten Ölreserven, die kürzlich entdeckt wurden, lagern 7000 Meter unter der Erdoberfläche. Die Minister behaupteten, dass die Gewinnung dieser Reserven unmöglich sei. Aber gegenwärtig werden 1 Million Barrels täglich eben dieser Reserven gewonnen. Zweifelsohne denken sie daran, die Gesetzgebung zu verändern, um die Ölreserven im Interesse der internationalen Konzerne auszubeuten.

Außerdem werden Richtlinien der Außenpolitik, die Präsident Lula da Silva aufgebaut hat und die auch während meiner Präsidentschaft galten, die Beziehungen mit den Staaten Lateinamerikas, Afrikas, den BRICS Ländern und anderen Entwicklungsländern, zusätzlich zu den Beziehungen mit den entwickelten Staaten- den USA und Europa zu stärken. Ich denke, dass die BRICS Länder die bedeutendste multilaterale Staatengruppe ist, die es in den letzten 10 Jahren gibt. Aber die

Übergangsregierung hat andere Ansichten zu den BRICS-Staaten und ihrer Bedeutung, die sie für Lateinamerika haben.

Sie diskutieren sogar über die Möglichkeit, Botschaften in einigen afrikanischen Ländern zu schließen. Wir haben ja mit Afrika spezielle Beziehungen. Brasilien ist das Land mit dem höchsten Bevölkerungsanteil in Afrika und in der Welt. Wir haben in den letzten Jahren nicht nur mit den Portugisisch sprechenden Ländern gute Kontakte aufgebaut.

Diejenigen, die nun die Macht in den Händen halten, versuchen, das Programm, das von den Brasilianern mit 54 Millionen Stimmen angenommen wurde, als ich gewählt wurde, zu beseitigen.

RT: Lassen Sie uns jetzt darüber sprechen, was mit Brasilien geschehen ist und wie sich diese Prozesse auf den ganzen Kontinent auswirken. Wir haben gehört, dass z. B. der Ecuadorianische Präsident Rafael Corerra dies als 2. Operation Condor bezeichnet hat. Meinen Sie, dass das wahr ist? Gibt es exterritoriale Mächte, die die politische Balance in Lateinamerika stören wollen ?

DR: Es könnte ein Versuch sein, die politische Landschaft in Lateinamerika zu ändern. Aber ich denke, dass, dass der Prozess im Innern von Brasilien vor sich geht und von brasilianischen Kräften kontrolliert wird, die ein Interesse daran haben, im Inneren des Landes Lügen zu verbreiten. Die laufenden Prozesse können nicht als eine Art von äußerer Einnischung betrachtet werden. Das so zu sehen, wäre falsch. Aber natürlich ist Brasilien eine Schlüsselfigur in der regionalen, als auch in der internationalen Arena und wenn in einem Land wie diesem andere politische Kräfte zur Macht kommen, könnte das nutzbringend sein für eine Zahl von Mitspielern.

RT: Es gab kürzlich über WikiLeaks Berichte, dass im Jahre 2006, als Mr. Da Silva Präsident war, der zeitweise Interims-Präsident Michel Temer Kontakte mit der US-Botschaft in Brasilien hatte. Diese Figur würde nutzbringend sein für die Interessen Washingtons und eine Reihe von Banken. Er war Vize-Präsident in Ihrer Regierung. Erstens möchte ich Sie fragen, was ist erwähnenswert, dass Temer ein solches Interesse hat? Und welche Veränderungen kann man erwarten, wenn er zur Macht kommt?

DR: Nein, der Vize-Präsident Temer zeigte keine Anzeichen dafür. Klar hatte er, WikiLeaks zufolge solche Kontakte. Ich glaube nicht, dass diese Kontakte politisch motiviert waren, denn es ist falsch, solcherlei Kontakte mit Repräsentanten anderer Staaten zu führen. Aber ich will nochmals wiederholen, dass die Einnischung von außen weder ein erster, noch ein zweiter Grund dafür ist, was gegenwärtig in Brasilien vor sich geht. Die gegenwärtige Situation, die sich entwickelte, geschah ohne äußere Einnischung.

Dieser Staatsstreich ist keiner, wie er gewöhnlich in Lateinamerika vor sich ging, wo Waffen Panzer in den Straßen, Inhaftierungen und Misshandlungen vorherrschten. Der gegenwärtige Staatsstreich ist mittels „demokratischer“ Mittel vollzogen worden, mit Einbeziehung existierender Institutionen unter Mithilfe indirekter Wahlen, die nicht in der Verfassung vorgesehen sind. Dieser Staatsstreich wurde von Händen verübt, die an der brasilianischen Verfassung vorbei handelten. ..Wenn eine Amtsenthebung ohne Grund stattfindet, ist diese illegal und stellt ein ernsthaftes Problem für die Interimsregierung dar. Sie könnten als Usurpatoren der Macht hingestellt werden, was eine strenge Bezeichnung auf politischem Gebiet ist..

RT: Auf die Interimsregierung zu sprechen zu kommen, diese wird ja nur von 2 % der Bevölkerung unterstützt. Es gibt eine Information, dass kein Amtsenthebungsverfahren gegen sie eingeleitet werden kann. Deren Kabinett besteht lediglich aus Weißen und das in einem polyethischem Staat. Einige Minister wurden wegen Korruption angeklagt. Wie legitim ist eine solche Regierung?

DR: Die Legitimität kann man nicht danach bestimmen, dass sie eine weiße Regierung ist. Derselbe Präsident der Abgeordnetenversammlung, der diesen Prozess anführt, wurde angeklagt, dass er mehrere Konten hat; dass er in Korruption und Geldwäsche verwickelt ist. Dieser Prozess ist gegen die Demokratie in Brasilien gerichtet und die Staatsstrukturen, die wir hatten.

Ich nenne ihn nicht Vizepräsident, oder das Haupt der Interimsregierung, oder dass er eine Regierung exklusiv für weiße Menschen schaffen konnte, in der es keine Frauen, oder Menschen mit afrikanischem Hintergrund gibt.

Seit der Gründung eines brasilianischen Staates ist die bedeutendste Institution von jeher der Kulturminister. Die Kultur hat einen direkten Bezug zur nationalen Identität. In einem Lande wie dem unseren mit einer solchen Vielfalt an Ethnien, spielt die Kultur einen vereinigenden Faktor, der erlaubt, dass sich jedermann darin aufgehoben fühlt. Es geht nicht nur um den Verlust von zivilen Rechten und Freiheiten, sondern ich würde sagen, dass dies eine Verletzung der nationalen Identität ist, die die Rolle dieses Ministeriums bestimmt. Etwas anderes ist auch interessant, dass diese Interimsregierung den einen Tag Maßnahmen beschließt und am nächsten wieder rückgängig macht- sie sind nicht gewählt und haben kein legitimes Programm. Sie haben nicht an der Wahlkampagne und ihren Debatten teilgenommen . Ihr Programm ist nicht von der Bevölkerung geprüft worden....

So sagt die Interimsregierung, dass sie einige Teile des brasilianischen Gesundheitssystems erneuern muss. Entsprechend der Verfassung von 1988 garantiert das System eine freie und universelle Krankheitsfürsorge. Die Interimsregierung möchte das Gesundheitssystem einschränken und einige Gesundheitsdienstleistungen

privaten Firmen überlassen...mit dem Ziel, das weitestgehende liberale System durchzusetzen.....

RT: Sind Sie stolz auf die brasilianischen Menschen? Sie sprachen von der brasilianischen Kultur, über Demonstrationen in den größeren Städten, was eine klare Ansage an die Interimsregierung ist, die brasilianische Kultur nicht anzurühren? Auf dem Cannes-Filmfestival haben die Regisseure die gleiche Botschaft verbreitet.

DR: Die Hauptsache spielen die spontanen Demonstrationen der einfachen Menschen, der Schauspieler, die alle unzufrieden sind damit, was jetzt abläuft. Ich rede nicht von mir, sondern von der Demokratie, dem Verlust dieser Rechte.-.. Ich war sehr berührt von der Demonstration in Cannes und anderen Demonstrationen. Vor kurzem hatte ein Theater in einer brasilianischen Stadt während einer Carmina Burana Aufführung eine politische Message übermittelt, die die Interimsregierung verurteilte.

RT: .. Ich würde Ihnen gern eine Frage stellen: Hat Ihr Vizepräsident während ihrer Regierungszeit nicht mitgearbeitet? Ist es nicht verwunderlich,dass er jetzt dagegen ist?

DR: Das wurde erst jetzt klar. Während meiner ersten und am Beginn meiner zweiten Amtszeit war das nicht klar. Aber ab einer bestimmten Zeit war es klar, dass er nach der Macht strebt. Er suchte eine Allianz mit dem Präsidenten des Abgeordnetenhauses, der einen Teil des Kongresses unter Kontrolle hält und dieser Präsident initiierte das Amtsenthebungsverfahren. Er selbst war dem parlamentarischen Ethik-Komitee untergeordnet und er brauchte 3 Stimmen. Diese 3 Stimmen waren für die führende Partei und die hat er nicht bekommen. Daraufhin hat er eine öffentliche Erklärung lanciert, die überall in den Medien zirkulierte, dass er ein Amtsenthebungsverfahren anstrebt, unterstützt von der Opposition....

Ja, es gab Kräfte in Brasilien, die den Umsturz unterstützten - die alte brasilianische Oligarchie, die nie verwinden konnte, dass die Ärmsten der Bevölkerung an den Privilegien und Dienstleistungen teilhaben konnten, was vorher nicht er Fall war....

Es ist klar, dass noch eine Menge zu tun ist. Es ist offensichtlich, dass wir die Krise bekämpfen, die alle Entwicklungsländer, einschließlich Russland, China, genauso traf wie Brasilien, das früher den Entwicklungsländern geholfen hatte. All das führte zu den Schwierigkeiten, die wir jetzt haben.

Das alles wurde durch die Medien und in Geschäftskreisen erörtert, weil jegliche Krise auch zu Problemen bei der Verteilung führt, wer dafür zahlen soll und offensichtlich wird die Zentristische Partei gegenwärtig vollständig von den brasilianischen Rechtskräften kontrolliert .

RT: ... Welche Rolle spielten die Medien in Brasilien bei dem Amtsenthebungsverfahren? Werden sie im wesentlichen von einer Handvoll Besitzenden kontrolliert? Was würden Sie bezüglich der Massenmedien in Brasilien ändern wollen?

DR: Wir haben immer über die Wichtigkeit der Demokratisierung der Massenmedien in Brasilien diskutiert. Dabei ging es immer um die ökonomische Regulierung der Medien. Wir wollen nicht jedermann und jedermanns Ansichten kontrollieren, aber wir wollen die Situation ändern, dass die Medien von wenigen Familien Brasiliens kontrolliert werden und zu einem destabilisierenden Faktor für den demokratischen Prozess in Brasilien werden können. Das ist exakt das, was jetzt passiert. Die brasilianischen Medien sind nicht kritisch. Es gibt einen gewaltigen Unterschied zwischen den internationalen und den Lokalmedien. Ich will ihnen ein Beispiel geben. Gewöhnlich standen die lokalen Medien hinter meiner Regierung und meiner Partei und der befreundeten Parteien. Im Vergleich zu heute stehen sie plötzlich hinter der Interimsregierung, ohne etwas zu hinterfragen....

RT: Bei meinem dritten Besuch Ihres Landes fiel mir auf, dass es verschiedene Meinungen gibt. Viele Menschen befürchten aber, dass sie ihre Privilegien verlieren könnten. Zum Beispiel das föderale Programm unter der Losung „Mein Haus, mein Leben“ brachte eine Menge Leute auf die Straße. Und obwohl der derzeitige Präsident versicherte, dass er daran nichts ändern will, wurde der Bau von 11.000 neuen Wohnhäusern gestoppt. Sollte dieses Programm gekürzt werden, würden viele Familien wieder in eine extreme Armut verfallen.

DR: Ich stelle fest, dass das Programm „Mein Haus, mein Leben“ das bedeutendste Programm war, das Familien mit niedrigem Einkommen unterstützt hat. Wir planten 4,2 Millionen Häuser zu bauen, davon wurden bereits 2,6 Millionen fertiggestellt.... Das Programm garantierte ein besseres Leben, eine bessere Versorgung und Bildung und es garantierte den ärmsten Familien ein festes Minimaleinkommen.... Die Unterstützung des Staates garantierte, dass die Kinder zur Schule gehen konnten. Das Gleiche betraf die Gesundheitsvorsorge. Dadurch konnten Krankheiten eingedämmt werden. Dank dieses Programms konnte Brasilien von der UNO von der Liste der ärmsten Länder der Welt gestrichen werden. Das wurde auch durch spezielle Programme für Familien und Bildungsprogramme erreicht. Besonders junge Leute wurden gefördert, indem sie eine höhere Bildung bekommen haben. Dabei haben wir Quoten für die arme Bevölkerung und Menschen mit afrikanischem oder indianischen Hintergrund eingeführt. Wir haben mehr Universitäten und Colleges gebaut. Nunmehr konnte auch ein Kind aus einer armen Familie Doktor werden. Ich glaube, das ist eine große Errungenschaft für unser Land. Wir haben die soziale Situation in Brasilien

verbessert. Das Land ist nicht mehr dasselbe, was es im Jahre 2003 vor unserem Amtsantritt war.

RT: Viele lateinamerikanische Politiker sind sehr besorgt darüber, was in Brasilien vor sich geht und versuchen, Einfluss auf den Gang der Geschehnisse zu nehmen. Aber als diese Ihnen ihre Hilfe anboten, wurden sie vom neuen brasilianischen Außenminister Jose Serra verurteilt. Was sagen Sie dazu und zu dem Ton, den der neue Außenminister gegenüber internationalen Politikern anschlug? Und - haben lateinamerikanische Staatsmänner Ihnen persönlich gegenüber Hilfe zugesagt?

DR: Ich denke, dass ein Diplomat ein solches Benehmen nicht an den Tag legen und Intoleranz zeigen darf. Ich denke, wir sollten bei diesem Prozess den Dialog mit den anderen lateinamerikanischen Ländern suchen. Viele Politiker sind besorgt, dass sich die Situation, die wir gegenwärtig in Brasilien haben, auch in ihren Staaten auftreten kann.... Ja, ich hatte Gespräche mit einigen Politikern dieser Länder.

RT: Sie wollen darüber nicht sprechen.

DR: Nein...

RT: ...Ihr Land wird bald die Olympischen Spiele ausrichten...

DR: Ich war in die Vorbereitungen involviert... Als ich Präsident wurde, begannen wir uns auf die Olympischen Spiele vorzubereiten. Als Regierungsoberhaupt möchte ich für alles danken, was auf diesem Gebiet erreicht wurde--meine Minister arbeiteten sehr hart. Wir wollten, dass die brasilianischen Spiele die besten sein werden. Ich bin sehr traurig, dass ich nicht mehr ein Teil davon sein darf. Aber ich hoffe, dass ich an den Spielen selbst als Präsident dieses Landes teilnehmen kann, der ich ja immer noch bin.

RT: Eine letzte Frage: Gibt es noch eine reale Chance, dass wir Sie wieder an der Spitze Brasiliens sehen werden?

DR: Dafür werde ich jeden Tag kämpfen, jede Minute und jeden Augenblick. Und ich bin überzeugt, dass mich viele Brasilianer dabei unterstützen

RT: Das ist ein guter Abschluss für unser Interview. Danke Frau Präsidentin.!

DR: Ich danke Ihnen.

19. Mai 2016

Quelle: <https://libya360.wordpress.com/2016/05/19/president-dilma-rouseff-interviewed-by-rt/>, Übersetzung und Zusammenfassung: Brigitte Queck

Pressebüros des ZK der KKE: Stellungnahme zum Ergebnis des Referendums in Großbritannien über den Austritt aus der EU (24.6.2016)

Das Ergebnis des britischen Referendums reflektiert den steigenden Unmut von Menschen aus der Arbeiterklasse und aus den anderen Volksschichten gegen die EU und ihre volksfeindliche Politik. Dieser Unmut muss sich aber von den Plänen bestimmter Teile und politischer Kräfte der Bourgeoisie entkoppeln und radikale, antikapitalistische Merkmale erlangen. Das Ergebnis verzeichnet die Enttäuschung der Erwartungen, die alle bürgerlichen Parteien – auch in Griechenland – zusammen mit den EU-Stabsstellen jahrelang geweckt haben, dass die Völker innerhalb der EU angeblich im Wohlstand leben könnten.

Die Tatsache, dass die Frage des Austritts eines Landes aus der EU – und zwar der Größe von Großbritannien – so stark gestellt wurde, liegt einerseits an den inneren Widersprüchen der EU und der ungleichmäßigen Entwicklung ihrer Volkswirtschaften, andererseits am Konflikt zwischen den imperialistischen Machtzentren, der sich in der Zeit der Wirtschaftskrise verschärfte. Diese Faktoren stärken den sogenannten Euroskeptizismus, die separatistischen Tendenzen, aber auch Tendenzen, die auf eine Veränderung der politischen Verwaltung der EU und der Eurozone zielen.

Träger des reaktionären „Euroskeptizismus“ sind nationalistische, rassistische oder auch faschistisch orientierte Parteien, wie z.B. die Partei für die Unabhängigkeit Großbritanniens (UKIP) von Farage, die Front National von Le Pen in Frankreich, die Alternative für Deutschland sowie ähnliche Gruppierungen in Österreich, in Ungarn und in Griechenland, wie die faschistische Goldene Morgenröte, die Nationale Einheit von Karatzaferis, u.a.

Die Tendenz des „Euroskeptizismus“ wird auch durch Parteien vertreten, die ein linkes Etikett benutzen, die die EU und den Euro kritisieren oder gar ablehnen, die nach anderen imperialistischen Bündnissen suchen, und die immer innerhalb des kapitalistischen Systems verbleiben.

Diese Widersprüche und Konkurrenzen durchdringen auch die Bourgeoisie jedes EU-Mitgliedstaates. Die wirtschaftlichen und politischen Entwicklungen, die sowohl innerhalb Großbritanniens, als auch der EU in Gang gebracht werden, sowie das Feilschen um die künftige Position der britischen Bourgeoisie, können zu neuen vorübergehenden Übereinkünften der EU mit Großbritannien führen. Eins steht

allerdings fest: solange das kapitalistische Eigentum an den Produktionsmitteln und die bürgerliche Macht bestehen bleiben, wird jede Entwicklung mit neuen, schwerwiegenden Opfern von der Arbeiterklasse und den Menschen aus den Volksschichten einhergehen.

Das Ergebnis des britischen Referendums stellt alle anderen politischen Kräften in Griechenland bloß, die jahrelang die Mitgliedschaft Griechenlands in der EU gelobt und als unumkehrbaren Prozess präsentiert hatten, oder Illusionen über die Möglichkeit von „mehr Europa der Demokratie und Gerechtigkeit“ verbreiteten. Es stellt auch die Kräfte bloß, die die Nationalwährung als Allheilmittel für den Wohlstand des Volkes betrachten. Großbritannien setzte mit seinem Pfund die gleichen arbeiter- und volksfeindlichen Maßnahmen wie die Eurozone-Länder um. Die gleichen Maßnahmen wird Großbritannien auch außerhalb der EU umsetzen, da sie von den Bedürfnissen der eigenen Monopole nach Wettbewerbsfähigkeit und Profitabilität diktiert werden.

In den nächsten Tagen und Wochen werden sicherlich mehr Tränen vergossen und Stimmen werden lauter werden, sowohl seitens der SYRIZA-ANEL-Regierung, als auch anderer bürgerlichen Parteien, die die „Notwendigkeit der Neugründung der EU“, oder „die Rückkehr zu ihren verlorengegangenen Wurzeln“ usw. einfordern. Die EU war und ist aber von Geburt an ein reaktionäres Bündnis der Bourgeoisien des kapitalistischen Europas, um die Ausbeutung der arbeitenden Menschen und die Ausplünderung anderer Völker zu ermöglichen - im Rahmen ihrer Konkurrenz mit anderen imperialistischen Zentren. Sie wird nicht ewig bestehen, genauso wie auch andere einschlägige Bündnisse in der Vergangenheit nicht ewig bestanden. Die kapitalistischen Ungleichmäßigkeiten und Konkurrenzen, die steten Verschiebungen von Kräfteverhältnissen bringen früher oder später Widersprüche an die Oberfläche, die mittels vorübergehender und zerbrechlicher Kompromisse nicht zu überbrücken sein werden. Gleichzeitig entstehen auf dem kapitalistischen Boden neue Phänomene und Vorgänge, die neue reaktionäre Bündnisse hervorbringen.

Die Völker in Griechenland, Großbritannien und den anderen europäischen Ländern dürfen ihre Interessen nicht „unter fremde Flagge“ setzen. Sie dürfen sie nicht unter die Flagge der Bourgeoisie und ihrer verschiedenen Teilesetzen, die gemäß den eigenen Interessen und einer möglichst umfassenden Ausbeutung der Arbeitenden ihre Entscheidungen trifft und ihre internationalen Bündnisse schmiedet.

Die notwendige Verurteilung der Europäischen Union als ein Raubbündnis des Kapitals und der Kampf um die Abkopplung jedes Landes von der EU müssen unbedingt mit der Notwendigkeit des Sturzes der Herrschaft des Kapitals und mit dem Kampf um die Arbeiter- und Volksmacht verbunden werden. Das gesellschaftliche Bündnis der Arbeiterklasse und der anderen Volksschichten, die Wiederformierung

und Stärkung der internationalen kommunistischen Bewegung sind Bedingungen für die Eröffnung dieses hoffnungsvollen Weges.

Vor 80 Jahren begann der Krieg in Spanien

Kämpfer und Freunde der Spanischen Republik 1936-1939 **e.V.: Zeittafel Spanischer Krieg und soziale Revolution** **1936-1939**

14. April 1931

Proklamation der Zweiten Spanischen Republik durch den Staatspräsidenten Alcalá Zomora. Manuel Azaña von der Acción Republicana wird Ministerpräsident.

Januar 1933

Aufstand anarchistischer Bauern in Casa Viejas, Repressionen im ganzen Land; Gründung der Guardia de asalto, der „Sturmgarde“; Gesetz zur Verteidigung der Republik; Empfehlung zur Stimmenthaltung bei Wahlen durch CNT-FAI.¹

September - November 1933

Ende der amtierenden Regierung und Neuwahlen, Niederlage der linken Republikaner und Sieg des rechten Wahlbündnisses Confederación Española de Derechas Autónomas (CEDA), Ministerpräsident Alejandro Lerroux, 1934 Beginn „bienio negro“ (Schwarzes Doppeljahr).

1934

Soziale Unruhen, versuchte Ausrufung der Unabhängigkeit Kataloniens durch die Generalität, Aufstand der asturischen Bergarbeiter; Niederschlagung des Aufstands durch von General Francisco Franco geführte Fremdenlegionäre und marokkanische Söldner; Massenrepressionen und Hinrichtungen; Inhaftierung von Manuel Azaña, dem Sozialisten Largo Caballero und Lluís Companys.

¹ Zur Erklärung der Organisationen der Linken im damaligen Spanien siehe den Anhang am Ende dieses Artikels auf S. 25.

1935

Regierungskrise, im April Neubildung der Regierung; der CEDA-Chef Gil-Robles wird Kriegsminister, er ernennt Franco zum Chef des Generalstabs; Säuberung der Armee von Linken; Finanzskandal, neue Regierung unter Jaquín Chapaprieta Torregrosa, danach unter Manuel Portela Valledares. Da dieser keine Mehrheit in dem Cortes fand, Ausschreibung von Neuwahlen. Am 30.09. Gründung des POUM.

1936

15.01.

Wahlbündnis aus Izquierda Republicana, Unión Republicana, PSOE, UGT, PCE und POUM zur Frente popular (Volksfront), Unterstützung durch die Esquerra Republicana de Catalunya; Aufhebung des bisherigen Wahlboykotts der Anarchosyndikalisten durch die CNT-FAI.

16.02.

Sieg der Volksfront über die Nationale Front (Frente Nacional) mit geringer Stimmenmehrheit (4.654.116 zu 4.503.524 Stimmen), aber Mehrheit an Sitzen in der Cortes (227 von 441 Sitzen); neue Regierung unter Manuel Azaña, nach dessen Wahl zum Staatspräsidenten, Regierung unter Santiago Casares Quiroga; Freilassung tausender Inhaftierter, Beginn Kollektivierungen; Zunächst keine sozialistischen Minister im Kabinett, nur Republikaner; linker Flügel des PSOE unter Largo Caballero fordert „Diktatur des Proletariats“.

04./05.04.

Vereinigung der Sozialistischen und Kommunistischen Jugend zur „Vereinigten Sozialistischen Jugend“.

Mai

Nationaler Kongress der CNT in Zaragoza, Teilnahme von 300.000 Menschen, Resolution über den „comunismo libertario“ (freiheitlicher Kommunismus). Für den 20. April war seitens der hohen Offiziere der Unión Militar Española, gegründet 1934 durch José Sanjurjo, ein Putsch geplant, musste aber abgesagt werden, da Regierung Kenntnis hatte. Francisco Franco blieb auf Kanaren, Manuel Goded wurde auf die Balearen, Emilio Mola nach Navarra versetzt. Beitritt von Gonzalo Queipo de Llano und Miguel Cabanellas. Sanjurjo sollte Staatspräsident werden.

17.07.

Putsch der Generäle in Melilla - Spanisch-Marokko - mit Hilfe marokkanischer Söldner. Casares Quiroga demissioniert als Ministerpräsident.

18.07.

Putsch auf dem Festland mit Hilfe rechter Streitkräfte, der Falange und der Karlisten. Martínez Barrio wird für einen Tag Ministerpräsident

19.07.

Das Volk wehrt in Madrid, Valencia, Malaga und Barcelona die Putschisten ab. José Giral wird Ministerpräsident. Dolores Ibárruri verkündet über die Mikrofone des Ministeriums des Inneren den legendären Ruf „¡No pasarán!“.

20.07.

Sturm auf die Montaña-Kaserne in Madrid, in Zentralspanien und Katalonien wird der Putsch gestoppt

21.07.

Gründung des katalanischen Zentralkomitees der Antifaschistischen Milizen in Katalonien.

23.07.

Die Volksfrontregierung beschließt die Aufstellung von Volks-Milizen. Deutsche Emigranten und Teilnehmer an der vom 22.- 26.7. geplanten Volksolympiade bilden den „Grupo Thaelmann“. Die Offensive des Generals Mola kann in der Sierra gestoppt werden. Deutsche Anarchosyndikalisten gehen im Grupo Internacional der Columna Durutti und am 25.07. im Grupo Erich Mühsam der Columna Ascaso an die Front. In Barcelona Gründung des PSUC.

27./28.07.

Deutsche und italienische Flugzeuge bilden Luftbrücke von Afrika zum Festland, eine intensive Waffenhilfe für die Putschisten beginnt.

01.08.

Nichteinmischungsvereinbarung europäischer Großmächte, der auch die UdSSR beitrifft. Aufruf des ZK der KPD an das spanische Volk und die Milizen.

02.08.

Dekret zur Beschlagnahme von Unternehmen, die von früheren Besitzern verlassen wurden. Intensivierung der Kollektivierung.

06.08.

Katalanisches Dekret über Einsetzung von Regierungsvertretern in kollektivierte und kontrollierte Unternehmen.

07.08.

Einsetzung der katalanischen Kriegsindustrie-Kommission.

08.08.

Frankreich schließt die Grenze zu Spanien.

11.08.

Gründung des Wirtschaftsrates in Katalonien.

19.08.

Der Dichter Federico García Lorca wird von den Franquisten ermordet. Am 20.07. kommt José Sanjurjo, der von den Putschisten designierte Staatspräsident, bei einem Flugzeugabsturz aus dem portugiesischen Exil nach Burgos ums Leben. Damit ist der Weg für Franco an die Spitze der Putschisten frei.

23.08.

Weitere deutsche Anarchosyndikalisten gehen mit der Columna Los Aguiluchos an die Front.

27.08.

Die deutsche Luftwaffe bombardiert Madrid. Dekret: Bauern müssen in Katalonien einem Syndikat beitreten.

29.08.

Deutsche Antifaschisten bilden unter Anleitung von Hans Beimler und Albert Schreiner die Centuria „Thälmann“, die als 13. Centuria der von Ferrán Gancedo kommandierten Columna und späteren División „Carlos Marx“ an die Huesca-Front ging.

04.09.

Demission der Regierung José Giral.

05.09.

Bildung der Regierung Largo Caballero, zwei Kommunisten, Vincente Uribe und Jesús Hernández, werden Minister.

09.09.

In London tritt das Komitee für Nichteinmischung in die Inneren Angelegenheiten Spaniens (NIC) zusammen. Ungeachtet dessen setzen Deutschland und Italien die militärische Unterstützung der Franquisten fort.

27.09.

Das EKKI orientiert auf die Aufstellung internationaler Freiwilligen-Einheiten. Alle kommunistischen Parteien werden aufgerufen, das republikanische Spanien zu unterstützen.

01.10.

Autonomiestatus für das Baskenland. Auflösung des katalanischen Zentralkomitees der Antifaschistischen Milizen.

05.10.

Eintritt der Anarchisten in die Regierung Caballero.

07.10.

Republikanisches Dekret über die Umstrukturierung und Nationalisierung von Ländereien.

09.10.

Durch Dekret werden in Katalonien alle lokalen Komitees und Räte aufgelöst, aus ihnen werden Gemeinderäte gebildet.

10.10.

Gründung der republikanischen Volksarmee, die „Militarisierung“ der Milizen wird beschlossen und damit werden die Milizen dem Militär unterstellt.

12.10.

Die ersten sowjetischen Berater, Instrukteure und Militärspezialisten kommen nach Spanien, bis Ende des Krieges werden es insgesamt 2019 sowjetische Männer und Frauen sein, die die Republik auch als Piloten, Tankisten, DolmetscherInnen, FunkerInnen usw. unterstützen.

13.10.

Die Centuria „Thälmann“ scheidet aus den spanischen Milizen aus und bildet in Albacete einen Kern der künftigen XI. Internationalen Brigade.

15.10.

Gründung des Generalkriegskommissariats. In Barcelona trifft der sowjetische Dampfer „Syrjanin“ mit Solidaritätsgütern ein. Weitere Schiffe bringen Panzer, Flugzeuge, Waffen, Munition und Geschütze. Die sowjetischen Lieferungen halten bis 1938 an.

16.10.

Die Regierung Spaniens erhält ein Telegramm Stalins mit dem Kernsatz: Die Befreiung Spaniens ist die gemeinsame Sache der gesamten fortschrittlichen Menschheit.

22.10.

Luigi Longo (Gallo), Pierre Rebière und Stefan Wisniewski überzeugen im Auftrag der Komintern Largo Caballero von der Notwendigkeit, den Aufbau Internationaler Brigaden zu gestatten. Schaffung des Obersten Kriegsrats der IB, die Leitung übernimmt André Marty, Sekretär der Komintern. In Albacete, der zukünftigen Base der IB, deren erster Kommandeur der Franzose Vital Gayman ist, wurde schon die erste IB, die XI. Brigade, aufgestellt. Am 24.10. war dieser Aufbau im Wesentlichen abgeschlossen. Der Kommandeur der Brigade war (seit 1.11.) Manfred Stern (Emilio Kléber), der des 1. Bataillons Hans Kahle, der dann die Brigade übernahm und später Kommandeur der 45. Division wurde.

04.11.

Die CNT tritt in die Zentralregierung in Madrid ein.

06.11.

Wegen der Kämpfe um Madrid wird die Regierung nach Valencia verlegt.

07.11.

Die XI. IB trifft in Madrid ein und nimmt an den schweren Verteidigungskämpfen teil. Die Franquisten dringen mit marokkanischen Söldnern in das Universitätsviertel ein. Das 1. Bataillon der XI. IB erhält den Namen des von den Nazis hingerichteten Kommunisten Etkar André.

09.11.

Die unter dem Kommando von General Lukács (Máté Zalka) in Albacete gebildete XII. Internationale Brigade kann an die Front gehen.

19.11.

Buenaventura Durutti, der Kommandeur der gleichnamigen Columna, wird in Madrid durch eine Kugel so schwer am Kopf verletzt, dass er am kommenden Tag stirbt.

29.11.

Reorganisation der XI. IB. Zu ihr gehören die Bataillone „Etkar André“, „Ernst Thälmann“ und „12. Februar“. 1937 kommt das Bataillon „Hans Beimler“ dazu.

01.12.

Hans Beimler, Verantwortlicher der KPD für die deutschen Kommunisten in Spanien, und Louis Schuster (Fritz Vehlow), Politikommisar des Thälmann-Bataillons, fallen an der Front von Madrid. In Albacete unter dem Kommando von General José Gómez (Wilhelm Zaisser) Aufstellung der XIII. Internationalen Brigade.

15.12.

Reorganisation der Geheimdienste und Politischen Polizei der Republik, Schaffung eines „Obersten Sicherheitsrates“, Zusammenfassung der Polizeigewalt. Beginn der Kampagne gegen den POUM.

Mitte Dezember

An der Córdoba-Front Aufstellung der XIV. Internationalen Brigade unter dem Kommando von General Walter (Karol Swierczewski).

1937

Januar

Die KPD und die Spanische Republik vereinbaren die Installierung des Deutschen Freiheitssenders 29,8.

Februar

In Albacete Aufstellung der XV. Internationalen Brigade unter dem Kommando von General Gall (Janos Gálicz).

06. - 23.02.

Niederlage der Putschisten in der Jarama-Schlacht.

08.02.

Einnahme von Málaga durch die Putschisten mit Hilfe italienischer Truppen; die dorthin verlegte XIII. IB kann mit spanischen Einheiten den weiteren Vormarsch verhindern.

01.03.

Auflösung der Arbeiterpatrouillen in Katalonien.

02.03

Erscheinen der 1. Nummer der Zeitschrift der XI. IB „Pasaremos“.

08. - 21.03.

Das profranquistische italienische Corpo Truppe Volontarie, das auf Madrid vorstößt, wird bei Guadalajara vernichtend geschlagen.

26. 04.

Bombardierung der baskischen Stadt Guernika durch die Legion Condor, fast vollständige Zerstörung der Stadt und über 1.600 Tote.

02. bis 07.05.

„Mai-Ereignisse“ in Barcelona (Jornada de Mayo). Am 03.05. stürmt die Guardia de asalto unter dem Befehl von Rodríguez Sala (PSUC) - Direktor für Öffentliche Ordnung - die laut Kollektivierungsdekret der katalanischen Generalitat gemeinsam von Vertretern der CNT, der sozialistischen UGT und der Generalitat verwaltete „Telefónica“; unterstützt vom POUM, ruft die CNT zum Kampf auf, der mit der Niederlage von CNT und POUM endet.

15.05. - 18.05.

Largo Caballero lehnt Verbot des POUM ab, darauf Rückzug der zwei Minister des PCE. Damit ist Regierung Caballero am Ende, Juan Negrín (PSOE) wird neuer Ministerpräsident. Reorganisation der Armee. Austritt der CNT aus der Regierung.

31.05.

Beschießung von Almería durch den Kreuzer „Admiral Spee“ und vier deutsche Zerstörer.

16.06.

Verbot des POUM, Auflösung seiner Militäreinheiten und Verhaftung seiner Führer. Danach Ermordung von Andreu Nin.

04.07. bis 16.07.

Zweiter Internationaler Schriftstellerkongress zur Verteidigung der Kultur. Tagungen in Valencia, Madrid, Barcelona und Paris. Intellektuelle aus aller Welt versichern der Republik ihre Solidarität.

Im Juli erscheint das „Schwarzrotbuch“, in dem die Gruppe DAS in Spanien erbeutete Nazi-Dokumente veröffentlicht.

17.08.

Gemeinsames Aktionsprogramm von PCE und PSOE.

06.07. bis 28.07.

Schlacht bei Brunete. Die Franquisten führen Standgerichte ein.

24.08. bis 06.09.

Angriff der Spanischen Volksarmee an der Aragón-Front, Eroberung von Quinto und Belchite. Am 11.08. Auflösung des Verteidigungsrats von Aragón.

25.08.

Einnahme von Santander durch die Franquisten mit Hilfe deutscher und italienischer Truppen.

01.10.

Spaltung der UGT, Caballero wird als Vorsitzender abgesetzt, Rodríguez Vega neuer Vorsitzender.

31.10.

Verlegung der Zentralregierung von Valencia nach Barcelona.

15.12.

Beginn der Schlacht um Teruel, vorläufiger Sieg der Republikaner.

19.12.

Franquistische Gegenoffensive bei Teruel; Ende Dezember wird die 129. Internationale Brigade gebildet.

1938

11.01. bis 28.01.

Schwere Bombardierung Barcelonas mit Beteiligung deutscher Flugzeuge.

30.01.

Der Caudillo (Führer) Franco erhält unbeschränkte Befugnisse und bildet eine provisorische Regierung.

21.02.

Franquistische Truppen erobern Teruel zurück.

09.03.

Beginn der Aragón-Offensive durch die franquistischen Truppen, diese brechen durch ihre menschen- und materialmäßige Überlegenheit am 15.04. bei Vinaròz bis zum Mittelmeer durch und spalten so das republikanische Territorium.

11.03.

Frankreich öffnet die Grenze zu Spanien für Flüchtlinge.

13.03.

Einheitskonferenz deutscher Antifaschisten, Kommunisten und Sozialdemokraten in Valencia.

18.03.

Allianz zwischen sozialistischer UGT und anarchosyndikalistischer CNT.

05.04.

Ausscheiden des bisherigen Kriegsministers Indalecio Prieto der der Regierung Negrín, dieser übernimmt das bisherige Ressort Prietos. Im April Zusammenschluss der CNT, FAI und FIJL zum MLE.

05.07.

Der Nichteinmischungsausschuss beschließt Abberufung der Internationalen Brigaden aus Spanien, die Base Albacete wurde schon im Juni aufgelöst und nach Barcelona verlegt.

24.07.

Beginn der Ebro-Offensive der republikanischen Truppen, die XI. IB durchbricht die Front und dringt tief in das Hinterland der Franquisten ein.

11.08.

Republikanisches Dekret zur Militarisierung der katalanischen Kriegsindustrie.

21.09.

Juan Negrín stimmt dem Abzug der Internationalen Brigaden zu.

23.09.

Die Internationalen Brigaden werden von der Front zurückgezogen.

28.10.

300.000 Personen, unter ihnen Dolores Ibárruri, Lluís Companys, Manuel Azaña, Juan Negrín und Vicente Rojo, nehmen in Barcelona auf der Avenida de 14 de abril an der Verabschiedung der Internationalen Brigaden teil.

1939

23.01.

Zweiter Einsatz der Interbrigaden an der Front von Barcelona, um Flucht der Zivilbevölkerung zu decken.

26.01.

Barcelona fällt in die Hände der Franquisten.

01.02.

Die Cortes tritt zum letzten Mal in Figueras zusammen.

03. bis 05.02.

Putsch einer Militärjunta, bestehend u.a. aus den republikanischen Offizieren Segismundo Casado, Cipriano Mera und José Miaja gegen die republikanische Regierung. Franco lässt sich auf keine Verhandlungen ein und verlangt bedingungslose Kapitulation.

08. bis 09.02.

Letzte Appelle der Internationalen Brigaden auf spanischem Boden, anschließend überschreiten sie die französische Grenze und werden unter entwürdigenden

Bedingungen interniert. Ende des Widerstands in Katalonien. Mehr als 35.000 Freiwillige aus 53 Nationen hatten an dem fast dreijährigen Verteidigungskampf der Republik teilgenommen.

14.02.

Die Schweiz erkennt die Regierung Francos als einzige legitime Vertretung Spaniens an, am 27.02. folgen Großbritannien und Frankreich.

28.03.

Fall von Madrid. Ganz Spanien befindet sich in den Händen der Franquisten, fast 500.000 Republikaner müssen fliehen. Zahllose werden inhaftiert, bis 1945 halten die Hinrichtungen an. Insgesamt sollen 143.353 Personen hingerichtet worden sein.

01.04.

Franco verkündet Sieg.

20.05.

Siegesparade der Franco-Truppen in Madrid.

26.05.

Abzug der Legion Condor aus Spanien.

Anhang: Parteien und Organisationen der Linken

CNT: Conferederación Nacional de Trabajo

FIJL: Federación Ibérica de Juventudes Libertarias

FAI: Federación Anarquista Ibérica

MLE: Movimiento Libertario Español

PCE: Partido Comunista de España

PSOE: Partido Socialista Obrero Español

PSUC: Partido Socialista Unificado de Cataluña bzw. (katalan.) Partit Socialista Unificat de Catalunya. Vereinigung von Unió Socialista de Catalunya, Federación catalana del PSOE, Partido Comunista de Cataluña und Partit Català Proletari

POUM: Partido Obrero de Unificación Marxista. Vereinigung von Izquierda Comunista de España und Bloc Obrer i Camperol

UGT: Unión General de Trabajadores

DAS: Deutsche Anarcho-Syndikalisten im Ausland

JSU: Juventudes Socialistas Unificadas

Verein „Kämpfer und Freunde der Spanischen Republik 1936 – 1939 e. V. (KFSR)“
Magdalenenstr. 19, 10365 Berlin

Stand: 08. April 2016

WEB: www.spanienkaempfer.de E-Mail: info@spanienkaempfer.de

Zur Geschichte des Sozialismus

Erich Buchholz: Zum 13. August 1961 - hatte Ulbricht gelogen?

Prolog

Vor einiger Zeit hatte das Fernsehen mehrfach über Museen und Ausstellungen an der East-Side-Gallery berichtet. Dabei kam auch die bekannte Bemerkung Walter Ulbrichts auf einer Pressekonferenz am 15.6.1961 vor, auf der er erklärt hatte: *„Niemand hat die Absicht, eine Mauer zu errichten!“*

In diesem Zusammenhang kam bei mir die Erinnerung an eine lebhafte Diskussion von gebürtigen Westberlinern, ehemaligen Westberliner und aktuellen Westberlinern auf. Wir debattierten die Sorge der Westberliner, dass die DDR die Grenze schließen könnte und dann die Westberliner „eingesperrt“ sein würden. Das war damals eine sehr große Sorge der Westberliner!

Es hatten nämlich damals westliche Journalisten oder Politiker Walter Ulbricht gefragt, warum er denn angesichts der großen Zahl von Republikflüchtigen nicht die Grenze nach West-Berlin schließe.

Ich erinnere mich: Es war Ulbrichts Eigenheit, in seinen Referaten oder bei anderer Gelegenheit nicht problemlose langweilige Vorträge zu halten, sondern auf aktuelle Probleme in Westdeutschland und besonders in der DDR einzugehen, zu

polemisieren. In diesem Sinne verstand sich auch seine Antwort auf die Fragen betreffender westlicher Journalisten oder Politiker.

Dass sich die Westberliner, als die Grenze dann tatsächlich geschlossen wurde, eingesperrt sahen und fühlten, haben sie uns Kollegen nach Öffnung der Grenze sehr anschaulich vermittelt: „Wir Westberliner hatten zwar die Möglichkeit, über die Autobahn oder von Tegel aus mit dem Flugzeug Reisen in die ganze Welt durchzuführen, aber wir konnten nicht unser unmittelbares Land gegenüber, die Landschaft und die Ortschaften besichtigen, besuchen.“

Als die Grenze geöffnet wurde, haben sie diese Möglichkeit sehr ausgiebig genutzt.

Das Entsprechende erlebten wir dann auch bei den Westberlinern. Aus Neukölln, Kreuzberg kam man in großen Scharen; Westberliner mit ihren Familien mit Kindern, Kinderwagen, andere mit Fahrrädern und besuchten den Treptower Park mit dem sowjetischen Ehrenmahl und weiter den „Rummel“, den Kulturpark im Plänterwald mit dem Riesenrad. Andere Westberliner interessierten sich für die Spree, die hier Seen artig erweitert ist, mit ihren vielen großen und kleinen Booten, so den Dampfem, die überall hinführen.

Nach diesem Einschub zurück zu unseren damaligen Diskussionen unter uns Westberlinern und zu den Erlebnissen vieler Westberliner in der Zeit ihres „Eingesperrtseins“.

Wie kam es zur Schließung der Grenze?

Dazu muss ich weit zurückgehen bis in das Jahr 1952. Ich erinnere mich sehr gut an dieses Jahr, weil es für mich so viele persönliche Erlebnisse brachte.

Anfang des Jahres 1952 wurde bei uns wie bekannt die Stalin-Note verbreitet. Nachdem DDR- Politiker und auch die sowjetische Regierung wiederholt Vorschläge zur Lösung der deutschen Frage unterbreitet hatten, trat nun Stalin – gewissermaßen als letzter Versuch – in Erscheinung. Er unterbreitete sehr konkrete Vorschläge zur Lösung des Problems: Wahl einer gesamtdeutschen Regierung (beziehungsweise Parlament) und Abschluss eines Friedensvertrages mit Deutschland.

Sowohl Kanzler Adenauer als auch die Westmächte, besonders die USA hielten es nicht einmal für nötig, auf dieses sehr konkrete Angebot eine Antwort zu geben.

Jedenfalls war nun klar, der Westen, die USA, wollten keinen Friedensvertrag, sie wollten kein einheitliches Deutschland, sie wollten die Zuspitzung des „Kalten Krieges“, der damals 1945 unmittelbar nach der Potsdamer Konferenz durch den Abwurf zweier Atombomben auf die japanischen Städte Nagasaki und Hiroshima von Truman eingeleitet wurde.

Jener Abwurf von Atombomben demonstrierte: Wir sind die Mächtigsten! Nur wir haben Atombomben! Wage niemand, sich uns entgegenzustellen!!

Seitdem bestand der „Kalte Krieg“, der im Sommer 1948 durch die langfristig vorbereitete separate Währungsreform sehr konkrete Formen angenommen hatte.

Als Dienstanwärter im Bezirksamt Tiergarten wurde ich zur Durchführung des Geldumtausches für die Auszahlung des Geldes an die Bürger herangezogen, ich hatte unmittelbar mitgewirkt. Nachdem ich mich in meiner Kabine auf die Ausführung des Umtauschs vorzubereiten hatte, war mir ein ganz riesiger Berg von Papier, nämlich von Banknoten hinein geworfen worden. Ich sah mir eine der Banderolen, in die das neue Geld eingewickelt war, an. Es sah so amerikanisch wie Dollars aus. Auf der Banderole war ein Datum erkennbar: der 17. Nov. 1947!! Es war unübersehbar, dass diese Währungsreform seit langer, langer Zeit geheim hinter dem Rücken des vierten Alliierten, der sowjetischen Besatzungsmacht, vorbereitet wurde.

Man konnte sich fragen: ging es den USA damals 1948 nur um eine Währungsreform? Diese meine Frage wurde alsbald beantwortet, als die drei westlichen Besatzungskommandeure die Ministerpräsidenten der westlichen Länder zu sich geordert hatten: Ihnen wurde der Befehl erteilt, innerhalb eines Monats einen Verfassungskonvent einzuberufen, der eine Verfassung für Westdeutschland ausarbeiten sollte.

Die Ministerpräsidenten der westlichen Länder wussten sehr wohl, wie die Stimmung in ihren Ländern war: die Deutschen wollten keine Spaltung Deutschlands sie wollten ein einiges Deutschland! Als Ministerpräsidenten ihrer Länder wollten sie ja nicht offen gegen die Stimmung ihrer Bürger handeln. Sie wussten keinen Ausweg. Da war ihnen Adenauer mit seiner Idee der Bildung eines parlamentarischen Rates zu Hilfe gekommen. Dieser hatte schließlich das westdeutsche Grundgesetz ausgearbeitet.

Der Westen, die USA insbesondere wollten keine Einheit Deutschlands und keinen Friedensvertrag; denn dann hätten sie ihr Militärpotential wieder über den „großen Teich“ zurückbringen müssen. Das wollten sie um keinen Preis.

In der Tat wurde im Mai 1949 das Grundgesetz (GG) verkündet. Im Herbst nach den Wahlen wurde die BRD „konstituiert“ – für die USA unter der Prämisse ihrer Eingliederung in die NATO. Damit war eine friedliche Lösung der deutschen Frage über Bord geworfen worden.

Die USA – die mit dem Abwurf der beiden Atombomben auf friedliche Japanische Städte – ohne jede militärische Notwendigkeit – den „kalten Krieg“ eröffnet hatten, zeigten deutlich, dass sie keine friedliche Lösung in der Welt anstrebten.

Wie musste sich, wie sollte sich die Sowjetunion angesichts dieser Zurückweisung ihrer Vorschläge verhalten?

Die - stillschweigende ablehnende - Antwort der Westmächte, so vor allem der USA, nötigte die SU und die Staaten des Warschauer Paktes zu militärischen Gegenmaßnahmen, so vor allem in Gestalt von Maßnahmen zur Sicherung der Außengrenze der Staaten des Warschauer Paktes. So lautete der Befehl Stalins im Frühjahr 1952.

Soweit diese Außengrenzen dieser Staatengemeinschaft mit den Außengrenzen der UdSSR übereinstimmte, war die Ausführung dieses Befehls problemlos. Auch die Außengrenzen solcher Staaten wie CSSR (Tschechoslowakei) und Ungarn waren nicht besonders problematisch. Denn diese beiden Staaten existierten seit dem Versailler Vertrag als souveräne Staaten mit eigenen Außengrenzen.

Das Riesenproblem lag bei bzw. in der DDR, insbesondere in Berlin, wo die Hauptstadt der DDR (Ost-Berlin) unmittelbar an die Außengrenzen Westberlins, einer selbständigen politischen Einheit, die nicht zur BRD gehörte und auch von ihr nicht regiert werden durfte!, angrenzte.

Hier war der neuralgische Punkt der Grenzsicherung der Außengrenzen der Staaten des Warschauer Paktes. Die Anordnung Stalins konnte daher in der DDR im Jahre 1952 nur in sehr engen Grenzen geklärt, geregelt werden.

Ich erinnere mich daran, dass die Grenztruppen der DDR in den waldigen Gebieten der Mittelgebirge, auf dem Harz sich mit dem Brocken um Sicht- und Schussfeld bemüht hatten. Weiterhin war die Elbe als Grenzfluss ein juristisches und praktisches Problem für die Sicherung der Außengrenzen der DDR. Die Elbe war in der deutschen Geschichte niemals ein Grenzfluss – etwa im Unterschied zum Rhein.

Erst durch Besetzung Deutschlands durch die vier Besatzungsmächte, die ihre vier Besatzungszonen hatten, entstanden „Grenzen“ zwischen den Zonen. Das waren aber lediglich „Verwaltungsgrenzen“. So wie sie zwischen den Berliner Stadtbezirken bestehen bzw.- bestanden.

Erst dadurch, dass im Gefolge der politischen Spaltung Deutschlands die BRD und daraufhin die DDR entstanden, wurden Zonengrenzen zu Grenzen von Staaten mit völkerrechtlicher Bedeutung. Demzufolge wurde die Elbe auf längeren Strecken zu einem völkerrechtlich relevanten Grenzfluss. Für diese Grenze galt Völkerrecht – und nicht irgendwelches Besatzungsrecht. Nach Völkerrecht ist die Mitte des Grenzflusses die Staatsgrenze.

Es hatte sehr lange, bis in die achtziger Jahre gedauert, bis es gelang, in einer Grenzkommission mit Vertretern beider deutscher Staaten diese Frage des Grenzflusses Elbe zu regeln.

Übrigens: eine ähnliche Problematik hatten wir auch beim Fluss Havel. Die Havel fließt bekanntlich von Norden kommend nach Berlin, in den Bereich Spandau, wo sie für ein paar km ein innerstaatlicher Fluss war. Erst weiter südlich von der Heerstraße im Bereich Gatow wurde die Havel zu einem Grenzfluss zwischen der eigenständigen politischen Einheit Westberlin und der DDR. Da es insoweit früher keine Zonengrenze gab, war die Rechtsfrage ohne besondere Probleme. Es galt Völkerrecht mit der Mitte des Flusslaufes als Grenze.

Im Übrigen waren die Grenztruppen der DDR bestrebt, soweit es ging, etwas zur Sicherheit der Außengrenzen der Staaten des Warschauer Paktes zu leisten. Trotz all solcher Bemühungen der Grenztruppen der DDR blieb letztlich die Hauptfrage der äußeren Sicherheit der DDR als eines Vorpostens innerhalb der Staatengemeinschaft des Warschauer Paktes nach wie vor bestehen.

Die Stalin-Note und die zweite Parteikonferenz der SED

Die Stalin-Note hatte – über die Anordnung der Sicherung der Außengrenzen der Staaten des Warschauer Paktes für die DDR noch eine besondere Bedeutung.

Hatte bisher die Politik der DDR im Hinblick auf die vielleicht doch noch erreichbare Einheit Deutschlands sich beim Ausbau der gesellschaftspolitischen Entwicklung der DDR zurückgehalten, so war nun für diese Zurückhaltung kein Grund mehr gegeben.

Alles was hier in der DDR an gesellschaftlichen Veränderungen geschehen war, so auch die Enteignung der Nazi- und Kriegsverbrecher, bewegte sich im Rahmen des Potsdamer Abkommens. Über die dadurch gesetzten Grenzen war die DDR in ihrer gesellschaftspolitischen Entwicklung, die als antifaschistische demokratische Ordnung gekennzeichnet war, nicht hinausgegangen.

An dieser Stelle und in diesem Zusammenhang erinnere ich mich einer besonderen Begegnung mit einer Genossin der SMAD (Karlshorst), SMAD heißt: Sowjetische Militäradministration in Deutschland. Sie hatte mich - nach „Anmeldung“ - aufgesucht. Im Sommer 1949 hatte ich im Auftrag der Parteiorganisation an der Humboldt-Universität ein Urlaubssemester genommen und in dieser Zeit als Zweiter Sekretär der Grundorganisation der SED an der Humboldt-Universität gewirkt. Hier hatte ich auch Kurt Gossweiler kennen und schätzen gelernt.

Das Gespräch mit der Genossin aus Karlshorst war sehr freundschaftlich und aufgeschlossen, sehr angenehm. Gegen Ende dieses Gesprächs macht sie noch eine offenbar sehr wichtige warnende Bemerkung, die wohl besonders an die jungen Genossen adressiert war: Wir dürften nicht so ungeduldig sein. Wir müssen schön vorsichtig Schritt für Schritt unsere gesellschaftliche Entwicklung voran bringen.

Dieses Gebot der Zurückhaltung verstand ich damals vor allem als eine Warnung der jungen Genossen, nicht so stürmisch sein zu wollen!

Später erwies sie sich für mich auch als eine sehr wichtige politische Orientierung: Im Hinblick auf die von uns angestrebte Wiedervereinigung Deutschlands dürfe die gesellschaftliche Entwicklung in der DDR nicht so weit vorangetrieben werden, dass eine gesellschaftliche Wiedervereinigung mit dem kapitalistischen Westdeutschland erschwert würde

Nach der böartigen Reaktion des Westens auf die Stalin-Note war alles ganz anders: Eine Wiedervereinigung stand nicht mehr vor der Tür.

Jetzt musste vor allem die DDR gesellschaftspolitisch - aber auch militärisch - gestärkt werden! Dem entsprach die Anordnung Stalins, die Außengrenzen der Staaten des Warschauer Paktes zuverlässig zu sichern.

Aber auch die nunmehr gefassten Beschlüsse der Zweiten Parteikonferenz der SED vom Juli 1952, in der DDR die Grundlagen des Sozialismus zu errichten, entsprachen dieser neuen politischen und militärischen Lage! Die Losung, in der DDR eine antifaschistisch-demokratische Ordnung aufzubauen, war überholt!

Auf eine solche – in absehbarer Zeit zu erreichende Perspektive der Einheit Deutschlands musste man nun – nach der Missachtung der Stalin-Note - keine Rücksicht mehr nehmen.

Wir in der DDR sollten nun die Grundlagen des Sozialismus errichten!

Was gehörte im Einzelnen dazu?

Es gab volkseigene Betriebe und eine volkseigene Planwirtschaft. Aber die Landwirtschaft war noch die einzelbäuerliche – auch wenn es über die MTS bereits Formen zur Unterstützung des gemeinschaftlichen Produzierens gab. Aber hier, in der Landwirtschaft konnte und musste ein sichtbares Vorwärtsschreiten bewirkt werden: Es ging um den Zusammenschluss der bäuerlichen Wirtschaften zu großen landwirtschaftlichen Genossenschaften (LPG).

Ulbricht hatte seiner Zeit in der SU die „Kollektivierung“, auch mit ihren Schattenseiten, wahrgenommen und für eine evtl. künftige Umgestaltung der bäuerlichen Landwirtschaft in eine sozialistische LPG für die DDR sich vorgemerkt:

In der DDR muss bei diesem Zusammenschluss unbedingt das Prinzip der Freiwilligkeit beachtet und eingehalten werden.

Indessen war insoweit die Rechtswissenschaft auf dem Gebiete des Bodenrechts und des Rechts der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften gut entwickelt: die Rechtswissenschaftler hatten zur Erleichterung des Übergangs zu landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften drei unterschiedliche Typen (oder Entwicklungsstufen) der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) vorgesehen: die einfachste, die einfach den Zusammenschluss des Ackerbaus betraf – bis zu weiter gehenden Formen, die die gesamte bäuerliche Produktion (so auch die Viehzucht) umschloss.

Insoweit konnte die nächste Stufe der gesellschaftlichen Entwicklung in der Landwirtschaft in Angriff genommen werden.

Wie sah es auf anderen Gebieten der Volkswirtschaft der DDR aus?

Sicher war ein dringendes Erfordernis, Kapazitäten und die Leistungsfähigkeit unserer Volkswirtschaft, so vor allem in der Industrie, auszubauen und zu entwickeln. Bisher waren alle entscheidenden sozialpolitischen Maßnahmen, auch die wirtschaftlichen gemeinsam mit den Gewerkschaften, gemeinsam mit den Arbeitern diskutiert und so vorbereitet und abgeklärt worden.

Um aber die Beschlüsse der zweiten Parteikonferenz möglichst rasch und wirksam umzusetzen, wurde dieses demokratische Prinzip jetzt „vergessen“ und verletzt: Arbeitsnormen wurden nun auf Befehl erhöht!

Aber so durfte man doch nicht mit der herrschenden Klasse, der Arbeiterklasse umgehen! Es gab nun große Unzufriedenheit bei den Arbeitern in den volkseigenen Betrieben; auch kam es in Einzelfällen zur Niederlegung der Arbeit, also zu Streiks!

Erfreulicherweise wurde dieser Fehler aber dann im Frühjahr 1953 erkannt und die administrative Erhöhung der Arbeitsnormen „zurückgenommen“! Am 16. Juni 1953 verkündete Minister Selbmann auf einer provisorisch durchgeführten Versammlung mit den Bauarbeitern, ungeschützt auf einem Tisch stehend, vor dem Gebäude der Regierung der DDR (Leipziger Straße, Ecke Grotewohl - Straße) die Rücknahme dieser administrativen Erhöhung der Arbeitsnormen!²

Damit war das Problem gelöst!

² Siehe meinen Aufsatz in offen-siv

Nur der Klassenfeind, der sich von der Unruhe in der DDR auch unter der Arbeiterschaft einen Ansatzpunkt für einen faschistischen Putsch erhofft hatte, war sehr unzufrieden und versuchte dennoch einen Volksaufstand in DDR herbeizurufen.

Aber es gab noch ein weiteres Problem. In dem Bestreben, die Volkswirtschaft der DDR im Hinblick auf die Schaffung der Grundlagen des Sozialismus weiter zu stärken, erschien auch eine stärkere Sicherung, auch strafrechtlicher Schutz des Volkseigentums erforderlich.

Hierbei wurden elementare Fehler gemacht, die ich hier nicht im Einzelnen ausführen kann. Aufgrund eines falschen Volkseigentumsschutzgesetzes kam es zu absolut überhöhten Strafen gegenüber Arbeitern!

Im Zuge des Neuen Kurses wurde auch dieser Fehler überwunden:

Auf der Grundlage der rechtlichen Möglichkeiten erließ das Oberste Gericht der DDR (OG) eine Richtlinie, die die Anwendung des (allgemeinen) Strafgesetzbuches für die Masse der kleinen Diebstähle vorsah. Bei schweren Verbrechen zum Nachteil des Volkseigentums war das Volkseigentumsschutzgesetz anzuwenden.

Etwas später regelte das Strafrechtsergänzungsgesetz diese Materie – bis dann durch ein neues Strafgesetzbuch alles viel bessergeregelt wurde.

Soweit die erfreulichen und die weniger erfreulichen Ergebnisse der zweiten Parteikonferenz der SED vom Juli 1952.

Es war nun vieles erreicht. Aber die eigentliche Frage in der Stalinschen Anordnung der Sicherung der Außengrenzen der Staaten des Warschauer Pakt hatte auf dem Staatsgebiet der DDR keinen Ergebnisse erbracht. Wie konnte, wie musste die Außengrenze der Staaten des Warschauer Paktes, soweit sie die Außengrenze der DDR betraf, zuverlässig gesichert werden?

Der 13. August 1961

Chruschtschow hatte außenpolitisch eine glückliche Hand bewiesen, als es ihm gelang, in Kontakt mit Kennedy die „Kuba-Krise“ friedlich zu lösen. Die USA hatten sich darauf eingestellt, das sozialistische Kuba militärisch zu beseitigen. Die SU war genötigt, ihrerseits militärische Gegenmaßnahmen zu treffen. Es drohte ein Krieg, ein Weltenbrand. Aber es gelang – wie gesagt – in Kontakt mit Kennedy - den Krieg zu vermeiden und eine friedliche Lösung der „Kubakrise“ zu erreichen.

Konnte sich dieses Geschick auch für die Schließung der Außengrenze der Staaten des Warschauer Paktes, jetzt unmittelbar auf die DDR bezogen, als solches erweisen?

Jedenfalls trafen sich Kennedy und Chruschtschow in Wien, wo sie „tete a tete“ einen Modus auszuhandeln vermochten, der beide Seiten zufrieden stellte. Jedenfalls konnte nunmehr Chruschtschow als Oberkommandierender der Streitkräfte der Staaten des Warschauer Paktes den Befehl zur Schließung der Außengrenze dieser Staaten in Berlin, in der DDR erteilen.³

Als die Maßnahmen durchgeführt wurden, beklagten sich die Regierung der BRD und der Westberliner Regierende Bürgermeister darüber, dass die USA gegen diese Maßnahmen nichts unternahmen. Kennedys kühle Antwort lautete: „Unsere Interessen sind durch diese Maßnahmen Chruschtschows nicht tangiert!“ Das Ergebnis war: Die NATO bzw. die USA griffen nicht ein!

Die westdeutschen und westberliner Politiker waren schwer enttäuscht!

Wie wurden diese Maßnahmen zur Sicherung der Außengrenzen des Warschauer Paktes durchgeführt?

Berlin war historisch eine Stadt, die sich damals auf ihre 750-Jahrfeier vorbereitete.

Durch die Besetzung des vom Hitlerfaschismus befreiten Berlin durch die vier Siegermächte, die Berlin als deutsche Hauptstadt gemeinsam verwalten wollten, ergaben sich vier Sektoren in Berlin, in denen die vier Besatzungsmächte mit ihrer militärischen Verwaltung ihre Plätze einnahmen. Die Sektorengrenzen hatten zunächst kaum eine praktische Bedeutung für die Bürger.

Infolge der separaten Währungsreform und dann des Entstehens von zwei deutschen Staaten hatte sich einiges verändert: Juristisch gab es jetzt die Hauptstadt der DDR und demgegenüber Westberlin als selbständige politische Einheit, die nicht zur BRD gehörte und nicht von dieser (bzw. von Bonn aus) regiert werden konnte und durfte

So ergab sich nach der Entstehung der beiden deutschen Staaten eine völkerrechtlich nicht ganz einfache Situation: Ostberlin war die Hauptstadt der DDR. Westberlin war eine eigenständige politische Einheit mit einem regierenden Bürgermeister an der Spitze. Die Grenze zwischen ihnen war nun eine völkerrechtliche, obwohl das damals (1949 bis zum Sommer 1961) kaum ein Berliner wusste oder bemerkte.

Denn das Leben in Berlin pulsierte wie bisher hinüber und herüber. Berliner besuchten sich – als Verwandte oder Freunde – gegenseitig und besuchten auch die sie jeweils interessierenden Museen, Theater und andere Sehenswürdigkeiten – soweit es nicht im Einzelfall für bestimmte Personen in Ost oder West Einschränkungen gab.

³ Später hatte Chruschtschow gegenüber westlichen Journalisten Wert auf die Feststellung gelegt, dass er den entscheidenden Befehl erteilt habe.

So, und nun sollte faktisch eine Stadt mit ihrem pulsierendem Leben, mit der S-Bahn, die auf dem Ring und durch die Stadt von Nord nach Süd, von Ost nach West fuhr, sowie mit entsprechenden anderen öffentlichen Verkehrsmitteln zerrissen werden?!

Und dieses „Zerreißen“ Berlins musste wegen der unabdingbaren Sicherheitserfordernisse jetzt in der Nacht zum 13. August 1961 erfolgen!!!

Die Sicherheitserfordernisse an den Außengrenzen der Staaten des Warschauer Paktes betrafen nicht nur militärische Aspekte, sondern vor allem geheimdienstliche. Denn bis zu der erforderlichen Sicherheit an den Außengrenzen der Staaten des Warschauer Paktes war es für derartige Personen ein leichtes, nicht nur in die Hauptstadt der DDR (Ostberlin), sondern über diese auch in andere Paktstaaten, einschließlich der SU zu gelangen.

Das war auf die Dauer nicht mehr hinnehmbar!!

Was war zu tun? Ich illustriere das nur an einigen Beispielen:

Direkt an der Außengrenze des Paktes, die zugleich die Außengrenze der DDR war, postierten sich am frühen Morgen dieses 13. August direkt an der zu sichernden Grenze Formationen der Kampfgruppen der Arbeiterklasse auf der DDR-Seite; dahinter in zweiter Linie postiertem sich Einheiten der Nationalen Volksarmee der DDR (NVA) und in der dritten Linie Einheiten der Sowjetarmee.

Dann musste zur Gewährleistung des S-Bahnverkehrs innerhalb der Hauptstadt der DDR, also in Ostberlin eine hinreichende Zahl von S-Bahnzügen bereit und sichergestellt werden, damit der S-Bahnverkehr am 13.8 zum Beginn des S-Bahnverkehrs zur Verfügung stand.

Weiterhin musste umgehend ein Sicherheitsbereich an der Grenze angelegt, markiert und militärisch gesichert werden: Dieser Grenzbereich war ganz eindeutig erkennbar „gegen den Westen“ gerichtet! Er war nicht gegen die eigene Bürger auch nicht gegen evtl. Flüchtlinge gerichtet.

Zum Hinterland hin war der sehr differenziert und gestaffelte Grenzbereich offen, auch wenn Warnschilder vor einem ungesetzlichen Betreten dieses Gebiets warnten. Bürger, die in diesem (rückwärtigen) Grenzbereich – also nicht direkt an der Grenze - ihre Wohnung oder ein Sommerhäuschen oder eine Garage oder eine Werkstatt hatten, konnten diese aufgrund eines Passierscheins aufsuchen. (Auf diese Weise war unsere Garage für unser Auto „doppelt gesichert“!).

Es gab aber noch ganz andere Probleme.

Die Wohnhäuser (Mietshäuser) waren über die Jahre und Jahrzehnte in der einen Stadt ohne Rücksicht auf irgendwelche Verwaltungsgrenzen, Grenzen der innerstädtischen Verwaltungsbezirke errichtet worden: Es war ja eine Stadt!

Als später aus einigen dieser Stadtbezirksgrenzen (Verwaltungsgrenzen) Staatsgrenzen wurden, so an der Westseite der Hauptstadt, standen einige dieser Häuser als solche auf dem Staatsgebiet der DDR, aber die Aus- oder Zugänge zu diesen Wohnhäusern führten zu Gebieten, die zu einem anderen Stadtbezirk und damit zu einem anderen Staat, ins Ausland führten!!! Wenn der Mieter seine Hand aus seinem Fenster auf der Straßenseite ausstreckte, war diese (in der Luft) nunmehr (seit dem 13. August!) auf bzw. über Feindesland!! Wenn er sein Wohnhaus durch die Haustür verlassen wollte, betrat er „Feindesland“, das Westberliner Staatsgebiet. So war es an der Lohmühlenstraße in Alt-Treptow.

Letztlich musste im Interesse der Gewährleistung der Sicherheit die Haustür „verrammelt“ bzw. zugemauert werden und musste ein anderer Zugang zu diesem Hause erschlossen werden. In der Praxis lief dies darauf hinaus, dass die Bürger bzw. Mieter eine andere Wohnung im Inland Berlins erhielten.

Und wie war das mit den Grenzverletzern, mit evtl. Flüchtlingen? Wie war es mit den „Toten an der Mauer“?

Um es nachdrücklich in Erinnerung zu rufen: Die auf Stalins Anordnung zurückgehende Sicherung der Außengrenzen der Staaten des Warschauer Paktes waren absolut nicht gegen Flüchtlinge aus der DDR gerichtet. Die Anlage dieser Sicherungsmaßnahme war eindeutig und wie nur irgend möglich gegen den Westen, das westliche Ausland gerichtet.

Wie verhielten sich die DDR-Bürger, die später – vor allem von westlicher Seite - als Republikflüchtige angesehen und anerkannt bzw. gewürdigt wurden. Aus welchen Motiven versuchten sie, ganz überwiegend junge Männer einen „Grenzdurchbruch“?

Zunächst ein paar Worte zu ihren Persönlichkeits- und Lebensverhältnissen! Es waren in aller Regel gesunde kräftige junge Männer ohne familiären oder materiellen Hintergrund oder besondere Bindung. – Also weitestgehend „Alleinstehende“. Sie hatten Arbeit und verdienten nicht schlecht. Ein besonderes Fortkommen, etwa durch berufliche Qualifizierung spielte in der Regel keine Rolle. Sie hatten ihr Auskommen, ihre Wohnung! Sie lebten nicht auf der Straße, sie waren nicht obdachlos. Nachteile hatten sie nicht zu befürchten. Sie wurden durch keine Behörde verfolgt oder benachteiligt.

Das einzige, was sie interessierte, war der „Westen“, aber nicht politisch, sondern „besseres Leben, „westliche Musik“, also größerer Konsum vor allem. In diesem Sinne wollten sie gern in den Westen! Aberum welchen Preis?

Dass ein Grenzdurchbruch gefährlich werden könnte, war ihnen nicht unbekannt, wenngleich viele von ihnen sich der Größe der Gefahr nicht bewusst waren. Aber darüber weiter nachgedacht hatten sie nicht. Es spricht viel dafür, dass diese jungen Männer oft zu leichtgläubig, aber auch leichtsinnig waren und – ganz allgemein – ihrem „Glück“ vertrauten.

Der Westen hatte die erfolgreichen und auch die zu Tode gekommenen Grenzverletzer als „Helden“ - besonders gegenüber der DDR - gefeiert.

Aber über den Ernst und die Größe der Gefahr für ihr Leben unterließ der „Westen“, diese jungen Männer aufzuklären! Infolgedessen stand für sie die Hoffnung, über die Grenze – allenfalls mit einigen „Blessuren“ – gelangen zu können, im Vordergrund ihres Denkens, wenn man bei ihnen überhaupt von Denken sprechen konnte. Ihr Leben war ja im Ganzen problemlos verlaufen!!

Als sie aber einen Grenzdurchbruch versuchten, widersetzten sie sich - ohne darüber nachzudenken - hartnäckig der Anhalteordnung der Grenzsoldaten und damit einer „normalen“ Festnahme zur Überprüfung des Grundes ihres unerlaubten Aufenthaltes, ihres Eindringens in das unmittelbare Grenzgebiet! Die betreffende Person stand jetzt vor ihrer eigenen Entscheidung, entweder sich zu stellen mit der Folge einer Festnahme, u. U. sogar einer Verurteilung zu einer nicht allzu schweren Freiheitsstrafe und damit für die Erhaltung ihres Lebens!! Oder dazu, sich weiterer Lebensgefährdung auszusetzen, letztlich ihr eigenes Leben aufs Spiel zu setzen! Diese Entscheidung konnte – da ihn keine äußeren Gründe zwangen – der Betreffende nur selbst treffen. Falls diese Person sich hartnäckig und selbstmörderisch der Festnahme entzog, hatte sie selbstmörderisch gehandelt und sich somit letztlich für den eigenen Tod entschieden. Es war also – spätestens ab dem ersten rechtmäßig gebotenen Handeln der Grenzsoldaten – ein eindeutig selbstmörderisches Verhalten des Grenzverletzers.

Es ist zu fragen: Wer war so töricht, sein eigenes Leben aufs Spiel zu setzen? Wer befand sich in einer solchen Zwangslage, dass er nicht anders handeln konnte?

Wegen der Aktualität sei in Erinnerung gerufen: Unter den Flüchtlingen aus Syrien und andere Staaten des Nahen Ostens gibt, gab es sicher viele Menschen, die sich in äußerster Not, in Lebensgefahr befanden und deshalb die Gefahren der Flucht auf sich nahmen.

Aber die *republikflüchtigen jungen Männer* aus der DDR befanden sich absolut nicht in einer solchen aussichtslosen Lage!! Was waren das für Menschen? Aus welchen Motiven handelten sie so selbstmörderisch?

Nach den Strafverfahren, an denen ich als Strafverteidiger teilgenommen hatte oder die ich sonst sehr greifbar miterlebt oder erfahren hatte, waren diese republikflüchtigen DDR-Bürger - durchweg junge gesunde Männer mit einem festen Arbeitsplatz und guten, z. T. sehr guten Einkünften! Sie waren fast durchweg familiär und hinsichtlich anderer Werte bindungslos. Im Fall einer geglückten Flucht ließen sie kaum etwas, kaum jemanden zurück!

Sie hatten keine Verfolgung oder Drangsalierung durch wen auch immer zu beklagen. In ihrem alltäglichen Tun waren sie frei!

Allerdings waren sie in der Regel mit „ihrem Kopf“ in der BRD, wo sie gerne hinwollten, aber mit ihren Füßen noch in der DDR.

Den Personen, die sich bei ihrem versuchten Grenzdurchbruch selbst verletzt hatten oder von Schüssen der Grenzsoldaten getroffen worden waren, wurde so schnell als möglich unter den besonderen Umständen ärztliche Hilfe erwiesen. Aber trotz aller medizinischer Hilfe konnten sie nicht immer vor dem Eintritt des Todes bewahrt werden.

Um es klar auszusprechen: Die verletzten Grenzverletzer waren nicht von den Grenzsoldaten erschossen worden. Ihre Verletzungen hatten sie sich so oder so selbst zugefügt oder ihre Verletzung selbst verschuldet, wenn sie nicht rechtzeitig der Anhalteordnung Folge geleistet hatten!

Warum hatten sich junge Männer, DDR-Bürger, die nichts auszustehen hatten, dazu entschlossen, *ihre Land* aufs Spiel zu setzen, um ihre Zukunft im Westen zu finden? Was zog sie in die BRD? Es gab in all den Fällen versuchter Republikflucht *keine existentiellen Gründe!*

Die einen waren, wie schon angemerkt, mehr für die Musik dort, andere wollten die Welt kennen lernen, andere wollten sich – ohne Grundlage und Voraussetzung – irgendwie (??) selbständig machen usw. usf.

Niemand von ihnen war in Lebensgefahr in der DDR oder unterlag irgendwelchen Drangsalierungen! Kurz und gut, einen halbwegs sinnvollen, ernsthaften Grund, die DDR zu verlassen, hatte keiner von ihnen!

Soweit sie – irgendwann und irgendwie – dann doch in den Westen gelangten, waren ihre Hoffnungen, Träume und Sehnsüchte meistens alsbald verflossen. Gewiss, der

eine oder andere konnte sich schließlich - irgendwie - selbständig machen im Westen, aber wie es ihm dann ging, war selten sein Traum!

Warum hatte der Westen die jungen Männer nicht vor dem lebensgefährlichen selbstmörderischen Unternehmen einer Republikflucht über die stark gesicherte Grenze gewarnt? Warum hatte er sie nicht von solchem leichtsinnigen selbstmörderischen Unternehmen abgehalten?

Was hier wesentlich ist, ist: Alle – mehr oder weniger – erfolgreichen Fluchten wurden von dem Medien gefeiert! Sie haben so die lebensgefährlichen Fluchten gefördert und motiviert! Sie – auch die „Toten an der Mauer“ wurden als Helden gefeiert!

Hatten diese Medien und Sender keine Moral, kein Gewissen? Durfte man so mit dem Leben junger deutscher Menschen umgehen?

Hier drängt sich mir die *Frage* auf: wem dienten diese Toten an der Mauer? Cui bono?

Als Sechsjähriger hatte ich diese elementare Wahrheit von meinem Vater gelernt: Der Reichstag - das Reichstagsgebäude - brannte !! (Ende Februar 1933) Mein Vater sagte sofort: „Das waren die Nazis – die diese Brandstiftung den Kommunisten „in die Schuhe schieben“ wollen, um einen Vorwand für eine rücksichtslose Verfolgung der Kommunisten, für eine Vernichtung ihrer Partei, der KPD zu haben!“

Seit dieser Zeit suche ich stets nach der Erklärung von Gründen und Ursachen ungewöhnlicher Vorgänge. Auch hinsichtlich der „Toten an der Mauer“ frage ich also: Cui bono? Wem dienten diese „Toten an der Mauer“?

Antwort: Der DDR gewiss nicht. Die DDR hatte keinerlei Interesse an solchen Opfern!

Aber dem Westen - sei es der BRD, seien es ihre Politiker und Medien, nützten solche Opfer! Je mehr, desto besser! Sorgfältigst wurden und werden diese Opfer gezählt! Und zwar nur zu dem einen Zweck, damit die DDR zu belasten, schlecht zu machen und zu diskreditieren! Je mehr „Tote es an der Mauer“ gab, desto mehr konnte man die DDR schlecht machen und diskreditieren!

Man bedenke: Die DDR, ihre Rechtsordnung und die Grenzsoldaten sahen Republikflüchtige - auch wenn sie unvernünftig und selbstmörderisch ihr Leben aufs Spiel setzten - als eigenverantwortlich handelnde Menschen an. Sie gaben ihnen die Chance, ihr Leben zu erhalten und eine Zukunft zu haben, wenn sie ihr selbstmörderisches Unternehmen aufgaben und sich festnehmen ließen!

Demgegenüber sah der Westen, namentlich die westlichen Medien und Politiker, diese jungen Männer als „Werkzeuge“ oder „Instrumente“ an, um die DDR schlecht zu machen, zu diskreditieren. Deren Leben und Zukunft interessierte sie nicht!!

Ulbrichts Bemerkung zum 13. August

Es war üblich, dass Mitglieder der Regierung, die zu Terminen nach Moskau reisten, auf ihrem Rückflug in ihrer Kabine mit verantwortlichen Genossen Gespräche über Probleme, über ihre künftige Funktion usw. führten.

So hatte Ulbricht auch auf seinem Rückflug nach Berlin einen verantwortlichen Genossen bei sich in der Kabine, den ich später als meinen Mandanten zu verteidigen hatte.⁴

Durch das Mandat hatten wir uns angefreundet. Außerhalb meines Mandats erzählte er mir von einer Äußerung Ulbrichts. Auf dem Rückflug aus Moskau, wo der Beschluss bzw. der Befehl Chruschtschows zum 13. August erteilt worden war, hatte ihn Ulbricht wegen seiner neuen Funktion in seine Kabine gebeten. Als das Sachgespräch beendet war und dieser Genosse die Kabine verlassen wollte, bemerkte Ulbricht: „So haben wir uns das nicht vorgestellt. Nun wird die Einheit Deutschlands noch sehr, sehr lange auf sich warten lassen müssen!“

Hatte Ulbricht damals Wochen vor dem 13. August gelogen? Die Antwort liegt auf der Hand!

Der Leser mag sie selbst formulieren!

⁴ Nach der Einverleibung der DDR in die BRD (verschämt als – übrigens unzulässiger – „Beitritt“ bezeichnet, wurden gegen DDR-Bürger zahlreiche rechtswidrige Strafverfahren geführt. Aber die angeklagten DDR-Bürger hatten, da sie in der DDR nach DDR-Recht gehandelt hatten, keine Straftaten begangen, die die BRD-Justiz hätte verfolgen dürfen. Unter Kanzler Kohl wiederholte sich – nun gegen DDR-Bürger -, was unter Kanzler Adenauer bei der massenhaften rechtswidrigen Strafverfolgung von deutschen Kommunisten gemacht worden war. Näheres dazu in meinem Buch „DDR-Strafrecht unterm Bundesadler – Kai Homilius-Verlag ...sowie (bezüglich der Kommunistenverfolgung in meinem zuvor ebenfalls in diesem Verlag erschienen Buch „Strafrecht im Osten. Ein Abriss des Strafrechts der DDR“

Heinz Ahlreip: Vor 66 Jahren brach der Korea-Krieg aus (am 22. Juni 1950)

Ein Krieg bricht nicht plötzlich aus und endet plötzlich, sondern der Frieden geht in den Krieg, dieser in den Frieden über. Deshalb schon schrieb der alte chinesische Kriegsphilosoph Sunzi: "Im Frieden bereite dich auf den Krieg vor, im Krieg bereite dich auf den Frieden vor."⁵

Zum Verständnis nicht nur des Koreakrieges müssen primär die politischen Aktivitäten vor seinem Ausbruch studiert werden, bis die Widersprüche so weit antagonisierten, dass die Politik allein sie friedlich nicht mehr lösen konnte. Lenin betonte die fundamentale Bedeutung der Erkenntnis des preußischen Generalmajors Carl von Clausewitz (1780 - 1831): "Der Krieg ist eine bloße Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln."⁶

Lenin schrieb über Clausewitz, dass dieser "...das bei Philistern und Ignoranten gängige Vorurteil bekämpft (habe), das man den Krieg von der Politik der entsprechenden Regierungen, der entsprechenden Klassen loslösen könne."⁷ Jede halbwegs sorgfältige Analyse einer beliebigen Epoche von Kriegen bestätige Clausewitz. Die Politik "....während langer Jahrzehnte vor dem Krieg muß in ihrer Gesamtheit studiert und verstanden werden. Täten wir das nicht, würden wir nicht nur die Grundforderungen des wissenschaftlichen Sozialismus und jeder Gesellschaftswissenschaft überhaupt vergessen, wir würden uns auch der Möglichkeit berauben, überhaupt irgend etwas vom gegenwärtigen Krieg zu verstehen."⁸ Den Krieg als Prozess denken allein ist noch nicht ausreichend, man muß auch so weise sein, nicht voreilig Schlüsse zu ziehen, wo allseitige Orientierung und allseitiges Kalkül erforderlich ist. Grundsätzlich sind stets die Fragen zu stellen: welche Klassen führen den Krieg und welchen sozialen Inhalt hat er?

Es wird unendlich viel darüber gestritten, wer die Schuld am Ausbruch des Krieges gehabt habe, aber das ist eine sekundäre Frage, es ist nicht wichtig, wer angefangen hat, sondern welche Politik, welche Klassen, welche Staatensysteme haben auf den Krieg hingewirkt. Selbst ein bürgerlicher US-amerikanischer Geschichtspräsident

⁵ Sunzi, Die Kunst des Krieges, Knauer Verlag, 1988,159

⁶ Carl von Clausewitz: Vom Kriege, R. Dümmler Verlag Bonn 1980, 210

⁷ Lenin, Krieg und Revolution, LW 24,379

⁸ a.a.O.,399f.

namens Bruce Cumings⁹ 5. kommt in seiner Analyse des Koreakrieges zu der Erkenntnis, dass man nicht sagen kann, wer diesen Krieg angefangen genau sowenig man die Frage beantworten kann, wer den Bürgerkrieg in den USA begonnen habe. Aber über den Charakter des Krieges wird man Aussagen treffen können.

1950 bildeten sich in ganz Korea Volkskomitees für die demokratische Umgestaltung, die aber im Süden von US-Imperialisten aufgelöst wurden, so dass sich das Regime Syngman Rhee (Li Syngman) etablieren konnte, das im Grund nichts anderes war als ein schikanöses Polizeiregime, um den Katholikem Rhee, der sich die meiste Zeit seines Lebens im Ausland, vorwiegend in den USA, herumgetrieben hatte, versammelte sich ein zutiefst reaktionärer Klüngel, der dann selbst dem amerikanischen Präsidenten Truman zuwider war. Dieser faschistische Polizeiklüngel war dann auch die treibende Kraft hinter den Provokationen am 38. Breitengrad, der die Truppen Marschall Kim Il Sungs zu einem Befreiungskrieg veranlassten. Es ist bekannt, wie kläglich das Polizeiregime im Süden zusammenbrach, wobei auch südkoreanische Partisanen, die sich unter Rhee im Untergrund gebildet hatten, einen hohen Anteil beitrugen. Nur die Hafenstadt Pusan wurde noch von faschistischen Truppen gehalten und nun begann auf diesem Stützpunkt die Landung us-amerikanischer Truppen unter dem Kommando des demokratiefeindlichen Generals Douglas Mc Arthur getarnt unter der Flagge der UNO- es waren aber nicht nur die USA, kurz: es begann eine internationale imperialistische Verschwörung von 16 Räuberstaaten gegen das koreanische Volk. Dazu gab es amphibische Landeoperationen an den Küsten Koreas, sehr gewagt, aber erfolgreich war die von Mc Arthur konzipierte Landung bei Incheon.

Dieser General war zweifellos ein Antikommunist wie er im Buche steht, er forderte in aller Öffentlichkeit die Ausweitung des Krieges nach China und den Abwurf von Atombomben auf das Reich der Mitte. Dazu gibt es ein mittlerweile ins Internet gestelltes FBI Dokument 100 HQ - 93216 serial 461 Auskunft. Es ist weiterhin bekannt, dass die us-amerikanische Atomenergie Kommission (AEC) schon 1948 durch Dr. Paul Mc Daniel ein "Gremium zur Prüfung von Möglichkeiten radioaktiver Kriegführung" ins Leben rief. Trotz mehrfacher Ankündigung des Verlanges ist das Buch Mc Arthurs "The Korea War" noch immer nicht in deutscher Übersetzung erhältlich, für die militärgeschichtliche Aufarbeitung des Koreakrieges sicher eine Lücke. In seinen Memoiren schreibt Mac Arthur selbst, dass er im Koreakrieg die US-Regierung ersucht habe, ihre Zustimmung zum Nukleareinsatz zu geben, um durch

⁹ Tod am 38. Breitengrad, Vor 60 Jahren brach der Korea-Krieg aus, von Petra Kolonko, Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 25. Juni 2010, Seite 10

die radioaktive Verseuchung des nordkoreanischen Territoriums jede Möglichkeit eines Truppendurchmarsches zu nehmen.

Gegen die Werktätigen Koreas sollte die Fahne des Kapitalismus in ganz Korea aufgerichtet werden, was bekanntlich auch mit Unterstützung rotchinesischer Verbände, den sogenannten 'human waves', mißlang, aber bis heute das Ziel der blutsaugenden Millionäre in Seoul bleibt. Diese imperialistische Aggression, in der die USA gnadenlos Napalm einsetzten, kostete mehr als drei Millionen Menschen das Leben, 500000 koreanische, 36000 amerikanische und 400000 chinesische Soldaten kamen auf militärischer Seite ums Leben.

Gerhard Schnehen: Chruschtschows Wirtschafts- und Agrarpolitik in der Zeit, als er Partei- und Regierungschef der UdSSR war (1953-1964)¹⁰

a)- Chruschtschows marktwirtschaftliche Experimente (1963/1964)

Am deutlichsten wurden Chruschtschows Pläne zur Wiederherstellung des Kapitalismus in der Sowjetunion gegen Ende seiner Amtszeit (1963/1964), weshalb ich mit ihnen beginnen will. Folgendes Pilotprojekt wird 1963 in der sowjetischen Textilindustrie begonnen:

Für zwei Textilfabriken, für die Majak-Werke, in der Textilien für Männer hergestellt werden, sowie für das Bolschewitschka-Werk, das auf Mode für Frauen spezialisiert ist, wird der Plan ausgesetzt. Sie dürfen nun völlig selbstständig arbeiten und direkt mit staatlichen Einzelhandelsfirmen über Preise, Konditionen und Absatz verhandeln. Das Majak-Werk reduziert sofort seinen Personalbestand, entlässt Arbeiter und Angestellte, und die Gewinne steigen um sieben Prozent an. Die Arbeiter erhalten jetzt nur noch einen Lohn in Abhängigkeit von den erzielten Gewinnen des Werkes, was den verbliebenen Arbeitern in diesem Fall zu Gute kam. Die Bolschewitschka-Werke richten schon bald eine Abteilung für Marktforschung ein, um die kaufkräftige Nachfrage nach ihren Produkten in der Art eines kapitalistischen Unternehmens zu

¹⁰ Es handelt sich bei dieser Arbeit um die Veröffentlichung eines Kapitels der Studie von Gerhard Schnehen: „Zur Aufarbeitung der Geschichte des Sozialismus, Teil vier: Nikita Chruschtschow – Washingtons Mann im Kreml?“ Kontakt zum Autor über uns.

erforschen. (Vgl. Pape, Martin und Burg, David, ‚Unpersoned. The Fall of Nikita Sergejevich Krushchev‘, London 1966, S. 164).

Vorangegangen war die so genannte Libermann-Diskussion, die seit dem Spätsommer 1962 eingesetzt hatte und die von offizieller Seite gefördert wurde. Der Charkower Ökonomie-Professor Jewsej Libermann hatte ein Buch veröffentlicht mit dem Titel ‚Plan, Profit, Prämie‘, das am 9. September 1962 in der ‚Prawda‘ vorgestellt wurde, in dem er unverhohlen dafür eintrat, dass der Gewinn wieder zum wichtigsten ‚ökonomischen Hebel‘ gemacht werden sollte, d. h. dass alle Betriebe wieder das Profitprinzip übernehmen und nach ihm wirtschaften sollten (vgl. Margaret Miller, ‚The Rise of the Russian Consumer‘, London 1965, S. 40).

Es folgte ein zweites Experiment im Frühjahr 1964 in anderen Werken der Konsumgüterindustrie. Auch hier durften die Firmen selbstständig mit den Abnehmern verhandeln und ihre Preise selbst festlegen. Sie durften fortan den Plan und die darin festgelegten Preise ignorieren. Es waren mehr als 80 Firmen, in denen diese Experimente gemacht wurden. Auch ein neues Prämiensystem wurde eingeführt, nach dem die Prämien direkt an den Gewinn, aber auch an Indexe wie Arbeitsproduktivität und Kostensenkung gekoppelt waren. Das Werk mit dem höchsten Gewinn sollte die stärksten ‚materiellen Anreize‘, sprich die höchsten Prämien erhalten. (vgl. Harry Schwartz, ‚The Soviet Economy since Stalin‘, Philadelphia & New York 1965, S. 148).

Es darf angenommen werden, dass die Betriebsleitungen, also die Direktoren und ihr Stab, von diesen ‚materiellen Anreizen‘ den Löwenanteil erhalten sollten.

Diese Vorstellungen, die eine klare Abkehr vom Sozialismus und von der Verbindlichkeit zentraler Pläne bedeutete, nach denen vorher mehr oder weniger noch gewirtschaftet wurde, fanden im November des gleichen Jahres die Zustimmung des Zentralkomitees der KPdSU unter Führung Chruschtschows (ebd., S. 43). Gleichzeitig verabschiedete der Ministerrat der UdSSR, dem Chruschtschow vorstand (er war nicht nur Parteichef, sondern auch Ministerpräsident), ein Gesetz, wonach nun den Managern und Direktoren von Industriebetrieben größere Freiheiten und Kompetenzen gewährt werden sollten (vgl. ebd.).

Das Stichwort ‚wirtschaftliche Effizienz‘ wird nun immer wieder in den wirtschaftlichen Debatten verwendet, womit nichts anderes als eine Abkehr vom Plan und eine Hinwendung zum Profit gemeint ist. Chruschtschow verwendet in einer Rede vor dem ZK der KPdSU im Dezember 1963 diesen Begriff in Bezug auf die sowjetische Chemieindustrie, für die er sich sehr stark einsetzte, insgesamt 19 mal (‚Prawda‘ vom 10. 12. 1963, in ebd., S. 44) und macht sich damit zum Anwalt der Libermannschen Ideen, die ganz auf der Linie Bucharins lagen, wonach die

Marktelemente und der freie Handel in der Sowjetunion wieder gestärkt und kapitalistische Kriterien des Wirtschaftens wie Gewinn, Kredit oder Zins wieder zum Zuge kommen sollten. Ähnlich wie Jewsej Libermann war Bucharin schon Mitte der dreißiger Jahre für eine ‚friedliche Umwandlung‘ (also des bestehenden Sozialismus) gemäß der Parole ‚bereichert euch‘ eingetreten, hatte dies nur etwas weniger ‚wissenschaftlich‘ ausgedrückt als der ukrainische Ökonomieprofessor aus Charkow.

Ein ‚Kommunist‘ hätte sich diesen Plänen klar widersetzt und darauf bestanden, dass der Plan seine Gültigkeit und gesetzliche Verbindlichkeit in allen Bereichen der Ökonomie behielt. Dies beweist einmal mehr, dass Chruschtschow kein Kommunist, sondern ein marktwirtschaftlicher Reformier war. Man könnte ihn auch als Anhänger des Kapitalismus sowjetischer Prägung bezeichnen. Chruschtschows Sohn Sergej bringt es in seinem Buch über seinen Vater auf den Punkt, wenn er über dessen Wirtschaftsreformen Folgendes anmerkt:

„Die wirtschaftlichen Reformen meines Vaters bauten an vielen Stellen auf das wirtschaftliche Eigeninteresse, und von da aus wäre es nur ein kleiner Schritt zu wirtschaftlich selbstständigen Unternehmen gewesen und zu einer generellen Regulierung der Beziehungen zwischen Konsumenten und Produzenten über den Markt.“

(Sergej Chruschtschow, ‚Nikita Chruschtschow – Marionette des KGB oder Vater der Perestroika‘, hrsg. von William Taubman, deutsche Ausgabe München 1991, S. 500).

Wirklich wirtschaftlich selbstständige Unternehmen waren aber damals noch nicht durchsetzbar, wollte die herrschende sowjetische Nomenklatura nicht offen zum Kapitalismus übergehen, womit sie sich vor dem ganzen Volk entlarvt hätte. Man begnügte sich vorerst noch mit der sowjetischen Variante eines neuen staatlich gelenkten Kapitalismus, der sich hinter alten ‚sozialistischen‘ Strukturen versteckte, weil ein offenes Übergehen zum orthodoxen Kapitalismus westlicher Prägung von der sowjetischen Bevölkerung damals noch nicht akzeptiert wurde.

b)- Chruschtschow und die Fünfjahrpläne

Wir haben schon gesehen, dass Chruschtschow gegen Ende seiner Amtszeit daran ging, Pilotprojekte zu starten, um die sowjetischen Betriebe vollständig vom Plan abzukoppeln – Experimente, die dann von seinen Nachfolgern Breschnew und

Kossygin für die 1965 einsetzende große Wirtschaftsreform systematisch ausgewertet und ausgebaut wurden.

Immer wieder wurden die Pläne angegriffen, weil sie angeblich die Initiative der Produktionseinheiten lähmten, weil sie angeblich die Qualität der Produktion gefährdeten, weil sie angeblich die Effizienz der Produktion hintertrieben, die Arbeitsproduktivität stagnieren ließen usw.

Dabei muss selbst eine antikommunistische, westliche Autorin wie Margaret Miller (,The Rise of the Russian Consumer‘ – Der Aufstieg des russischen Konsumenten) in ihrem Buch das Eingeständnis machen, dass gerade die Planwirtschaft zu einem nie vorher dagewesenen Fortschritt in der jungen Sowjetunion führte. Sie schreibt:

„Selbst vor dem Krieg waren die Ergebnisse spektakulär. Tausende von neuen Fabriken, E-werke und Bergwerke wurden gebaut. Die Produktion von Kohle, Eisen, Stahl wurde vervierfacht, die Versorgung mit Strom vervielfachte sich. Neue Industriezweige entstanden, zum Beispiel die LKW-Produktion, die Produktion von Traktoren, von Werkzeugmaschinen, von schweren Chemikalien, von Plastik. Ein ungeheurer Fortschritt wurde erzielt beim Erwerb beruflicher Qualifikationen, und die Zahl der nicht in der Landwirtschaft Tätigen erhöhte sich auf etwa 30 Millionen – dreimal so viel wie noch im Jahre 1928. Industriezweige wurden geografisch neu verteilt, um einen besseren Gebrauch von Rohstoffen zu machen, den Transport zu verbessern und um die Abhängigkeit von strategisch verwundbaren westlichen Gebieten zu vermindern.

Nachdem man die Verwüstungen, die durch den Krieg verursacht worden waren, behoben hatte, setzte sich der Fortschritt im gleichen halsbrecherischen Tempo fort, und der Schwerpunkt blieb auf der Schwerindustrie ...“

(Margaret Miller, ,The Rise of the Russian Consumer‘, ebd., S. 18, meine Übers.).

Entgegen ihrer eigenen Interessenlage muss Dr. Miller zugeben, dass gerade die sowjetische Planwirtschaft, die ab 1928 mit der Verabschiedung des ersten Fünfjahrplans begann, der Sowjetunion in kürzester Zeit einen gewaltigen, bisher völlig unbekanntem Fortschritt brachte. Nur schreibt sie diesen Fortschritt nicht explizit der Planwirtschaft, sondern der ,Industrialisierung‘ zu. Aber das eine kann nicht vom anderen getrennt werden. Die Industrialisierung war ja gerade so überaus erfolgreich, weil sie planmäßig erfolgte und so das ganze Land erfassen konnte.

Derjenige, unter dessen Führung dies damals möglich war, betonte Anfang der fünfziger Jahre, warum die Planwirtschaft ein unbedingtes Muss für die Sowjetunion war. Stalin damals:

„Die Planwirtschaft ist nicht unser Wunsch; sie ist unumgänglich oder sie wird zusammenbrechen. Wir haben bourgeoise Einrichtungen wie den Markt oder den Handel abgeschafft, mit denen die Bourgeoisie Ungleichgewichte korrigiert. Wir haben alles selbst gemacht.

Die geplante Wirtschaft ist unumgänglich für uns wie der Brotverbrauch. Das liegt nicht daran, dass wir die ‚Guten‘ sind und dass wir in der Lage sind, alles hinzukriegen und dass sie (die Kapitalisten – Verf.) es nicht sind, sondern weil bei uns alle Betriebe vereint sind.

Bei ihnen ist es so, dass allerhöchstens ein paar Trusts oder Kartelle vereinigt werden können, innerhalb enger Grenzen, aber sie sind nicht in der Lage, die gesamte Wirtschaft zu organisieren.“

(Ethan Pollock, ‚Gespräche mit Stalin über Fragen der politischen Ökonomie‘, Arbeitspapier 33, Woodrow Wilson International Center for Scholars, Washington D. C., Juli 2001, @<http://cwihp.si.edu>, meine Übersetzung aus dem Englischen, 2014, S. 7).

Das heißt, wenn man daran geht, diese Planwirtschaft zu untergraben oder auszuhöhlen oder gar abzuschaffen, dann wird das zwangsläufig dazu führen, dass die gesamte Wirtschaft zusammenbricht. So Stalins Voraussage, die dann 1991 eintrat, nachdem Michail Gorbatschow durch umfassende Reprivatisierungen und marktwirtschaftliche Reformen (vor allem ab 1988) die zentrale Planwirtschaft endgültig geschleift hatte.

Was tat Chruschtschow, nachdem er im Juni 1953 seinen ärgsten Widersacher im Kampf um die Macht in der damals noch sozialistischen Sowjetunion, nämlich den damaligen sowjetischen Inneminister Lawrenti Berija, ausgeschaltet hatte? Was geschah mit den Fünfjahrplänen?

Der Fünfjahrplan, der noch vom 19. Parteitag der KPdSU im Oktober 1952 verabschiedet worden war und Gesetzeskraft besaß, wurde sofort nach der Ausschaltung Berijas durch Chruschtschow verändert:

„Die Beschlüsse (in den laufenden Plan einzugreifen – Verf.) bedeuteten eine völlige Änderung des Fünfjahrplans für die Jahre 1950-55, der noch zu Lebzeiten Stalins angenommen worden war.

Der Fünfjahrplan sah bei Konfektionswaren eine Steigerung um 80% gegenüber 1950 vor; jetzt sollte die Steigerung im gleichen Zeitraum 240% betragen. Bei Fleisch erfolgte eine Erhöhung der Planziffern von 90 auf 230%; bei Butter von 70 auf 180%.“

(Wolfgang Leonhard, ‚Kreml ohne Stalin‘, Köln/Berlin 1963, 4. Auflage, S. 74f).

Gleich nach Chruschtschows Inthronisierung mit Hilfe der sowjetischen Militärführung im September 1953 wird eine ganze Flut von Dekreten erlassen, um die vom Parteitag 1952 verabschiedeten und verbindlichen Kennziffern im Bereich Konsumgüter anzuheben:

„Der ursprüngliche Plan hatte eine Verdopplung der Verkäufe bei Radio- und Fernsehgeräten bis zum Jahre 1955 vorgesehen, im Vergleich zu 1950. Das neue Dokument verlangte, dass die Verkäufe in diesem Bereich bis 1955, verglichen mit 1950 4.4 mal so hoch liegen sollten.“

(Harry Schwartz, ‚The Soviet Economy since Stalin‘, Philadelphia und New York 1965, S. 61, meine Übers.).

Durch diese Maßnahmen wurde die Autorität des Plans, der in der Sowjetunion unter Lenin und Stalin heilig war, das erste Mal schwer beschädigt, denn die Einfügung von völlig willkürlichen und unrealistischen Planzahlen in den laufenden Plan musste früher oder später zum Scheitern des gesamten Plans führen. Aber ein gescheiterter Plan konnte nur den Kräften Auftrieb geben, die schon damals die zentrale Planwirtschaft abschaffen und durch die Marktwirtschaft, durch das ‚freie Spiel der Kräfte von Angebot und Nachfrage‘, also durch den Kapitalismus ersetzen wollten. Diesen Kräften arbeitete Chruschtschow schon gleich zu Beginn seines Machtantritts in die Hände.

Später, nach dem 20. Parteitag der KPdSU im Jahre 1956, auf dem Chruschtschow und seine Klientel die Mehrheit in allen Parteigremien erhielten, wurde ein völlig unrealistischer und unrealisierbarer Plan verabschiedet, der nach nur anderthalb Jahren, Ende 1957, abgebrochen werden musste und Makulatur wurde. Auf dem Sonderparteitag der KPdSU im Januar 1959 wurde dieser Plan dann durch einen Siebenjahrplan ersetzt, der aber erneut unrealistische Ziele enthielt und dieses Mal nach fünf Jahren abgebrochen werden musste, weil seine Vorgaben nicht erreicht werden konnten und die sowjetische Wirtschaftskraft schlicht und einfach überforderten:

„Auf dem vom 21. - 25. Dezember (1959 – Verf.) tagenden Plenum des Zentralkomitees stellte sich jedoch heraus, dass die im Sinne des Siebenjahrplans vorgesehenen landwirtschaftlichen Planziele in vielen Zweigen nicht erfüllt worden waren.“

(Wolfgang Leonhard, ‚Kreml ohne Stalin‘, Köln/Berlin 1963, S. 412).

Leonhard zufolge sei die Getreideernte in den Neulandgebieten von Kasachstan und dem Altai im Vergleich zum Vorjahr um 28 bzw. um 36 Prozent zurückgegangen. (Vgl. ebd., S. 413).

Obwohl versprochen worden war, am Ende der Planperiode, also bis 1965, den kürzesten Arbeitstag der Welt und die kürzeste Arbeitswoche einzuführen, betrug die durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit dann 41 Arbeitsstunden, statt der vorgesehenen 35 Stunden. Obwohl Chruschtschow auf dem 21. Parteitag im Januar 1959 die Abschaffung der Einkommenssteuer versprochen hatte, zahlten die sowjetischen Arbeiter 1965 immer noch Einkommenssteuer, weil der Plan, der das vorsah, schon 1962 ad acta gelegt wurde. Die Einzelhandelspreise für Fleisch und Butter waren im Juni 1962 um 30 bzw. 25 Prozent angehoben worden, und Ende 1963 sah man sich gezwungen, die Brotrationierung wieder einzuführen. Da die Preise, die die Kolchosen für ihre Agrarprodukte verlangten, vorher freigegeben worden waren und sich nach Angebot und Nachfrage richteten, besaß der Plan auch keinen Einfluss mehr auf diese Preise. (Angaben nach Harry Schwartz, ebd., S. 124).

Dieser Plan erhielt auch nur noch Richtlinien für die Betriebe, die eingehalten werden sollten, aber nicht unbedingt eingehalten werden mussten. Das ganze Jahr 1958 arbeitete man ohne Fünfjahrplan, nur noch mit Jahresplänen, die ähnlich strukturiert waren.

Während der laufenden Planperiode wird dann auch noch im Dezember 1963 ein Sonderplan für die Jahre 1964 und 1965 beschlossen, dessen Planziele sich grundlegend von denen des Siebenjahrplans unterscheiden. Warum geschah dies? Man war einfach gezwungen, die illusionären Vorgaben jenes Plans aufzugeben, weil sie vollständig an der Realität vorbeigingen, was auch für den unwissenschaftlichen Charakter jenes Plans spricht. Roy und Zhores Medwedjew schreiben dazu in ihrer Analyse der Chruschtschow-Ära ‚Krushchev - The Years in Power‘ (Chruschtschow - Die Jahre an der Macht):

„Aber man muss zugeben, dass ab 1958 er (also Chruschtschow – Verf.) die Nation an den Rand einer wirtschaftlichen Katastrophe führte.“

(Roy A. Medwedjew und Zhores A. Medwedjew, ‚Krushchev – The Years in Power‘, New York 1976, Seite X, Vorwort).

Deshalb kommt es nicht von ungefähr, dass Anfang der sechziger Jahre diejenigen Kräfte in der Sowjetunion gewaltigen Auftrieb erhielten, die den Plan durch das Arbeiten nach dem Profitprinzip ersetzen wollten, darunter Jewsej Libermann und andere. Sie konnten auf die vielen gescheiterten Pläne verweisen und argumentieren, dass die Planwirtschaft nicht funktionieren kann, weil sie nicht ‚flexibel genug‘, weil sie nicht ‚effektiv genug‘ ist und die Betriebe ‚gängele‘ usw.

Wäre Chruschtschow ein Kommunist gewesen, hätte er es nicht zugelassen, dass die Pläne durch willkürliche Änderungen unterminiert wurden. Aber er tat genau das Gegenteil, weshalb er nicht als Kommunist bezeichnet werden kann, denn Kommunisten sind keine Marktwirtschaftler, Kommunisten sind Planwirtschaftler.

c)- Chruschtschows Verwaltungsreform

Der Hintergrund:

Ende 1956 zeigte sich, dass der auf dem 20. Parteitag verabschiedete sechste Fünfjahrplan für die Jahre 1956-1960 unrealistische Planziele formuliert hatte und zu scheitern drohte, wie wir schon gesehen haben. Er sah eine Steigerung des Nationaleinkommens um 60 Prozent und eine Steigerung der Industrieproduktion um 65 Prozent vor (vgl. Harry Schwartz, ‚The Soviet Economic System since Stalin‘, ebd., S. 79).

Daraufhin tritt das Zentralkomitee der KPdSU unter Führung von Chruschtschow in einer geschlossenen Sitzung zusammen und beschließt, die Ziele wieder abzuändern, sie zu ‚spezifizieren‘, wie es beschönigend heißt.

Es war die Situation entstanden, dass rund 4.000 neue Investitionsprojekte im ganzen Land ins Leben gerufen und das unzählige neue begonnen worden waren, ohne dass viele der alten Projekte bereits abgeschlossen waren. Dieser Trend setzte sich auch in den Jahren 1958 und 1962 ungebrochen fort, wie aus Dokument 9 hervorgeht (siehe Dokumente). Es wurde dann nach einem Schuldigen, nach dem Übeltäter für das entstandene Investitionschaos und die massenhafte Verschwendung von Kapital gesucht, und er war schnell gefunden: der zentrale Plan.

Mitte Februar 1957 tritt das Zentralkomitee der Partei angesichts der entstandenen neuen Lage erneut zusammen, auf dem Chruschtschow den Vorschlag macht, dass man, um ein solches Chaos in Zukunft zu vermeiden, eine völlig neue Organisationsstruktur in Sachen Planung brauche. Das zentralistische Plansystem sei der Hauptschuldige. Er schlägt deshalb vor, die zentralen Unionsministerien, die bisher für die Umsetzung der Fünfjahrpläne zuständig waren, kurzerhand abzuschaffen. Dafür sollen in den einzelnen Republiken der Sowjetunion Planbehörden und ausführende Organe geschaffen werden. Im Mai 1957 wird die Reform vom Obersten Sowjet, in dem fast nur noch Chruschtschow-Leute sitzen, verabschiedet. Dazu Harry Schwartz:

„Es war die radikalste Reorganisation der sowjetischen Wirtschaft seit der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg. Etwa 25 größere Wirtschaftsministerien wurden einfach

aufgelöst. Die wenigen, die noch übrigblieben, waren für die Produktion von militärischer Ausrüstung zuständig. Ein Netzwerk von 105 regionalen Wirtschaftsorganen unter der Leitung von Volkswirtschaftsräten oder sownarkosy wurde geschaffen, und in den meisten Fällen wurden dann noch einmal in den Provinzen eigene Räte geschaffen. ... Die gesamtstaatliche Wirtschaftskommission, ... wurde einfach aufgelöst.“

(Ebd., S. 89ff, meine Übers.).

Schwartz beschreibt das dann folgende Planchaos, mit dem sich das Zentralkomitee zu beschäftigen hatte. Einige Direktoren der neuen lokalen Räte oder auch sownarkos genannt, hatten zugewiesenes Kapital für Investitionen für wichtige Industrieprojekte einfach zweckentfremdet und für lokale Zwecke verwendet, denn sie waren - nicht ganz zu Unrecht - davon ausgegangen, dass nach der Reform die neuen örtlichen Behörden und nicht mehr die zentralen Behörden über Investitionen zu entscheiden hatten. So hatte ein Vorsitzender eines solchen Rates die Fonds, die für ein Stahlwerk vorgesehen waren, einfach für den Bau eines Zirkus und eines Schwimmbades verwendet, um sich in seiner Region beliebt zu machen.

Die Folge des entstandenen Chaos, bedingt durch den unrealistischen Plan von 1956 und die neue Verwaltungsreform, werden 1958 deutlich sichtbar: Die Produktionsziffern in einigen für die Gesamtwirtschaft ausschlaggebenden Zweigen gehen, verglichen mit dem Jahr 1955, als noch nach dem alten System gearbeitet wurde, deutlich zurück:

Jährlicher prozentualer Anstieg der Produktion einiger wichtiger Waren in Prozent:

Ware	1955	1956	1957	1958
Roheisen	11	7	4	7
Stahl	9	7	5	7
Kohle	13	10	8	7
Elektrizität	13	13	9	11
Schwefelsäure	15	14	6	5
Düngemittel	20	13	8	5

Quelle: Offizielle sowjetische Jahreswirtschaftsberichte

(Ebd., S. 93)

In dem noch unter Stalins Einfluss verfassten Lehrbuch zur Politischen Ökonomie hieß es noch:

„Um die sozialistischen Planungsmethoden weiter zu vervollkommen, gilt es, bei der Planung der wichtigsten und entscheidenden Kennziffern konsequent das Prinzip der Zentralisierung zu verfolgen, ...“

(Politische Ökonomie – Lehrbuch, hrsg., von der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, Institut für Ökonomie, Berlin 1955, S. 480).

Die von Chruschtschow und seinen Leuten angestoßene Umstrukturierung bei der Wirtschaftsplanung nahm nicht lange Zeit in Anspruch, sie wurde regelrecht durchgepeitscht: Schon

„.. 1958 kontrollierten die sownarkosy (...) Unternehmen, die für 71 Prozent aller staatlichen Industrieproduktion verantwortlich waren. Der Rest war in der Hauptstadt lokale Industrie. Sechs Prozent der Produktion wurden in Unternehmen produziert, die der Union direkt unterstanden. Im Gegensatz hierzu waren 1953 die Unions-Ministerien für 69 Prozent der industriellen Produktion verantwortlich.“

(Alec Nove, ‚Die sowjetische Wirtschaft‘, Wiesbaden ohne Jahr, wahrscheinlich 1961, S. 81).

Auf Unionsebene blieb nur noch das zentrale Ministerium für elektrische Energie erhalten, aber auch dieses Ministerium wurde Ende 1958 per Dekret abgeschafft. (Vgl. ebd.). Die gesamtstaatliche Planung, also die für die gesamte Union, verblieb bei einer Kommission in Moskau, die aber keine direkten Anweisungen an die lokalen Organe mehr geben durfte und sich statt mit Plandirektiven nur noch mit Planprognosen beschäftigen durfte:

„Das staatliche Plankomitee, der GOSPLAN, wurde sämtlicher operativer Funktionen entblößt.“

(Andreas Bilinsky, ‚Die Entwicklung der sowjetischen Wirtschaftsverfassung‘, in: ‚Bilanz der Ära Chruschtschow‘, hrsg. von Erik Boettcher u. a., Stuttgart 1966, S. 174).

So auch Alec Nove:

„Formal sind die Machtbefugnisse des Gosplan gering, in dem Sinne, dass er nicht die hierarchisch vorgesetzte Stelle irgendeines Unternehmens, eines sownarkos oder einer Republik ist.“

(Alec Nove, ‚Die sowjetische Wirtschaft‘, Stuttgart ohne Jahr, wahrscheinlich 1961, S. 84.).

Jede Republik der UdSSR erhält nun eigene Gosplanämter, die nur noch locker mit dem Unions-Gosplan verbunden sind und selbst keine Weisungsbefugnisse für die sownarkos-Räte haben.

Das Planchaos, das nun entsteht, beschreibt Nove so:

„Was einen großen Teil der Konsumgüter, die nach 1957 (gemeint nach der Einführung der Verwaltungsreform – Verf.) nicht mehr der zentralen Planung unterstehen, betrifft, so kann der sownarkos anordnen - und das geschieht auch -, dass ihre Produktion eingeschränkt wird, sobald die lokalen Bedürfnisse befriedigt sind, da sie überhaupt keine Vorstellung von den Bedürfnissen auswärtiger Verbraucher haben und keinen Anreiz oder Interesse, diese zu beliefern. Das erklärt die zahlreichen Klagen über sownarkosy ...“

(Alec Nove, ebd., S. 225).

Viele dieser regionalen Planzentren hatten also einfach die Produktion von wichtigen Kultur- oder Haushaltsgütern eingestellt, weil das nicht mehr in ihrer Kompetenz lag oder weil sie auch gar keine Vorstellung von den Bedürfnissen außerhalb ihres Bezirks besaßen oder besitzen konnten. Nove schreibt dazu weiter:

„Bei der Entwicklung von Plänen ist der sownarkos ebenso unfähig, die Wirkung seiner Pläne auf die Wirtschaft als Ganzes in Betracht zu ziehen.“

(Ebd.).

Im Gegensatz dazu betonte das offizielle sowjetische Lehrbuch für politische Ökonomie (1955) damals noch die gesamtgesellschaftliche Planung der Volkswirtschaft und die unbedingte Verbindlichkeit der Pläne:

„Die sozialistische Planung, ein Ausdruck der Erfordernisse der planmäßigen Entwicklung der Volkswirtschaft, ist direktiver Natur. Die staatlichen Pläne sind keine PLANPROGNOSEN, sondern PLANDIREKTIVEN, die für die leitenden Organe verbindlich sind und die Richtung der wirtschaftlichen Entwicklung des GANZEN LANDES bestimmen.“

(Politische Ökonomie – Lehrbuch, Berlin 1955, S. 482, Hervorhebungen von mir).

Gegen die Chruschtschow-Reform regte sich im Politbüro der KPdSU starker Widerstand, und im Juli 1957 verliert Chruschtschow dort seine Mehrheit und sieht sich mit seiner Absetzung als Parteichef konfrontiert. Man will ihn auf den Posten des Landwirtschaftssekretärs abschieben. Die einst engsten Mitarbeiter Stalins, MoIotow, Kaganowitsch und Malenkow, aber auch andere Mitglieder des Politbüros, darunter Ministerpräsident Bulganin, sind strikt gegen die Reform und bezeichnen sie als ‚antileninistisch‘ und für die Entwicklung der sowjetischen Wirtschaft als schädlich.

Daraufhin trommeln Chruschtschow und seine Getreuen, darunter der ‚Held der Sowjetunion‘, Georgi Schukow, der an der Spitze der Sowjetarmee stand, eilends das Zentralkomitee zusammen, organisieren einen Flugdienst für die Chruschtschow-Anhänger aus dem ZK, die dann schon am nächsten Tag in Moskau eintreffen und die Chruschtschows Absetzung wieder rückgängig machen. Molotow, Kaganowitsch und Malenkow werden als ‚Anti-Partei-Gruppe‘ aus dem ZK ausgeschlossen und Chruschtschow wird wieder als Parteichef eingesetzt. Bulganin kommt mit einer Rüge davon, verliert aber schon bald seinen Posten als Ministerpräsident. In der für ihn typischen demagogischen Manier hetzt Chruschtschow gegen die Gruppe, um sie vor der Versammlung des ZK als Bluthunde hinzustellen:

„Eure Hände sind mit dem Blut unserer Parteiführer (dazu zählt er Bucharin – Verf.) und zahlloser Bolschewiken besudelt.“

(Georg Paloczi-Horvath, ‚Chruschtschow‘, Frankfurt/Main und Hamburg 1961, S. 264).

Als der Machtkampf entschieden ist, schafft man ein neues Präsidium mit fünfzehn, statt vorher elf Mitgliedern. Die neu hinzu Gewählten sind durchweg Chruschtschow-Anhänger, darunter Georgi Schukow, der neue Verteidigungsminister.

Dass die ‚Anti-Partei-Gruppe‘ um Molotow im Nachhinein Recht hatte, musste Chruschtschow einige Jahre später selbst zugeben, als er im November 1962 daran geht, Verwaltungsbezirke wieder zusammenzulegen. (vgl. Karl C. Thalheim, ‚Die Veränderungen im sowjetischen Wirtschaftssystem in der nachstalinistischen Ära‘, in: ‚Bilanz der Ära Chruschtschow‘, hrsg., von Erik Boettcher u. a., Stuttgart 1966, S. 119).

Chruschtschow, der nie müde wurde, sich als Lenin-Anhänger zu bezeichnen, setzte sich über das, was Lenin nach der Oktoberrevolution von 1917 in der Sowjetunion aufgebaut hatte, kaltschnäuzig hinweg. Es war Lenin, der die Notwendigkeit einer planmäßigen, gesamtstaatlichen sozialistischen Wirtschaftsplanung begründet hatte. Er schuf den ersten Fünfjahrplan zur Elektrifizierung der Sowjetunion, auch GOELRO genannt, und die dazu notwendigen Staatsorgane, darunter das wichtigste Organ: die staatliche Plankommission Gosplan. Lenin in seiner Rede über Krieg und Frieden auf dem 7. Parteitag der KPR, B:

„Umwandlung des ganzen staatlichen Wirtschaftsmechanismus in eine einzige große Maschine, in einen Wirtschaftsorganismus, der so arbeitet, dass sich Hunderte Millionen Menschen von einem einzigen Plan leiten lassen.“

(Ebd., S. 473).

Damit sollte nun Schluss sein. Kann man also Chruschtschow, der sich in einer ganz wichtigen Frage in seiner politischen Praxis von den Prinzipien einer gesamtstaatlichen zentralen Planung von einem Zentrum aus, das eng mit den Wirtschaftseinheiten auf der unteren Ebene zusammenarbeitet, verabschiedet hatte, der sich damit auch von Lenin verabschiedet hatte, deshalb noch als ‚Kommunist‘ oder ‚Leninist‘ bezeichnen? Oder muss man ihn nicht eher als Totengräber der alten bewährten zentralen Planung bezeichnen? Ohne eine solche Planung kann der Sozialismus nicht funktionieren, kann auch die nationale Unabhängigkeit eines sozialistischen Landes gegenüber dem kapitalistischen Ausland nicht behauptet werden, denn wird erst einmal die Verbindlichkeit des Planes abgeschafft oder auch nur angetastet oder ausgehöhlt, tritt an seine Stelle erst das Chaos und dann anschließend kommen die Prinzipien der Marktwirtschaft zum Zuge, darunter das Gesetz von Angebot und Nachfrage, also die Gesetze des Kapitalismus, und das kapitalistische Ausland wird alles tun, um einen solchen, erst einmal angestoßenen Prozess zu fördern und voranzutreiben, um Zugang zu einem solchen sozialistischen Land zu erhalten, um sich langfristig die Reichtümer und die Märkte des Landes anzueignen. Und genau dies sollte spätereintreten.

d)- Chruschtschow löst die Maschinen-Traktoren-Stationen auf

Seit Ende der zwanziger Jahre gab es in der sozialistischen Sowjetunion staatliche Maschinen-Traktorenstationen, auch MTS genannt. Diese ‚Stationen‘ stellten den landwirtschaftlichen Kollektivwirtschaften, den Kolchosen und Sowchosen, kostenlos Traktoren, Mährescher und anderes landwirtschaftliches Gerät für die Bewirtschaftung der Felder zur Verfügung. Die Kollektivwirtschaften brauchten sich also selbst keine kostspieligen Landmaschinen anzuschaffen, und brauchten auch kein ausgebildetes Personal für ihre Bedienung einzustellen, weil dieses Personal vom Staat gestellt wurde. Es besaß eine gute staatliche Fachausbildung und war auch in der Lage, Reparaturen an den Maschinen vorzunehmen. Für ihre Arbeit wurden die Traktoristen von den Kollektivwirtschaften meist in Naturalien entschädigt.

Die ersten MTS der UdSSR wurden 1927 von A. M. Markowitsch, dem Direktor eines Staatsguts im Gebiet Odessa gegründet (vgl. Wolfgang Leonhard, ‚Kreml ohne Stalin‘, ebd., S. 311), also schon zu einem Zeitpunkt, als es noch keine Kollektivierung der Landwirtschaft in der UdSSR gab. Diese setzte erst Anfang der dreißiger Jahre ein.

Die damalige Führung der Sowjetunion, darunter vor allem Lazar Kaganowitsch und Josef Stalin, griff die Idee auf und setzte sich dafür ein, dass die MTS zu einem untrennbaren Bestandteil der neuen sowjetischen Landwirtschaft wurden. Jedoch

wurde Anfang der dreißiger Jahre vom Zentralkomitee der KPdSU auf Vorschlag von Stoßarbeitern (= Arbeiter, die sich im sozialistischen Wettbewerb besonders hervorgetan hatten) beschlossen, die MTS an die Kollektivwirtschaften zu verkaufen. Es zeigte sich aber schon bald, dass dies für die Kollektivwirtschaften von Nachteil war, weil die Kolchosen damit völlig überfordert waren, und man nahm dann diesen Beschluss wieder zurück und führte das alte System wieder ein, das sich in der Praxis besser bewährt hatte.

Also man verfügte seit drei Jahrzehnten über reiche Erfahrungen mit den MTS, als Chruschtschow im Frühjahr 1958 erneut den Vorschlag machte, sie an die Kollektivwirtschaften zu verkaufen, obwohl es einen Parteitagebeschluss aus dem Jahre 1956 gab, die MTS weiter zu stärken und auszubauen. Chruschtschow selbst hatte auf diesem 20. Parteitag, der im Februar 1956 getagt hatte, für diesen Vorschlag gestimmt, und er besaß zwei Jahre später immer noch Gültigkeit. Sein Vorschlag vom Januar 1958, der einen bindenden Parteitagebeschluss außer Kraft setzte, wurde dann wenig später, Ende Februar, vom Zentralkomitee der KPdSU übernommen, das beschloss, die MTS aufzulösen, was in den Medien beschönigend als ‚Reorganisation‘ bezeichnet wurde. Der Beschluss sah aber immerhin vor, dieser so genannten Reorganisation des landwirtschaftlichen Systems Zeit zu geben. Man ging von zwei bis drei Jahren aus, aber schon Ende 1958 waren auf Drängen Chruschtschows so gut wie alle MTS an die Kollektivwirtschaften verkauft worden. Ein zweites Mal hatte sich Chruschtschow, nun auch Ministerpräsident der UdSSR, über einen Beschluss der Partei - erst über einen Beschluss des Parteitags, dann über einen Beschluss des Zentralkomitees - eigenmächtig hinweggesetzt. Von der vielbeschworenen kollektiven Führung, die man nach Stalins Tod einführen wollte, konnte keine Rede mehr sein.

Erst danach organisierte man eine ‚Volksdiskussion‘, also als der neue Beschluss längst gefasst war. Das Volk durfte zwar diskutieren, aber den Beschluss rückgängig machen, durfte es nicht.

Chruschtschow begründete den Verkauf damit, dass

„ ... die Kollektivwirtschaften nun wirtschaftlich gefestigt, technisch besser ausgerüstet und durch die Entsendung von Fachkräften und Funktionären fachlich und politisch gestärkt worden sind. Daher sei jetzt die Zeit gekommen, die Maschinen der MTS den Kollektivwirtschaften zu verkaufen.“

(Zitiert nach: Wolfgang Leonhard, ebd., S. 314).

Die Folgen:

Selbst Chruschtschows amerikanischer Biograf William Taubman, der keinerlei Sympathien für den sowjetischen Sozialismus und für eine sozialistische Landwirtschaft besitzt, schreibt entgegen seiner eigenen Interessenlage in seiner Chruschtschow-Biografie, dass dieser Schritt verheerende Folgen für die sowjetische Landwirtschaft haben musste:

„Die Folgen waren verheerend. Nachdem sie ihre neuen Maschinen bezahlt hatten, konnten sich selbst wohlhabende Farmen andere notwendige Investitionen nicht mehr leisten. Sie setzten die neuen Gerätschaften auch längst nicht so effizient ein wie dies unter den MTS der Fall gewesen war. MTS-Arbeiter waren eine Art Elite gewesen. Weil nun jene von den Kolchosen eingestellt werden sollten, zogen sie es wegen des geringeren Status und der schlechteren Bezahlung vor, in die Städte abzuwandern. Das Ergebnis, so Roy Medwedjew, bestand darin, dass ‚die landwirtschaftliche Produktion einen nicht wieder gutzumachenden Schaden erlitt‘“.

(William Taubman, ‚Krushchev – The Man and his Era‘, New York und London 2003, S. 376, meine Übersetzung aus dem Englischen).

Um seinen Schützling gleich wieder in Schutz zu nehmen, behauptet Taubman, dass Chruschtschow von seinen ‚übereifrigen‘ Untergebenen ‚falsche Erfolgsberichte‘ aus den Provinzen erhalten habe und deshalb weiter für die Maßnahme eintrat. Er sei also mal wieder schuldlos an dem Desaster gewesen.

Aus der folgenden Tabelle wird deutlich, dass sich diese Maßnahme, die allein Chruschtschow zu verantworten hatte, negativ auf die Getreideproduktion auswirkte:

Index der landwirtschaftlichen Produktion in der Sowjetunion in der Zeit zwischen 1958 und 1963 nach offiziellen sowjetischen Angaben:

Jahr	Getreideernte-Ergebnisse
1958	100
1959	95
1960	100
1961	101
1962	101
1963*	86

Quelle: ‚Naradnoye Khozyaistvo SSSR‘ (‚Die Volkswirtschaft der UdSSR‘), Angaben aus dem Jahre 1962, *Schätzung für 1963, aus: Harry Schwartz, ‚The Soviet Economy since Stalin‘, ebd., S. 130).

1963 wird die Lage so kritisch, dass die UdSSR zum ersten Mal in ihrer Geschichte Getreide aus westlichen Staaten, darunter die USA und Kanada, aber auch aus Rumänien einführen muss, um die Versorgung der Bevölkerung sicherzustellen.

Forderungen, die MTS an die Kollektivwirtschaften zu verkaufen, gab es trotz der negativen Erfahrungen aus den dreißiger Jahren immer wieder von Seiten der sowjetischen Opposition. Stalin setzt sich in seiner letzten Schrift ‚Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR‘ mit diesen Forderungen auseinander. Zwei Betriebsdirektoren, die der Opposition angehörten, Sanina und Wensher, hatten diese Maßnahme schon Anfang der fünfziger Jahre während der großen Volkswirtschaftsdiskussion gefordert. Stalin lehnte sie strikt mit folgender Begründung ab:

„Wir alle freuen uns über das kolossale Wachstum der landwirtschaftlichen Produktion unseres Landes, über das Wachstum der Getreideproduktion, der Produktion von Baumwolle, Flachs, Zuckerrüben usw. Wo ist die Quelle dieses Wachstums? Die Quelle dieses Wachstums ist die moderne Technik, sind die zahlreichen modernen Maschinen, die für alle diese Produktionszweige arbeiten. ... Aber was bedeutet es, Hunderttausende von Rädertraktoren auszurangieren und durch Raupentraktoren zu ersetzen, Zehntausende von veralteten Mähdreschern durch neue zu ersetzen, neue Maschinen für, sagen wir, technische Nutzpflanzen zu schaffen? Das bedeutet Milliardenausgaben, die sich erst in sechs bis acht Jahren bezahlt machen können.“

(Josef Stalin, ‚Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR‘, Berlin 1953, S. 91).

Dann stellt er die entscheidende Frage und beantwortet sie so:

„Können etwa unsere Kollektivwirtschaften diese Summen aufbringen, selbst wenn sie Millionäre sind? Nein, das können sie nicht, weil sie nicht in der Lage sind, Milliarden auszugeben, die sich erst in sechs bis acht Jahren bezahlt machen können. Diese Ausgaben kann nur der Staat übernehmen, denn er – und nur er – ist in der Lage, die Verluste auf sich zu nehmen, die entstehen, wenn man die alten Maschinen ausrangiert und durch neue ersetzt, denn er – und nur er – ist in der Lage, diese Verluste sechs bis acht Jahre zu ertragen, um erst nach Ablauf dieser Zeit für die von ihm verausgabten Summen entschädigt zu werden.“

(Ebd.).

Deshalb lehnte er den Verkauf der MTS an die Kollektivwirtschaften ab, denn ein solcher Verkauf musste zwangsläufig dazu führen, dass ihnen große Verluste zugefügt wurden. Außerdem würde dadurch, so Stalin weiter, die Mechanisierung der Landwirtschaft gefährdet und das Tempo der landwirtschaftlichen Produktion gedrosselt werden.

Und genau diese Lage sollte dann später in der Sowjetunion nach dem Verkauf der MTS an die Kolchosen, wie die Tabelle zeigt, eintreten.

Stalin erwähnt in seiner Schrift noch einen weiteren Nachteil eines solchen Schritts, den er als Schritt zurück in die Vergangenheit bezeichnet, einen Schritt zurück in die Rückständigkeit, mit dem man, also die sowjetische Opposition, das Rad der Geschichte zurückdrehen wolle.

Dieser Schritt würde dazu führen, dass die Kollektivwirtschaften Eigentümer von Produktionsmitteln werden und somit eine Sonderstellung im Sozialismus beanspruchen würden, wie sie kein anderer sozialistischer Betrieb besitzt. Damit würde der Abstand zwischen dem kollektivwirtschaftlichen Eigentum und dem Volkseigentum vergrößert werden, was dazu führen würde, dass man sich vom Kommunismus weiter entfernen würde, statt sich ihm allmählich anzunähern.

Aber dieser Schritt würde auch dazu führen, dass die Warenzirkulation dadurch sehr stark ausgedehnt werden würde, denn vormals staatliche Produktionsmittel, Produktionsmittel eines sozialistischen Staates, die nicht mehr diesem Staat gehören, würden für den Handel, den Schacher und die Profitmacherei freigegeben werden, und auch dies sei mit der Perspektive des Übergangs vom Sozialismus zum Kommunismus unvereinbar.

Die Ausweitung der Warenzirkulation und die Stärkung des kollektivwirtschaftlichen, also des nichtstaatlichen Eigentums, könnten nur dazu führen, dass der Sozialismus ausgehöhlt und perspektivisch zum Kapitalismus wieder zurückkehrt.

Kann ein Kommunist, der ein Interesse daran hat, dass der Sozialismus fortentwickelt und gestärkt wird und perspektivisch zum Kommunismus voranschreitet, für eine solche Maßnahme, also für den Verkauf von riesigen Mengen an Produktionsmitteln an Kolchosen sein? Kann also Chruschtschow ein Kommunist gewesen sein, wenn er diese Maßnahme vertrat und half, sie im Eiltempo und entgegen von zwei Beschlüssen der kommunistischen Partei eigenmächtig durchzusetzen? Kann er auch nur ein Patriot gewesen sein, wenn diese Maßnahme nachgewiesenermaßen dazu führte, dass dem Land, der Wirtschaft und den Menschen dadurch großer Schaden zugefügt wurde? Wer hatte den Nutzen von dieser Maßnahme, die zur Schwächung der Sowjetunion geführt hat, aber vor allem zur Schwächung der sowjetischen Landwirtschaft, von der Schwächung des Sozialismus einmal ganz zu schweigen?

„Cui bono“ ist immer eine wichtige Frage bei der Beurteilung einer Maßnahme, aber auch bei der Beurteilung eines Politikers, der eine solche Maßnahme vertritt. Nur der imperialistische Westen, der an der Schwächung der Sowjetunion und an der Wiederherstellung des Kapitalismus in der UdSSR interessiert war, konnte daran ein Interesse haben. Also ist auch zu fragen, wessen Interessen Chruschtschow mit dieser Maßnahme, die er ohne die Bevölkerung zu fragen und an der eigenen Partei vorbei beschloss, Vorschub geleistet hat.

e)- Chruschtschows großes Vabanque-Spiel: das Neulandprogramm

Sofort nach seinem Machtantritt im Jahre 1953, der durch einen Militärputsch möglich wurde (ich habe dies in meiner Studie über die Ermordung Berijas, in „Die falsche Anklage“ näher begründet), änderte sich die alte bewährte Wirtschaftspolitik, aber vor allem die sowjetische Landwirtschaftspolitik grundlegend. Chruschtschow und seine Leute stürzten sich nach der Ausschaltung Lawrentij Berijas im Frühsommer 1953 sofort auf die sowjetische Landwirtschaft, vor allem aber auf diejenigen Kollektivwirtschaften, die nicht verstaatlicht waren, die zwar kein Eigentum am Grund und Boden besaßen - nach dem Dekret über den Boden war der gesamte Boden in der UdSSR gleich nach der Revolution verstaatlicht worden - aber denen die in der Kolchose erwirtschafteten Erträge, aber auch das Vieh selbst gehörten. Bei den Staatsgütern, den Sowchosen, war dies anders. Dort gab es Volkseigentum, hier bei den Kolchosen gab es bislang nur kollektivwirtschaftliches Eigentum.

Sofort nach seinem Juni-Putsch gegen Berija setzte sich Chruschtschow dafür ein, die Aufkaufpreise für Agrarprodukte, die der Staat an die Kolchosen zu zahlen hatte, heraufzusetzen. Aber nicht nur das: An die Stelle der Abgabepflicht in Form von Naturalien traten nun nur noch Steuern und auch die wurden sofort reduziert, um die „Kolchosen zu entlasten“, wie es hieß. Als die MTS verkauft waren, verlor der sowjetische Staat nun auch noch die Kontrolle über diese Kollektivwirtschaften, denn es waren die Leiter der MTS gewesen, die die Produktion in den Kolchosen überwachten, die letztendlich dort das Sagen hatten und die auch dafür sorgten, dass der Plan eingehalten und die Abgabepflicht erfüllt wurde. Chruschtschow sorgte also dafür, dass der sozialistische Staat aus der Ökonomie zurückgedrängt und finanziell entscheidend geschwächt wurde.

Nach dem Verkauf der MTS an die Kolchosen, den man als die erste große Privatisierungswelle in der UdSSR bezeichnen kann (nur dass eben nicht Einzelne, sondern selbstständig wirtschaftende Kommunen Eigentümer von Produktionsmitteln

wurden), war eine Durchsetzung des staatlichen Plans in großen Teilen der Landwirtschaft nur noch schwer möglich.

Aber mehr noch:

Schon 1954 ordnet er an, dass in Kasachstan und in Teilen Sibiriens riesige Flächen im Rahmen eines gewaltigen Neulandgewinnungsprogramms kultiviert werden. Als er in Kasachstan bei den lokalen Parteichefs auf Widerstand stößt, die vor einem solchen Programm warnen, setzt er kurz entschlossen den örtlichen Parteichef Kasachstans ab, ersetzt ihn durch den Ukrainer Ponomarenko und macht Leonid Breschnew, der später sowjetischer Partei- und Staatschef werden sollte und der ihm im Sommer 1953 bei seinem Putsch in Moskau geholfen hatte, zu seinem Stellvertreter. Nun war der Weg frei für das Crash-Programm, mit dem angeblich die landwirtschaftliche Produktion angekurbelt, mit dem das Versorgungsproblem ‚endgültig‘ gelöst werden sollte.

Im Februar 1954 stellt Chruschtschow auf dem Plenum des Zentralkomitees der KPdSU das große Neulandprogramm vor. Einen Monat später, Ende März, wird der Vorschlag offiziell: Partei- und Staatsführung verkünden das Programm, das wieder einmal mehr ohne jegliche Beteiligung der Bevölkerung, schon gar unter Hinzuziehung der sowjetischen Bauern, beschlossen wird. Einer der Hauptkritiker des Programms, Georgi Malenkov, der anstelle des Neulandprogramms für eine Intensivierung der Produktion in den bestehenden Kollektivwirtschaften eingetreten war und der bis 1955 noch sowjetischer Ministerpräsident war, wird von Chruschtschow kurzerhand abgesetzt. Nun ist der Weg frei für das Mammutprogramm. Dazu Wolfgang Leonhard:

„Danach sollten schon im Jahre 1954 in Sibirien und Kasachstan 2,3 Millionen Hektar Ackerland neu bebaut und im Jahre 1955 weitere 10,7 Millionen Hektar Land erschlossen werden.“

(Wolfgang Leonhard, ‚Kreml ohne Stalin‘, ebd., S. 78).

Nun hatte man aber gleich nach der Machtergreifung Chruschtschows im Juli 1953 ein neues, dem laufenden Plan übergestülptes Konsumgüterprogramm verkündet. Wie sollte das nun verwirklicht werden, wo die Kollektivwirtschaften nur noch mit halber Kraft wirtschaften konnten, denn sie mussten einen Teil ihrer Arbeitsgeräte an die Neulandgebiete abgeben? Da man gleich nach Stalins Tod den Schwerpunkt von der Erzeugung von Produktionsmitteln auf die Erzeugung von Konsumgüter verlagert hatte, war man nun auch nicht in der Lage, die Produktion von Traktoren und Mähreschern bedeutend zu steigern, denn die Produktion von Konsumgütern sollte ja gerade Vorrang haben.

Die Folge: ein nicht enden wollender Streit in der sowjetischen Führung darüber, was nun Vorrang haben sollte: die Konsumgüterproduktion oder die Produktion von Produktionsmitteln. Um den noch auf dem 19. Parteitag beschlossenen Fünfjahrplan kümmert man sich wenig. Man tut so, als existiere er gar nicht mehr.

300.000 Komsomolzen aus den Städten werden nun im Sommer 1954 für die schweren Arbeiten in den Neulandgebieten rekrutiert. Viele kommen mit den Härten des Klimas nicht zu Recht und quittieren ihren Dienst schon bald wieder. Zehntausende von Traktoren, Mähreschern und anderes landwirtschaftliches Gerät lässt Chruschtschow per Dekret aus den Kollektivwirtschaften in diese Gebiete abtransportieren. Die Folgen:

„Weil ihnen nun die nötige Ausstattung fehlte, fielen die Nicht-Neulandgebiete immer weiter in ihrer Entwicklung zurück, wodurch der Einsatz von Chruschtschows großem Spiel für das ganze Land erhöht wurde. Er übernahm das Risiko aber nicht allein: die meisten seiner Kollegen unterstützten ihn, auch dann noch, als er dazu aufrief, die Menge an Land für das Projekt zu verdoppeln.“

Innerhalb von nur wenigen Jahren verwandelte sich seine Kampagne in eine landwirtschaftliche und ökologische Katastrophe.“

(William Taubman, ‚Krushchev – The Man and his Era‘, ebd., S. 263, meine Übersetzung aus dem Englischen).

Selbst aus den offiziellen Zahlen, die damals von der sowjetischen Regierung veröffentlicht wurden, die man mit einiger Skepsis betrachten muss (weil ganz offensichtlich normales Land dem Neuland zugeschlagen wurde und weil man kein Interesse daran hatte, der neuen Linie in den Arm zu fallen), ergibt sich, dass das Neulandgewinnungsprogramm nicht zu einer Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion führte, sondern, ganz im Gegenteil, zu ihrem Rückgang - bei gleichzeitig stark anwachsender und zu versorgender Bevölkerung:

Sowjetische Getreideerträge in den Jahren 1958 bis 1961 in Millionen Tonnen

Jahr	Getreideernte insgesamt	in den Neulandgebieten
1958	141,2	58,4
1959	125,9	55,3
1960	134,4	59,2
1961	138,0	51,3

Quelle: Aus offiziellen sowjetischen Handbüchern, zitiert nach: Harry Schwartz, ‚The Soviet Economy since Stalin‘, ebd., S. 131).

Sowohl in den Neulandgebieten als auch in der sowjetischen Landwirtschaft insgesamt, geht die Getreideproduktion zurück. Die bestehenden Kollektivwirtschaften kommen seit 1958 nicht mehr in den Genuss der Maschinen-Traktoren-Stationen, sind nicht in der Lage, sich die modernste Technik anzuschaffen und müssen nun auch noch Teile ihres Maschinenparks, aber auch ihres Personals an die Neulandgebiete abtreten. Der Plan geht dabei vor die Hunde: 1958 und 1959 wird völlig ohne Fünfjahrplan gearbeitet. Erst auf dem 21. Parteitag im Januar 1959 beschließt man einen neuen Plan: den großen Siebenjahrplan für die Jahre bis 1965.

Nimmt man nur Kasachstan für sich allein, das das Zentrum des Neulandprogramms war, so ergibt sich für die Getreideproduktion folgendes Bild, in Millionen Tonnen Getreide:

1954	4,6
1955	3,1
1956	17,7
1957	6,7
1958	14,3
1959	13,9
1960	12,9
1961	10,3
1962	10,1

(Angaben nach: Harry Schwartz, ‚The Soviet Economy since Stalin‘, ebd., S. 131f)

Schwartz schätzt, dass die Zahl für 1963 unter der von 1957 lag.

Es erwies sich also als illusorisch, in einem Steppenland wie Nordkasachstan oder in jenen Teilen von Sibiren, die für das Programm vorgesehen waren, Neulandflächen von der Größe Frankreichs und den Beneluxstaaten zusammengenommen langfristig ertragreichen Ackerbau zu betreiben, jedenfalls nach dem damals vorhandenen Stand der Agrarwissenschaft. Ständige Dürreperioden und die Erosion der Böden (Winderosion) ließen dies nur eingeschränkt zu. Der von Chruschtschow abgesetzte kasachische Parteichef Schajachmetow hatte zumindest teilweise Recht, als er sich damals dem Projekt widersetzte und meinte:

„Kasachstan ist für Schafe, nicht für Getreide.“

(William Taubman, ebd., S. 262, meine Übers.).

Als es im Herbst 1963 dann noch zu einer Dürreperiode in den Neulandgebieten kommt, entsteht folgende Situation:

„In jenem Herbst kam es zu einer Dürreperiode in Zentralrussland, Sibirien, in der Ukraine, in Kasachstan und in Transkaukasien. Zwei Jahre, nachdem Milch und Honig ohne Ende versprochen worden waren, sahen sich die Menschen gezwungen, lange Schlangen zu bilden, um Brot zu kaufen.“

(William Taubman, ebd., S. 607, meine Übers.).

Die großen sowjetischen Zeitungen, also in erster Linie die ‚Prawda‘ und die ‚Iswestja‘, wurden mit wütenden Beschwerdebriefen überhäuft. Menschen standen stundenlang in langen Schlangen, um zwei oder drei Kilo Brot zu kaufen:

„Mehl verschwand vollständig aus den Regalen. Die Versorgung mit Brot blieb in Moskau und Leningrad noch zufriedenstellend, aber Leute aus den umliegenden Städten kamen zu Tausenden in die Hauptstadt, um Lebensmittel zu kaufen.“

(Roy A. Medwedjew und Zhores A. Medwedjew, ebd., S. 160, meine Übers.).

Schließlich sah sich das Politbüro der Partei gezwungen zu reagieren. Nikolai Kossygin, Chruschtschows stellvertretender Ministerpräsident, machte dann den Vorschlag, im Westen Getreide einzukaufen, und als der sowjetische Minister für landwirtschaftliche Aufkäufe zu verstehen gab, dass das Land kein Getreide mehr habe, sei auch Chruschtschow davon überzeugt gewesen, Hilfe im Ausland zu suchen, so sein Biograf William Taubman:

„6,8 Millionen Tonnen wurden aus Kanada, 1,8 Millionen aus Australien, fast 2 Millionen aus den Vereinigten Staaten und sogar 400.000 auf Kreditbasis aus dem kleinen Rumänien eingekauft.“

(Ebd., meine Übers.).

Daraus folgt, dass Chruschtschows Neulandprogramm nicht nur der sowjetischen Landwirtschaft, sondern der gesamten sowjetischen Wirtschaft schweren Schaden zugefügt hat und die Menschen 1963 sogar an den Bettelstab brachte, als die Lebensmittelrationierung wieder eingeführt werden musste. Die Sowjetunion musste auf den Knien rutschend um Lebensmittelimporte bei einigen imperialistischen Ländern nachsuchen, um eine schwere innere Krise abzuwenden und machte sich von diesen Ländern abhängig und erpressbar.

Eine weitere Folge: Da die Produktion in den Kollektivwirtschaften schon im Sommer 1962 zurückgegangen war, sah man sich gezwungen, die Preise für Lebensmittel anzuheben, um die Verluste der Kollektivwirtschaften auszugleichen:

„Am 17. Mai 1962 billigte das Präsidium (der KPdSU – Verf.) den Entwurf eines Erlasses, der am 1. Juni in Kraft treten sollte, wonach die Einzelhandelspreise für Fleisch und Geflügel um 35 Prozent und bei Milch und Butter um bis zu 25 Prozent angehoben werden sollten.“

(William Taubman, ebd., S. 518, meine Übers.).

Dies war nicht das erste Mal, dass man die Aufkaufpreise für Lebensmittel angehoben hatte (gleich nach Chruschtschows Machtantritt im September 1953 hatte man dies getan), aber bislang war man bemüht gewesen, die Preissteigerungen nicht an den Verbraucher weiterzugeben. Mit anderen Worten: Die Preise wurden vom Staat subventioniert. Das konnte auf die Dauer aber nicht geleistet werden. Also wurden die Preissteigerungen an den sowjetischen Verbraucher weitergegeben.

Den heftigen Preissteigerungen folgten dann noch Arbeitsnormerhöhungen bei gleichbleibenden Löhnen, was das Fass zum Überlaufen brachte: Im ganzen Land, aber besonders im Nordkaukasus kommt es unmittelbar nach Inkrafttreten der Anhebungen zu Streiks und Demonstrationen. Den Anfang machten die Lokomotiven-Werke Budjonny etwas außerhalb von Nowotscherkassk. Bei den Arbeitern war der Reallohn um satte 30 Prozent gesunken.

Chruschtschow lässt die Streikbewegung blutig niederschlagen und setzt Panzer und Soldaten gegen die eigene Bevölkerung ein. In Nowotscherkassk sterben 23 Menschen, als die demonstrierende Menge versucht, das Parteigebäude zu erstürmen. Acht Menschen werden verletzt. Unter den Ermordeten befinden sich zwei Frauen und ein Schuljunge. Sieben Streikführer lässt Chruschtschow durch seinen Staatsanwalt Rudenko, der ihm schon 1953 geholfen hatte, die ‚Berija-Bande‘ loszuwerden, zum Tode verurteilen. Aber auch in anderen Städten geht man ähnlich drakonisch vor, darunter in Alexandrowsk und Murom in der Wladimir-Provinz, wo auch einige Demonstranten den Tod finden. Chruschtschow schiebt die Schuld auf ‚örtliche Idioten‘, wie er sie nennt, die ‚angefangen haben zu schießen‘. (Angaben nach William Taubman, ebd., S. 518ff).

Wenn Chruschtschow tatsächlich ein ‚Kommunist‘ war, wie heute immer noch von kommunistischen Gruppen unverdrossen behauptet wird, warum ließ er auf Arbeiter schießen? Warum hat er dann ein Neulandprogramm auf den Weg gebracht, das unweigerlich scheitern musste und das der sowjetischen Wirtschaft Schaden zufügte? Kommunisten sind kluge, eng mit ihrem eigenen Volk verbundene Politiker, die auf die Stimme des Volkes hören, sie sind keine Abenteurer und schon gar nicht Leute,

die mit den Interessen der eigenen Bevölkerung Vabangue spielen und die wenn das Spiel verloren geht, auch noch dafür sorgen, dass es auch noch die Spielschulden bezahlt. Ein solches Verhalten ist typisch für westliche Politiker, aber nicht für gestandene und verantwortungsbewusst handelnde Kommunisten. Auch begeben sie sich nicht in die Abhängigkeit von imperialistischen Ländern und ihrer Finanzorgane, denn sie wissen ganz genau, dass sie dafür einen hohen Preis zu zahlen haben. Der Preis: der Verlust der Souveränität, das höchste Gut eines Staates, nicht nur eines sozialistischen.

Was ergibt sich daraus? Daraus ergibt sich, dass Chruschtschow kein Kommunist, sondern ein verantwortungsloser Spieler gewesen sein muss, der dem Westen mit seinem Neulandgewinnungsprogramm direkt in die Hände gearbeitet hat. Er hat hier auch nicht nur einen seiner üblichen ‚Fehler‘ begangen, wie oft behauptet wird, sondern er musste als Experte für Landwirtschaftsfragen, der er jahrzehntelang war, genau gewusst haben, was er tat, wie er es tat, warum er es tat und welche negativen Auswirkungen sein Handeln haben musste.

f)- Chruschtschow will das US-Landwirtschaftssystem in der Sowjetunion einführen

Konfrontiert mit dem Rückgang der Nahrungsmittelproduktion, zaubert Chruschtschow schon bald neue Wundermittel aus dem Hut: Erst einen extensiven Maisanbau selbst in Gebieten, die dafür gar nicht geeignet sind; als das nicht klappt, setzt er auf eine ebenso extensive Ausweitung des Einsatzes von Düngemitteln und auf die Ankurbelung der Chemieindustrie.

Wie Chruschtschow schon 1954 voring, um sein Maisprojekt flächendeckend durchzuziehen, beschreiben die Autoren Roy und Zhores Medwedjew so:

„Der nur sporadische Anbau von Mais im Jahre 1954 stellte Chruschtschow nicht zufrieden. Und obwohl die nötigen Saaten, Düngemittel, die Maschinen, die Silos, aber auch die Erfahrung im Umgang damit fehlten, brachte das Zentralkomitee auf Chruschtschows Drängen hin eine Direktive heraus, dass der Maisanbau substanziell in fast allen landwirtschaftlichen Gebieten ausgeweitet werden sollte. ... Sie wurden nun dazu aufgefordert, Mais und immer noch mehr Mais anzubauen. ... Das Ergebnis dieses Drucks war, schoss der Maisanbau (für Getreidesilage und als Futtermittel) drastisch in die Höhe schoss und etwa 18 Millionen Hektar erreichte.“

(Roy A. Medwedjew und Zhores A. Medwedjew, ‚Krushchev – The Years in Power‘, New York 1976, S. 64, meine Übersetzung aus dem Englischen).

Aber es war nicht nur dieser extensiver Maisanbau in Gegenden, die vom Klima her dazu ungeeignet waren, sondern auch noch etwas anderes, das Menschen mit gesundem Menschenverstand nur ein Kopfschütteln abverlangen kann: Chruschtschow war der Meinung, dass Brachland nicht zu sein brauche, dass ein Feld, dass sich im Sommer als Brache ausruht, ‚ineffizient‘ sei, dass man also auch dort bedenkenlos Mais anbauen könne. Was macht er also: 1962 startet er eine Kampagne, um zwei Drittel des Brachlands zu beseitigen. Die Felder werden mit Sonnenblumen und Mais angesät. Dieser Fehler sollte sich ein Jahr später bitter rächen, als eine Dürreperiode das Übrige tut und die Ernteergebnisse drastisch einbrechen.

Es blieb nicht bei dem Maisprojekt, das ganz offensichtlich der US-Landwirtschaft mit privaten Großfarmen nachempfunden worden war:

Bei Chruschtschows vierzehntägigem Besuch im September 1959 bei Eisenhower trifft er sich mit amerikanischen Großfarmern, darunter ein Großfarmer namens Roswell Garst aus Iowa, der dann nach Chruschtschows Besuch öfter nach Moskau kommen sollte, um sein Berater in Landwirtschaftsfragen zu werden, aber wohl auch um seine eigenen Maissaaten zu verkaufen. Sogar die polnische Regierung wird nun von dem Mais-Enthusiasten Chruschtschow bedrängt, extensiv Mais in Polen anzubauen. Die Folgen dieser ‚Beratungen‘ Chruschtschow-Garst sollten sich schon bald bemerkbar machen.

Dazu schreiben Roy und Zhores Medwedjew:

„Chruschtschow wollte nicht nur das amerikanische System übernehmen, in dem der Staat nur eine beratende Funktion ausübt, sondern noch darüber hinausgehen: Er reorganisierte das gesamte Regierungssystem, einschließlich die landwirtschaftlichen Ministerien, die großen und mittleren Agrarinstitute und Schulen sowie die Experimentier-Betriebe. ... Chruschtschow beschloss zum Beispiel, dass das Landwirtschaftsministerium nur noch Empfehlungen an die Kolchosen aussprechen durfte, die auf Experimenten und Beispielen beruhen mussten. ... Deshalb ordnete er an, dass das sowjetische Landwirtschaftsministerium Moskau verlassen musste, um sich in den ländlichen Gebieten anzusiedeln, wo es große Modellfarmen errichten sollte, eine Art von permanenter landwirtschaftlicher Ausstellung von überregionaler Bedeutung.“

(Ebd., S. 111, meine Übers.).

Das gesamte Fachpersonal musste also aus Moskau wegziehen und in eine Sowchose einziehen, die über 100 km von Moskau entfernt lag. Was er schon 1957 mit den Industrieministerien praktiziert hatte, machte er nun auch mit den Landwirtschaftsministerien: Er dezentralisiert, um ihre Weisungsbefugnisse einzuschränken, damit fernab solcher Weisungen Experimente zur Übernahme des

US-amerikanischen Landwirtschaftsmodells (Großfarmen schaffen, die vom Staat völlig unabhängig sind, die nur noch von staatlichen Agenten beraten werden) entstehen können.

Aber auch die Landwirtschaftsministerien in fast allen Republiken der UdSSR werden nun geschlossen. An ihre Stelle treten Direktoren von Kollektivwirtschaften. Aber auch damit nicht genug: Auch die Landwirtschaftsschulen, die landwirtschaftlichen Institute, Akademien und Technikerschulen müssen über Nacht per Dekret aufs Land ziehen. Die Kosten?

„Und das gesamte Programm für die Verlegung der Landwirtschaftsschulen und Institute aufs Land verschlang einen Betrag von nicht weniger als 50 Milliarden Rubel – mehr als der gesamte Etat der Regierung für die Landwirtschaft für mehrere Jahre.“

(Ebd., S. 115, meine Übers. aus dem Englischen).

Angesehene landwirtschaftliche Akademien sterben einen langsamen Tod, darunter die Timiriasjew-Akademie für Landwirtschaftsfragen. Im Jahre 1963, so die Medwedjew-Brüder, gibt es dort genauso viele Studenten wie Lehrende.

Ich verzichte diesmal auf die übliche Frage, ob ein wahrer Kommunist für solche Maßnahmen sein kann, ob er dafür sein kann, dass kapitalistische System der US-Landwirtschaft in einem sozialistischen Land einzuführen.

g)- Chruschtschow und die Chemieindustrie: Zu ihrer Finanzierung wird die Verschuldung ans kapitalistische Ausland wieder eingeführt

Als das Maisprojekt auch zu einem Flopp wird, setzt der sowjetische Parteichef und Ministerpräsident auf die Chemieindustrie zwecks Ankurbelung der Düngemittelproduktion, um so das Versorgungsproblem ‚endgültig zu lösen‘. Aber das erfordert naturgemäß große Investitionen und Geldmittel:

„Auf die für ihn typische Weise verordnete er eine atemberaubende Zielmarke für die sowjetische Chemieindustrie: Die Produktion von Düngemitteln sei bis 1970 auf 100 Millionen Tonnen anzuheben (eine fünffache Steigerung innerhalb von sieben Jahren). ... Chruschtschow kündigte sein unrealistisches Programm an, ohne sich mit den zuständigen Planbehörden abzustimmen und ohne die Lehren aus der Geschichte zu ziehen.“

(Ebd., S. 166f, meine Übers.).

Auch hier entscheidet er wieder wie ein russischer Zar. Da die Finanzierung dieses neuen Projekts aber die Möglichkeiten der Sowjetunion übersteigt, wendet sich Chruschtschow an das westliche Ausland, das sich diese Gelegenheit, auf die Geschicke der Sowjetunion Einfluss zu nehmen, natürlich nicht entgehen lässt:

Im Frühherbst 1964 erklärt sich die britische Regierung bereit, der Sowjetunion einen Großkredit in Höhe von 67 Millionen Dollar zu gewähren (für die damalige Zeit ein sehr hoher Betrag), mit dem die Sowjetunion in die Lage versetzt werden soll, ein Werk für die Herstellung von Polyester-Fasern zu bauen. Auch die japanischen Imperialisten werden rühmig: Fast zur gleichen Zeit ist auch Japan bereit, der UdSSR einen Kredit in Höhe von 10 Millionen Dollar einzuräumen, um den Kauf einer Düngemittelfabrik zu finanzieren. Dann folgt Frankreich und gewährt ebenfalls verschiedene Kredite, die sich auf mehrere hundert Millionen Dollar belaufen (vgl. Harry Schwartz, ebd., S. 201). Schwartz schätzt den sowjetischen Kreditbedarf in Westeuropa allein für die Jahre 1960 und 1961 auf jährlich 200 Millionen US-Dollar (Harry Schwartz, ebd., S. 200).

Die Sowjetunion ist unter Chruschtschow sogar bereit, einen Teil ihrer Goldbestände an das westliche Ausland zu verkaufen, um industrielle Ausrüstung und Getreide aus westlichen Ländern einzuführen. Goldbarren werden zum Londoner Goldmarkt transportiert:

„Die erste Lieferung bestand aus insgesamt 500 Tonnen Gold.“

(Roy A. und Zhores A. Medwedjew, ebd., S. 160, meine Übers.).

Diese Politik der Verschuldung an das westliche Ausland hat damals schon eine Entwicklung eingeleitet, die dann später unter Jelzin damit ihren Höhepunkt erreichen sollte, dass Russland zu einer Halbkolonie der USA wurde. Ein sozialistisches Land, das sich in die Fangarme von westlichen Großbanken begibt, gibt sich langfristig selbst auf, denn diese Kredithaie verfolgen mit ihrer Kreditpolitik gegenüber sozialistischen Ländern immer auch politische Ziele. Jeder Großkredit - und die DDR hat Anfang der achtziger Jahre mit den beiden Milliardenkrediten, die sie 1983 und 1984 bei bundesrepublikanischen Bankenkonsortien durch die Vermittlung von Franz-Josef Strauß aufnahm, selbst diese Erfahrung machen müssen - ist stets an eine Reihe von politischen Auflagen geknüpft. Nie vergibt man solche Geldmittel nur um der Zinsen willen, um also ein Geschäft zu machen, sondern man verfolgt in erster Linie das Ziel, einen größeren Einfluss auf die innere Entwicklung von bislang unabhängigen Ländern zu bekommen. Man versucht diese Unabhängigkeit schrittweise zu untergraben, und wenn es sich dann auch noch um sozialistische Länder handelt, die man nun am allerwenigsten mag, versucht man damit, den Sozialismus zu untergraben und ihn nach und nach auf das Gleis der kapitalistischen

Restauration zu führen. Das ist eine ganz alte Geschichte, die jeder Kommunist kennen sollte.

Welche politischen Zugeständnisse Chruschtschow damals bei seinen Kreditaufnahmen im Westen gemacht hat, wissen wir nicht, aber es ist schon merkwürdig, dass es Chruschtschow war, der immer wieder für eine weitreichende einseitige militärische Abrüstung eintrat (besonders nach Auslandsbesuchen) und der der Meinung war, man brauche eigentlich nur ein paar Raketen und die Atombombe, um das Land verteidigen zu können. Über eine Million sowjetischer Soldaten wurden schon gleich zu Beginn seiner Amtszeit entlassen, ohne dass er dafür irgendwelche Zugeständnisse aus dem Westen erhielt. Er gab einseitig die Luft- und Seestützpunkte auf der finnischen Halbinsel Porkkala an Finnland zurück, obwohl der Vertrag eine Laufzeit von fünfzig Jahren hatte und noch lange nicht abgelaufen war. Er zog die sowjetischen Truppen aus Finnland und Österreich ab, obwohl die Nato ihre Truppen keineswegs in Europa reduzierte. Dazu sein Biograf William Taubman:

„Zwischen 1955 und 1957 verringerte die UdSSR ihre Truppen um mehr als zwei Millionen Mann. Im Januar waren es weitere 300.000, und im Januar 1960 verkündete Chruschtschow eine weitere Reduzierung um 1,2 Millionen, einschließlich 250.000 Offiziere.“

(William Taubman, ebd., S. 379, Evangelista, ‚Why Keep Such an Army?‘, S. 4f zitierend, meine Übers.).

Solche Abrüstungsschritte wären verständlich gewesen, wenn der Kalte Krieg damals schon vorbei gewesen wäre. Aber er war in vollem Gang und die USA dachten gar nicht daran abzurüsten und ihre Stützpunkte abzubauen. Sie verfolgen weiterhin zielstrebig ihre Politik des containment, also der Zurückdrängung des Kommunismus an allen Fronten und kreisten die UdSSR immer mehr mit Stützpunkten ein. Warum machte Chruschtschow dann all diese Zugeständnisse? Wurden diese Zugeständnisse durch den Westen erpresst? Ließ Chruschtschow sich dazu erpressen oder war er von vorneherein dazu bereit, weil er von Anfang an das Spiel des Westens mitspielte? Das Letzte scheint der Fall gewesen zu sein:

Der US-Senator Hubert Humphrey damals über Chruschtschow nach einem Moskau-Besuch und einem achtstündigen Gespräch mit Chruschtschow im Jahre 1958:

„Dies ist ein Mann, der sehr stark auf unserer Linie liegt. ... Genau der Mann, mit dem Ike (gemeint der damalige Präsident Eisenhower – Verf.) Business machen kann.“

(Ebd., S. 408.).

Es gab sozialistische Staaten, die die Gefahr der Untergrabung ihrer nationalen und staatlichen Souveränität durch Kreditaufnahmen im westlichen Ausland klar erkannt haben. In der albanischen Verfassung zum Beispiel war die Aufnahme von Krediten im Ausland strikt untersagt, und auch die Sowjetunion unter Stalin strebte die finanzielle Autarkie an, obwohl es in der sowjetischen Verfassung von 1936 kein Verbot von Kreditaufnahmen im Ausland gab. Kredite wurden aber in der Praxis nur von eigenen Banken, meist von der Staatsbank vergeben, wenn dies ausnahmsweise einmal notwendig war, um Betrieben, denen es nicht so gut ging, zu ermöglichen, bestimmte Projekte zu finanzieren. Ansonsten erhielten diese die nötigen Investitionsmittel vom Staat kostenlos zur Verfügung gestellt. Die Zinslast war gering, im Unterschied zu den sehr hohen Zinsen, die westliche Banken oder der Internationale Währungsfonds heute in der Regel verlangen. Eine staatliche Verschuldung gab es in Stalins Sowjetunion nur an die eigene Bevölkerung, wenn diese Ersparnisse deponierte, von denen dann der Staat gegen einen niedrigen Zinssatz Gebrauch machen konnte, um dieses Geld arbeiten zu lassen. Auch untereinander durften sich Betriebe keine Warenkredite gewähren. Das war streng untersagt. All dies änderte sich dann grundlegend vor allem nach Einführung der Großen Wirtschaftsreform unter Breschnew und Kossygin, den Nachfolgern Chruschtschows, im Jahre 1965.

Nikolai Bucharin war schon in den dreißiger Jahren dafür eingetreten, das Kreditwesen in der UdSSR auszuweiten, und er gab bei seinem Prozess im März 1938 freimütig zu, dass dies Teil des Programms der Opposition war, um den Kapitalismus in der Sowjetunion zu restaurieren. Chruschtschow folgte auch hier seinem ‚Führer‘, wie er Bucharin in seinen ‚Erinnerungen‘ nennt. Und wieder stellt sich die Frage: Kann man jemand als Kommunist bezeichnen, wenn er bereit ist, die eigenen Goldbestände ans westliche Ausland zu verschachern und die Unabhängigkeit seines Landes aufs Spiel setzt? Kann man ihn als Kommunist bezeichnen, wenn er bereit ist, sich durch umfangreiche Kreditaufnahmen in kapitalistischen Ländern in deren Abhängigkeit zu begeben? Und kann man ihn als Kommunist bezeichnen, wenn er das auch tut, um bestimmte Lieblingsprojekte, wie das Maisprojekt oder das Düngemittelprojekt zu finanzieren – Projekte und Experimente, die dann meist nach einer kurzen Zeit zum Scheitern verurteilt waren und wieder aufs Eis gelegt wurden? Sind Kommunisten Spieler, die mit den Interessen des eigenen Volkes spielen und die, wenn das Spiel verlorengeht, ihm die Spielschulden aufdrücken? Diese Methoden erinnern stark an die Machenschaften von Hedge Fonds-Besitzern, die wie Heuschrecken über gut gehende Industriebetriebe herfallen, sie aufkaufen und sie gewinnbringend wieder verkaufen, oder an die Methoden des Währungsspekulanten George Soros oder an die von Goldman & Sachs, die mit ganzen Staaten und Volkswirtschaften spielen (Beispiel Griechenland) und sie zugrunde richten. Die

Zeche hat immer die jeweilige Bevölkerung zu tragen. Sie zahlt mit dem Verlust von Renten oder mit Entlassungen.

In diese Gesellschaft hätte der Spieler Chruschtschow gut hineingepasst.

Zusammenfassung der Ergebnisse:

Zunächst muss festgestellt werden, dass die ausgewählten Maßnahmen nur einen Teil dessen ausmachen, wofür Chruschtschow eintrat. Die Aufzählung ist bei weitem nicht vollständig. Es hätten noch viele andere Maßnahmen genannt werden können, darunter zum Beispiel die Stärkung der Rechte und Kompetenzen der Betriebsdirektoren, die unter Chruschtschow zu Managern westlicher Prägung wurden, was hier nur angerissen wurde, darunter seine Bankenreform, die zur Abschaffung der im Jahre 1932 geschaffenen vier Investitionsbanken führte (sie wurden durch eine Aufbaubank, auch Stroibank genannt, ersetzt), darunter seine Währungsreform aus dem Jahre 1961, durch die der Rubel so stark aufgewertet wurde, dass die Kaufkraft der Löhne einbrach, darunter sein Wohnungsbauprogramm, seine Schulreform, seine Kulturpolitik, seine Wissenschaftspolitik, seine Außenpolitik, seine Parteireform, wodurch die KPdSU zweigeteilt wurde: in einen Sektor für die Industrie und in einen anderen für die Landwirtschaft, und vieles mehr.

Aber die aufgeführten Punkte deuten alleine für sich genommen schon auf Folgendes hin:

Chruschtschow führte die sozialistische Sowjetunion nach dem Tode Stalins von ihrer Entwicklung hin zum Kommunismus, der damals auf der Tagesordnung stand, weg und entfernte und entfremdete den sowjetischen Sozialismus von ihm mit den Jahren immer mehr. Ja mehr noch: Der sowjetische Sozialismus wurde zunehmend krisenanfälliger, geriet an mehreren Stellen aus den Fugen; die hohen Wachstumsraten, die noch unmittelbar nach dem Krieg erzielt wurden, blieben jetzt aus; die sowjetische Landwirtschaft taumelte von einer Krise in die andere; die landwirtschaftliche Produktion stagnierte nicht nur, sondern ging zurück; eine gesamtstaatliche Planung war kaum noch möglich, weil die Chruschtschowsche Verwaltungsreform und die ständigen Eingriffe in den laufenden Plan mit immer neuen Programmen dies gar nicht mehr zuließen; die staatliche Plankommission Gosplan verlor an Einfluss, wurde von einem mächtigen Staatsorgan zu einem bloßen Beratungsorgan degradiert; die Warenzirkulation nahm nach der Abschaffung der MTS in riesigem Ausmaße zu, da mit Produktionsmitteln wieder Handel getrieben werden durfte, diese erhielten wieder den Status von Waren wie im Kapitalismus; die sowjetischen Kollektivwirtschaften entzogen sich der gesamtstaatlichen Planung

immer stärker, und die privaten bäuerlichen Wirtschaften erhielten einen immer größeren Stellenwert. Privat arbeitende Firmen erledigten jetzt in der Landwirtschaft bestimmte Hilfsdienste. Dazu kam der sich entwickelnde Schwarzmarkt, der geduldet und nicht mehr bekämpft wurde; die Korruption nahm zu...

Die Sowjetunion verlor auch außenpolitisch angesichts dieser inneren Rückschläge an Einfluss und war gezwungen, sich in wichtigen Fragen den USA zu beugen.

Und auch in der kommunistischen Bewegung verlor sie an Autorität. Es kam zur Spaltung dieser Bewegung, worauf aber an dieser Stelle nicht näher eingegangen werden kann.

Es kam zum Bruch mit Peking...

DKP

***Miclas Lacorn:* Kurzbericht vom diesjährigen UZ- Pressefest**

Vom 1. bis zum 3. Juli fand in Dortmund nun das zweite Pressefest unter der Leitung des neuen, fortschrittlicheren DKP-Parteivorstandes statt. Mit dabei war in diesem Jahr auch die Rote Fahne – die Zeitung der KPD – und die offen-siv (beim Stand der Roten Fahne). Die KPD selbst durfte nicht als Partei auftreten. Es galt ein „Parteienverbot“, was natürlich nicht für die Partei „DIE LINKE“ galt. Auf der Hauptbühne hieß es u.a., dass der Antritt der DKP zu Wahlen die Wahl der Partei „DIE LINKE“ unterstütze

Inhaltlich hat es in diesem Jahr geklappt, dass das DDR-Kabinett Bochum gemeinsam mit der GRH ein eigenes Zelt, das Ernst-Thälmann Zelt, organisierte. Höhepunkt war der Auftritt des Genossen Oleg Musyka, einem Überlebenden des faschistischen Massakers in Odessa vor zwei Jahren. Er berichtete über die Entwicklung im Osten der Ukraine, die von einer Protestbewegung ausging und zu einem eigenen Staat wurde. Als Moderatorin war die Genossin Dagmar Henn – Herausgeberin der deutschen Vineyard-Saker Blogs (www.vineyard-saker.de) – vorgesehen. Dies verbat

sich jedoch der PV der DKP, indem er dem DDR-Kabinett Bochum damit drohte, die freundschaftliche Beziehung aufzukündigen.^{11*}

Weitere Schwerpunkte lagen auf dem Referat von Klaus Hartmann – Vorsitzender des deutschen Freidenker Verbands – zum Thema „Raus aus der Nato“, sowie einem Bericht von Dieter Feuerstein über seine Tätigkeit als Kundschafter für den Frieden und einer Diskussion über das Rechtssystem der DDR mit Hans Bauer, dem ehemaligen stellvertretenden Generalstaatsanwalt der DDR.

Einen Großteil der Veranstaltungen kann in Kürze unter <http://pressefest-2016.buchenwald-gedenken.de> angesehen werden.

Organisatorisch hat es geklappt, dass die GenossInnen der KPD 400 Rote Fahnen verteilen. Dies war gerade möglich durch den Einsatz der jungen Genossen der neu gegründeten KPD-Sektion in NRW. Der Erlös des Verkaufs der offen-siv auf dem Stand der Roten Fahne zeigt, dass die offen-siv auch in DKP-Kreisen gelesen und geschätzt wird.

Allgemein hat das Wochenende wieder gezeigt, wie wichtig der Kampf für den Frieden ist, der jedoch mit klaren Positionen und einer breiten Bündnisfront geführt werden muss.

Zudem bleibt uns die Hauptaufgabe, die Gerd Hommel – Vorsitzender des Revolutionären Freundschaftsbundes – betonte, nämlich die Einheit der KommunistInnen.

Die Frage bleibt nur, welchen Anteil die DKP-Führung daran haben wird mit ihrer aktuellen Strategie, erst die Parteilinken durch die Parteirechten ausschließen zu lassen, um dann bei der Masse der zentristischen Parteimitglieder eine weiße Weste zu haben, um die Parteirechte auszuschließen zu dürfen.

So wie ein „Volk die Regierung hat, die es verdient (Brecht)“, hat eben auch die Parteimitgliedschaft eine Leitung, die sie verdient.

Ein weiteres Beispiel für die Taktik in DKP-Kreisen zeigt die Persönliche Erklärung zum Pressefest von Werner Seppmann auf ...

¹¹ Gegen Dagmar Henn läuft ein Parteiausschlussverfahren. Ihr wird vorgeworfen sie propagiere auf dem Vineyard-Saker-Blog Nationalismus und Fremdenfeindlichkeit. Allein die Beiträge von Dagmar in der offen-siv 06/15 belegen die Falschheit dieses Vorwurfes und damit die nicht vorhandene Fähigkeit in großen Teilen DKP wissenschaftlich-dialektisch zu denken.

Werner Seppmann: Persönliche Erklärung zum UZ- Pressefest am 2. Juni 2016 in Dortmund

Vorbemerkung der Redaktion: Wir dokumentieren hier die persönliche Erklärung von Werner Seppmann, die er beim Pressefest der UZ in Dortmund verteilt hat. Für ein ausführlicheres Bild der Zusammenhänge haben wir die Austrittserklärung Werner Seppmanns aus der DKP vom Dezember 2009 beigefügt (d. Red.).

Liebe Genossinnen und Genossen!

Ich bin euch eine Erklärung schuldig!

Vor 2 Jahren, während des letzten *UZ-Festes*, habe ich während einer Podiumsveranstaltung in der Eissporthalle meinen Wiedereintritt in die *DKP* erklärt¹².

¹² Werner Seppmann war am 10. 12. 2009 aus der *DKP* ausgetreten. Hier sein damaliges Begründungsschreiben:

*„Liebe Genossinnen und Genossen,
durch die Zuspitzung eines schon lange schwelenden Konfliktes bin ich aus der *DKP* ausgetreten. Die Zensur eines Textes von mir, durch die Redaktion der *Marxistischen Blätter*, war nur noch die letzte Episode in einer langen Reihe von Versuchen, eine notwendig gewordene Diskussion zu verhindern.*

Ich habe nicht meine Gesinnung verändert, jedoch um ihr treu zu bleiben, war dieser Schritt notwendig.

Nachfolgen meine Begründung für den Parteiaustritt, deren Verbreitung erwünscht ist.

Mit solidarischen Grüßen, Werner Seppmann

Persönliche Erklärung

*Am 1. Dezember bin ich aus der *DKP* ausgetreten. Dieser schmerzhaft Entschluß, war die Konsequenz einer zweijährigen, quälenden Auseinandersetzung, mit nicht selten geradezu absurden Dimensionen.*

*Im Kern geht es darum, dass einflußreiche Kräfte in der Partei einen weltanschaulichen Kurswechsel durchzusetzen versuchen, bzw. diesen zumindest billigend in Kauf nehmen. Vorrangiges Exerzierfeld sind die Kulturseiten der *UZ*, auf denen seit einigen Jahren Positionen des „bürgerlichen Vandalismus in der Kultur“*

(Rosa Luxemburg) mit Nachdruck in den Vordergrund gerückt werden und aller Versuche, über die Angelegenheit zu diskutieren, abgeschmettert werden.

Es ginge, so ist zu hören, um eine „Öffnung“ gegenüber „neuen Formen“ in Kunst und Kultur. Die Absicht ist es wohl, neue Kreise anzusprechen. Im Prinzip eine begrüßenswerte Sache, wenn darunter die Suche nach ästhetischen Prinzipien verstanden würde, die einer progressiven Kulturpolitik dienlich sein könnten.

Dieser Suchprozeß müßte natürlich kollektiven Charakter haben und durch intensive Diskussionen geprägt sein. Das wird jedoch – koste es was es wolle - mit allen Mitteln verhindert, bzw. auf abseitige Spielwiesen abgedrängt.

Zur Durchsetzung des kulturpolitischen Kurswechsels werden seit ungefähr 3 Jahren (vornehmlich in der UZ) die zahlreichen und äußerst umfangreichen Beiträge von Frau Sastra exklusiv präsentiert: In immer neuen Anläufen werden von ihr unreflektiert zentrale Positionen des herrschenden Kulturbetriebs propagiert. Als Mustergültig (und von unüberschreitbarer „Progressivität“) sollen beispielsweise Theaterinszenierungen sein, bei denen (ohne dramaturgische Notwendigkeit) auf der Bühne geschissen und gekotzt wird. Als eine progressive Intervention sollen wir es auch akzeptieren, wenn ein Event-Künstler (per Video-Einspielung) onanierende Strichjungen präsentiert.

Frau Sastra behauptet, dass dies hinreichende Beschäftigungen mit dem „Hässlichen der Wirklichkeit“ und den „herrschenden Widersprüchen“ wären.

Über all dies könnte man ja (vielleicht sogar produktiv) diskutieren! Aber genau diese Diskussion wird systematisch verhindert. Wesentlichen Kritiken sind von der UZ nicht abgedruckt worden - obwohl viele der ästhetischen Positionen, die Frau Sastra vertritt, unsere weltanschaulichen Grundlagen mit Füßen tritt. Auch ihre Versuche einer systematischen Desorientierung der Leserinnen und Leser wird von der UZ-Redaktion stillschweigend in Kauf genommen.

Hinzu kommt, dass Frau Sastra, um ihren Positionen zumindest einen Schein von Plausibilität zu verleihen, manipuliert und verschleiert, Gegenpositionen entstellt und zitierten Aussagen oft den entgegengesetzten Sinn entstellt: Meine Sastra-Kritik im Heft 6/09 der Marxistischen Blätter listet einiges davon auf.

Meine vielfältigen Versuche, eine Diskussion in Gang zu setzen, sind mit allen Mitteln zu verhindern versucht worden. Die Liste der Maßnahmen, um die notwendige Auseinandersetzung um unsere weltanschaulichen Grundlagen zu verhindern, ist lang – und für die Partei beschämend. Sie schließt den Versuch eines Mitglied des PV ein, bei einer öffentlichen Veranstaltung über Kulturfragen, mich am Reden zu hindern und hat noch lange nicht darin ihren Endpunkt gefunden, dass trotz einer zweiseitigen Entstellung meiner ästhetischen Positionen in der UZ, mir keine Gelegenheit zur Antwort gegeben wurde.

Aber damit nicht genug: Mit großem Aufwand haben tonangebenden Mitglieder des Kulturpolitischen Arbeitskreises der Partei auch zu verhindern versucht, dass ich meine Position auf dem Kulturpolitischen Forum der DKP im Frühjahr 2008 darstellen konnte. Es bedurfte des Parteiaustritts von Thomas Metscher (der nicht der einzige im Zusammenhang mit dem kulturpolitischen Kurswechsel der DKP war!), um diesen Widerstand zu brechen. Thomas ist zwar aufgrund von Zusagen wieder in die Partei eingetreten. Die Zusicherung, dass über die skandalösen Zustände vorbehaltlos und parteioffiziell diskutiert wird, ist jedoch nicht eingehalten worden!

Die Reihe der Diskussionsverhinderungsmaßnahmen findet ihren seinen traurigen Höhepunkt in einer aktuellen Zensurmaßnahme der Redaktion der Marxistischen Blätter: Mein Diskussionsbeitrag im aktuellen Heft ist (ohne es mit mir abzusprechen!) von der Redaktion so entstellt worden, dass seine eigentliche Zielrichtung und Absicht den Leserinnen und Lesern unverständlich bleiben muß: Es soll verschleiert werden, dass durch die redaktionelle Praxis der UZ nicht nur der Propaganda anti-emanzipatorischer Kunstpositionen Vorschub geleistet, sondern auch eine dringend erforderliche Beschäftigung mit den Prinzipien und Perspektiven einer progressiven Kulturpraxis verhindert wird. Fehlt ein solcher Hinweis, entsteht der Eindruck, es ginge vorrangig um Frau Sastra. Aber tatsächlich ist sie nur ein Mittel zum Zweck eines weltanschaulichen Orientierungswechsels. In gewisser Weise selbst Opfer der Manipulationsstrategien, denn selbstbestimmte Akteurin.

Mittlerweile denke ich nicht mehr, dass diese Entwicklung nur ein amoklaufender Kultur-Redakteur der UZ zu verantworten hat, der den Beiträgen einer Autorin eine Monopolstellung verschafft hat, die in immer neuen Anläufen, die Leserinnen und Leser hinters Licht führt, um substanzlosen bürgerlichen Modernismus, als eine Form progressiver Ästhetik in unsere Diskussionen einzuschmuggeln versucht, sondern Ausdruck einer Tendenzen ist (die von Teilen der Führung – so muß ich nun annehmen - unterstützt wird), die Partei weltanschaulich zu „öffnen“ (was immer man sich darunter auch vorstellen mag!)

Verlässliche Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen (wie beispielsweise Cristina Fischer) sind von den Kulturseiten der UZ systematisch verdrängt worden. Weder Thomas Metscher noch ich, sind in den letzten Jahren zur Mitarbeit aufgefordert worden. Den Abdruck meines dann doch noch realisierten Redebeitrages auf dem letzten Kulturforums der DKP, hat der Kulturredakteur der UZ zu verhindern versucht.

Ich habe 2 Jahre mit allen Mitteln und auf allen Ebenen gegen den Orientierungswechsel (der faktisch eine weltanschauliche Selbstaufgabe ist) gearbeitet. Mir sind wiederholt Zusagen gemacht worden, die allesamt nicht eingehalten wurden. Stattdessen wurden triumphalistisch wieder, und immer wieder, die fragwürdigen Positionen von Frau Sastra (oft auf UZ-Doppelseiten) präsentiert.

Der zustimmende Beifall war eine bestätigende Ermutigung für mich.

Der Bereitschaft zum Wiedereintritt war ein Gespräch mit dem Genossen Köbele in der Partei-Zentrale vorausgegangen. Er hatte die Initiative für dieses Treffen ergriffen.

Er sagte mir bei der Gelegenheit, dass er es begrüßen würde, wenn ich wieder in die Partei einträte.

Der ganzen Geschichte wäre vielleicht mit großem Gleichmut zu begegnen, wenn sie nicht symptomatisch für die Tatsache wäre, welche Schwierigkeiten die Partei hat, notwendigen Diskussionen in der gebotenen Offenheit und Konsequenz zu führen. Dadurch kann sich ein herrschender Eindruck der Orientierungslosigkeit nur noch verstärken. Ursprünglich hatte ich die Partei anders erlebt: Als Organisation der Diskussion und der solidarischen Suche nach den richtigen Antworten und Wegen.

Meine Sastra-Replik in den Blättern 6/2009 war der letzte Versuch eine Diskussion über den weltanschaulichen Putsch auf den Kulturseiten der UZ in Gang zu setzen. Dass es sich um einen solchen handelt, hat mir ein von uns allen verehrter, und in weltanschaulichen Fragen versierter Genosse bestätigt: Er stimme mir zu, hier werden Positionen vertreten, die mit unseren weltanschaulichen Grundlagen unvereinbar sind. Seinen Vorschlag, ein Papier zu verfassen, in dem das zum Ausdruck gebracht wird, hat er jedoch leider bisher nicht umgesetzt.

Für mich bleibt nur, die schmerzhaften Konsequenzen ziehen. Ich bleibe nicht Mitglied einer Kommunistischen Partei, in der die Diskussion über einen weltanschaulichen Kurswechsel (der die Propagierung antihumanistischer- und antiemanzipatorischer Orientierungen einschließt, wie selbst mein verstümmelter Text in den aktuellen Blättern immerhin noch deutlich werden lassen dürfte) systematisch verhindert wird – und zwar mit allen Mitteln und ohne Rücksicht auf Verluste. Welche Konsequenzen ich ziehen würde, wenn die Diskussion weiter verweigert wird, war allen beteiligten bewusst. Sie haben die Entwicklung billigend in Kauf genommen!

In bin zutiefst überzeugt, dass eine Kommunistische Partei, die (gerade in Zeiten, in der sie aus objektiven Gründen, jedoch auch aufgrund eigener Fehler, weitgehend wirkungslos ist) sich der Diskussion weltanschaulicher Grundfragen verweigert, ihre historische Existenzberechtigung aufs Spiel setzt – obwohl sie doch so nötig gebracht wird wie selten!

*Um nicht missverstanden zu werden: Ich habe nicht die Präjudizierung einer bestimmten Positionen, sondern eine vorbehaltlose Diskussion gefordert. Wie dargelegt, ist dies Selbstverständliche mit großem Aufwand verhindert worden.
Gelsenkirchen, den 10. Dezember 2009*

Dieser Bitte bin ich um so bereitwilliger gefolgt, als in der Zwischenzeit sich die Kräfteverhältnisse in der *DKP* geklärt hatten und die revisionistischen Kräfte nur noch eine Minderheit repräsentierten.

„Ordnungsgemäß“ hatte ich nach meiner Ankündigung einen Aufnahmeantrag in die Partei gestellt. Auf mein Schreiben habe ich keine Antwort erhalten. Um ein Versehen handelt es sich dabei nicht, weil Mitglieder des Parteivorstandes von besorgten Genossen (ohne mein Wissen) auf diesen „eigenartigen“ Vorgang angesprochen wurden. Sie waren also darüber informiert.

Bei meinem Gespräch mit dem Genossen Köbele hatte ich auch meine Bereitschaft erklärt, wieder bei den *Marxistischen Blättern* mitzuarbeiten. Mit dem Chefredakteur hatte ich daraufhin als „Wiedereinstieg“ zwei Beiträge vereinbart. Nach deren Übersendung wurde mir deren unverzügliche Veröffentlichung zugesichert. Ohne weitere Begründung ist dies nicht erfolgt!

Es haben sich also ein weiteres Mal die Kräfte durchgesetzt, deren geistespolizeiliche Absichten Lucas Zeise in seiner Eigenschaft als damaliger Vorsitzender der Marx-Engels-Stiftung mit den Worten ausgedrückt hat:

„Seppmann muß daran gehindert werden, seine Theorien verbreiten zu können.“

Das war eine Stimme einer Minderheitenfraktion in der *Marx-Engels-Stiftung* – die sich jedoch als durchsetzungsfähig erwiesen hat. Schon während meiner aktiven Zeit in der *MES* hat sie systematisch versucht (und es auch geschafft!) mich von Veranstaltungen der *MES* auszuschließen – und zwar aus „bündnispolitischen“ Gründen, wie sie es nannten.

Der Tiefpunkt dieser Aktivitäten war eine Veranstaltung zu den sogenannten „Neuen sozialen Bewegungen“, bei der ausdrücklich auf die Artikulation marxistischer Positionen verzichtet werden sollte! Vermeintliche „Bündnispartner“ sollen nicht „überfordert“ werden, lautete die Begründung. Die Veranstaltung fand dann doch nicht ganz ohne Marxistinnen und Marxisten statt, wurde aber von den *MES*-Mitgliedern gemieden.

In diesen Akten inhaltlicher Selbstaufgabe drückte sich die Absicht dieser Fraktion aus, bei der Arbeit der Stiftung vorrangig nur „moderierend“ tätig zu sein. Marxistisches Orientierungswissen wurde dabei als störend angesehen. Folgerichtig wurde von einem Vertreter dieser Gruppe gefordert, die klassentheoretische Sichtweise zu relativieren und aus politischen Opportunitätsgründen Konzessionen an irrationalistische Positionen zu machen. Widersprochen wurde ihm damals nicht!

Dass ich nun aber doch zu der heutigen Diskussion über Auswirkungen der Computerisierung in der Arbeitswelt und zu einer Diskussion über Marxismus und

Kunst (heute um 16 Uhr im Rahmen des Kunstmarktes) eingeladen wurde, spricht dafür, dass es immer noch Kräfte in der Partei gibt, die sich den Kurs der Selbstaufgabe widersetzen.

Das läßt zumindest hoffen!

Werner Seppmann, 2. Juni 2016

Brigitte K.: Offener Brief an Patrick Köbele

Lieber Patrik,

ich komme nicht umhin, dein Schreiben¹³ heuchlerisch zu finden. Du wirfst Miclas vor, in aller Öffentlichkeit die Genossen mit Schmutz zu bewerfen. Hier haben wir mal wieder den Fall, dass der Überbringer der Nachrichten zum Sündenbock gemacht wird und derjenige, dem die Vorwürfe gelten, in keiner Weise behelligt wird. Das alles ist so widerlich, dass es kaum zu beschreiben ist. Miclas ist erst an die Öffentlichkeit gegangen, nachdem all unsere Versuche, den damaligen Vorfall in der Partei zu diskutieren, zunichte gemacht wurden. Ich z. B. habe in Berlin Wera angesprochen und sie um einen Termin vor dem der Frauenkommission gebeten, um mit ihr die Sache durchzusprechen. Sie hatte nichts Eiligeres zu tun, als die Fam. Beltz anzurufen und sich deren Sicht der Angelegenheit zu eigen zu machen. Mich hat sie noch nicht einmal eines Anrufes für wert befunden. Sabine und ich führen also zur Tagung der Frauenkommission und Wera war noch nicht einmal wie zugesagt vor Ort. Was ist das für ein Umgang mit Genossinnen? Hier beginnt es doch. Voller Scheinheiligkeit wurden dann Miclas und ich vor die Schiedskommission zitiert um uns dort sagen zu lassen, das Mirko D. Vorgehaltene sei nicht Sache der Schiedskommission, sondern bilde einen „Straftatbestand“. Allerdings das Gedicht von Miclas sei wirklich schlimm.

¹³ Gemeint ist folgendes Schreiben an Miclas Lacorn: „Lieber Genosse Miclas, ich teile Dir hiermit mit, dass Du bei der Tagung des Parteivorstands nicht als Mitglied der Geschichtskommission des Parteivorstands bestätigt worden bist. Das Ganze geht auf einen Antrag zurück, den ich gestellt habe. Ich habe Ihn mit der Veröffentlichung Deines Artikels in der jüngsten Ausgabe von offen-siv begründet. Ich habe in etwa ausgeführt, dass, wer so mit Internas seiner Partei umgeht, wer seine Partei so mit Schmutz bewirft, wer so Dinge an die Öffentlichkeit trägt, der verfügt nicht über genügend Solidarität und Loyalität zu und mit seiner Partei, um in einer Kommission des Parteivorstands mitzuarbeiten. Viele Grüße, Patrik Köbele“

Wie soll ich Aussagen der Partei zur Position der Frau noch ernst nehmen? Du, Patrik, bist seinerzeit zu unserer Freude angetreten und hast die Parteiführung übernehmen können. Was aber ist aus allen Hoffnungen geworden? Keine klaren Worte zu Antikommunisten in der Partei, diese lasst Ihr gewähren. Es bildet sich ein Sumpf von Seilschaften aus der SDAJ, die niemanden sonst in irgend eine Position kommen lässt. Es sind Kleinbürger reinsten Kalibers, die die Partei dominieren. Jedwedes Klassenbewusstsein wird ängstlich gedeckelt, man könnte ja Vorwürfe gemacht bekommen. Worthülsen werden losgelassen, die sich in keinsten Weise mit Inhalt füllen dürfen, Pseudoradikalität ist an Stelle von Klassenkampf getreten.

Und die Haltung gegenüber frauenfeindlichem Benehmen nicht nur in Gießen, sondern, wie wir feststellen müssen, in der ganzen Partei unterscheidet sich in nichts von dem Verhalten solch repressiver Organe wie Gerichten und Kirchen. Nein, diese sind tatsächlich fortschrittlicher in der Aufarbeitung solcher „Kavaliersdelikte“.

Der Umgang miteinander in der DKP (Gießen) ist unsolidarisch und von taktischen Erwägungen bestimmt. Genau das aber wird Miclas vorgehalten. Wie kommst Du zu dieser Frechheit? Würde einmal genau hingeschaut, könnte gesehen werden, wie die ganze Gießener Parteiarbeit zugunsten der Auftritte im Parlament zusammengebrochen ist, wie von M. Beltz unliebsame GenossInnen beschimpft werden als „Arschloch“ usw. Natürlich „ist das alles nicht wahr“. Nicht wahr ist anscheinend auch, dass sich die Mitgliederversammlung in Gießen nach Untersuchung der Vorfälle an die Schiedskommission wandte, um dort (gegen den Willen von M. Beltz) die Verfehlungen von M. D. untersuchen zu lassen. Das wurde aus „formalen“ Gründen abgelehnt. Ist das Kommunisten würdig?

Hauptsache, man ist im Parlament und kann dort seine launigen (manche sagen auch peinlichen) Reden halten und jedem Handschlag durch die SPD oder Gewerkschaftsbonzen entgegen hecheln. Das wird gefeiert und daher ist man auch nicht angreifbar. Die Sachen sind bekannt, auch euch im PV. Für euch ist ein M. Beltz oder auch ein Mirko D. egal wie er sich aufführt, aus taktischen Erwägungen wertvoller, daher muss Miclas der Schuldige sein.

Gerne kannst du mich jetzt aus der Frauenkommission ausschließen, besser noch durch eine Frau ausschließen lassen. Das stört mich auch nicht mehr, wenn die Rechte der Frauen so mit Füßen getreten werden, ist das nur konsequent.

Leun, 4.7.2016, Brigitte K.

Fernstudium

Frank Flegel: Bericht vom zweiten Seminar des gemeinsamen marxistisch-leninistischen Fernstudiums von KPD und offen-siv

Beim zweiten Seminar ging es um weitere Schritte zum Thema Grundlagen der politischen Ökonomie des Kapitalismus. Das erste Seminar hatte, was die Ökonomie angeht, nach der Analyse der Ware inkl. der Probleme von abstrakter und konkreter Arbeit, den Wertformen und des Geldes geendet mit der Darstellung der allgemeinen Formel des Kapitals, also der Formel

$G - W$ (Produktionsmittel und Arbeitskraft) ... Produktion ... $W' - G'$, wobei sich hinter W' nicht nur neue Waren verbergen, sondern in der Summe auch eine Größere Wertsomme, also $G' > G$.

Dazu gehörte die Frage der Ausbeutung, also Kauf und Verkauf der Arbeitskraft, Wert und Gebrauchswert der Arbeitskraft.

Nun, beim zweiten Seminar, ging es weiter mit den konkreten Ausformungen der allgemeinen Formel, also fixes und zirkulierendes Kapital, konstantes und variables Kapital, Mehrwertrate und Profitrate, Formen der Mehrwertproduktion (absoluter und relativer Mehrwert), dann die Verwandlung von Mehrwert in Kapital, also das allgemeine Gesetz der kapitalistischen Akkumulation, dabei mit großem Augenmerk auf die Konzentration und Zentralisation des Kapitals und die Bildung der industriellen Reservearmee, also die dem Kapitalismus innewohnende strukturelle Arbeitslosigkeit. Danach machten wir uns mit dem Extraprofit vertraut und mit den Resultaten der Jagd nach diesem und kamen zum Gesetz des tendentiellen Falls der Profitrate. Dabei betrachteten wir die Entstehung des Kapitalfetisches, also der Illusion, dass Kapital Wert schaffend sei. Schließlich betrachteten wir die Herausbildung des Monopolkapitalismus und Lenins Imperialismustheorie, diese sehr intensiv und genau.

Die Teilnehmer/innen hatten zwischen den Seminaren die ihnen mitgegebenen Leitfragen beantwortet und an mich zurückgesandt, so dass Norbert und ich zu Beginn des zweiten Seminars eine konkret auf die noch vorhandenen Unklarheiten, Fragen oder Missverständnisse zugeschnittene Wiederholung durchführen konnten.

Es waren knapp 30 Teilnehmer/innen anwesend, fünf hatten sich im Vorfeld wegen Krankheit entschuldigt, vier hatten unentschuldigt gefehlt, alle vier haben sich aber

nachträglich gemeldet, um Entschuldigung dafür gebeten sich nicht im Vorfeld gemeldet zu haben und uns ihrer weiteren Teilnahme versichert.

Das Klima war wieder sehr aufmerksam, es gibt eine hohe Disziplin, die ich an zwei Beispielen verdeutlichen will. Zwei Teilnehmer, die beim ersten Seminar bei der Festlegung des Termins für das zweite Seminar gesagt hatten, dass sie zu diesem Termin verhindert wären (wir haben den Termin trotzdem genommen, weil bei allen anderen Möglichkeiten noch mehr Genossen/innen nicht hätten kommen können), haben ihre Teilnahme trotzdem möglich gemacht, ihre anderweitigen Verpflichtungen also verschoben. Und genau so war es auch mit Norbert, meinem Mitreferenten und Mitorganisator: Wir haben für das nächste, also das dritte Seminar das Wochenende 24./25. September festgelegt, weil dort nur ein Teilnehmer nicht kann, an allen anderen möglichen Terminen waren aber jeweils sieben bis neun Teilnehmer/innen verhindert. Wir haben diesen Termin nach eingehender Überlegung festgelegt, weil dort nämlich neben dem einen Genossen, der verhindert sein wird, ausgerechnet Norbert nicht zur Verfügung stand, ich das Seminar also hätte alleine bestreiten müssen. Aber wie es so ist: Norbert hat einige Termine und seinen Urlaub umgelegt, so dass er nun doch teilnehmen kann.

Das zeigt eine sehr hohe Verbindlichkeit und Wichtigkeit des Fernstudiums für alle Teilnehmer/innen.

Ausblick: Beim dritten Seminar werden wir mit der marxistischen Krisentheorie zunächst grundsätzlich, danach konkret mit der Analyse der letzten tiefen Krise 2007/8, dem Leid Griechenlands und der Rolle von IWF, Weltbank und EZB sowie mit einem intensiven Blick auf die historische und aktuelle Entwicklung des deutschen Imperialismus den Themenblock politische Ökonomie des Kapitalismus abschließen und zur Frage übergehen, was denn die politische Ökonomie des Sozialismus ist bzw. sein muss, was sich also hinter dem Begriff Planwirtschaft verbirgt und welche Tragweiten und Konsequenzen, Folgen und Bedingungen damit verbunden sind. Darauf wird eine historische Analyse der Entwicklung des Sozialismus vor allem in der UdSSR folgen – einschließlich der Analyse der Entwicklung des modernen Revisionismus. Wenn dann der gesamte ökonomische Teil beendet sein wird, wird es um die notwendigen politischen Bedingungen für den Sozialismus gehen, also die Frage der Macht der Arbeiterklasse, die leninistische Parteitheorie, die Revolutionstheorie, die Kampfformen, den Kampf gegen den Revisionismus usw.usf.

Es ist mir eine große Freude, mit diesen insgesamt mehr als 30 Genossinnen und Genossen diese Arbeit zu machen.

Veranstaltungshinweise

Unentdecktes Land e.V.: 13. August 2016

Liebe Freundinnen und Freunde,

am 13. August 2016 findet von 14 bis 17 Uhr am Brandenburger Tor / Pariser Platz in Berlin eine Aktion aus Anlass des 55. Jahrestages der Sicherung der Staatsgrenze der Deutschen Demokratischen Republik statt.

Gezeigt wird das Großtransparent »DIESE GRENZE WURDE AUFGEHOBEN, DAMIT WIR GEMEINSAM WIEDER IN DEN KRIEG ZIEHEN«, flankiert von Infotafeln auf deutsch/englisch/russisch/französisch/türkisch und Auszügen »Aus der Chronik des deutschen Militarismus seit 1989«. Dazu wird es satt Kaltgetränke, Sitzgelegenheiten etc gegen etwa zu viel Sommer geben.

Den Aufruf zur Aktion findet Ihr anhängend oder unter www.unentdecktes-land.org.

Hiermit möchten wir herzlich zur Teilnahme an der Aktion einladen.

Mit besten Grüßen, Euer Unentdecktes Land e.V.



Michael Kubi spricht zum Thema

Die Sowjetdemokratie und Stalin

Theorie und Praxis in der Sowjetunion 1917 - 1953

Eine Veranstaltung von

Freidenker Hessen
Deutscher Freidenker-Verband

www.freidenker-hessen.de

Datum: 3. August 2016
Ort: Saalbau Bockenheim, Frankfurt,
Schwälmer Str. 28,
nahe dem Frankfurter West Bhf
Beginn: 18 Uhr

Weitere Informationen und zwei Videos gibt es unter:
<http://kubi.freidenker-hessen.de>

Frank Flegel, Egerweg 8, 30559 Hannover

Postvertriebsstück,

DPAG, H 14360

Entgelt bezahlt